

Bezirkskonferenz
20. & 21. Juni 2026
HVHS Springe



JETZT ERST RECHT!

BESCHLUSSBUCH

Inhaltsverzeichnis

04	A01: Lieferservices owe money and rights - Für bessere Arbeitsbedingungen bei Lieferservices!	3
06	A03: Dienst ist Dienst: Tagegeldanspruch unabhängig von der Stellenbeschreibung	5
07	A04: Faire Feiertagsregelung für Werkstudent*innen	7
08	A05: Rettet die unabhängige deutsche Kulturlandschaft! – bedingungsloses Grundeinkommen für selbstständige Kulturschaffende jetzt!	8
03	AP01: Jetzt erst recht!	9
10	B01: Planungssicherheit für Studierende und Betriebe schaffen	19
11	D01: Digitale Gewalt ist reale Gewalt - Deepfakepornografie stoppen!	20
12	D02: Klarnamenpflicht? Nein danke - Anonymität im Netz schützen!	22
13	D03: KiKA von ARD und ZDF – für alle. Auf allen Kanälen	24
15	D05: Mehr als Nullen und Einsen: Mit offenen Daten Vertrauen schaffen	26
16	D06: Digitale Souveränität für Deutschland Umstieg auf Open Source	28
19	D09: Zivilgesellschaft stärken und unsere Demokratie schützen - Gegen die Kürzungen bei Demokratie leben!	30
20	E01: Encienden las luces - Solidarität mit der kubanischen Bevölkerung	32
21	E02: Verurteilung des sogenannten „Board of Peace“ und klare Abgrenzung der Jusos von undemokratischer und egozentrischer Parallelstrukturen internationaler Politik	35
22	E03: Die Lage der Kurd*innen in Rojava - Selbstverwaltung sichern und Stabilität fördern Antragsteller*in: Jusos Hameln-Pyrmont	37
23	E04: Solidarität mit den Iraner*innen und der Frau – Leben – Freiheit Bewegung, für ein demokratischen	39
24	F01: Ja heißt Ja – alles andere heißt Nein!	41
25	F02: Theory of Feminism	43
26	G01: Das Recht auf Vergessenwerden nach einer Krebserkrankung	45
29	G04: Selbstbestimmung bis zum Lebensende stärken: Aktive Sterbehilfe unter klaren gesetzlichen Regeln ermöglichen	47
30	I01: Krieg ist kein Geschäftsmodell! - Rüstungsindustrie in öffentliche Hand	48
31	I02: Burschenschaften und studentische Verbindungen konsequent bekämpfen – Für antifaschistische Hochschulen und klare Unvereinbarkeit	52
57	I03- Ää 1	55
32	I03: US-Militär ausweisen	56
33	I04: Politik raus aus der Strafverfolgung!	57
51	Ini01: Solidarität mit Özgür Özel und allen abgesetzten CHP-Politiker*innen	59
52	Ini02: Entweder die BAföG-Erhöhung kommt zum Wintersemester – oder wir gehen!	62
53	Ini03: Gegen jeden Antisemitismus: Kritische Auseinandersetzung mit den aktuellen Entwicklungen in der Linksjugend!	64
54	Ini04: Hände weg vom 8-Stunden-Tag!	66
41	S04: Parteiführung ist kein Nebenjob!	68

43	U01: Bodenlos: Mikroplastik nachhaltig vom Acker verbannen	69
44	U02: Contrails	70
45	U03: Resolution der Jusos Bezirk Hannover: Klimaziele konsequent umsetzen – Soziale Gerechtigkeit und Energiewende vorantreiben	71
46	U04: Stoppt das stille Sterben der Straßenkatzen	73
47	V01: Barrierefreie Bahnhöfe sichern und Fahrradinfrastruktur im ländlichen Raum stärken – für eine sozial gerechte und nachhaltige Mobilität	74
48	W01: Holt unser Gold zurück!	76
49	W02: Keine Privilegien für Immobilien-Mogule	77
50	W03: Enteignung des Braunen Erbes	79

Antrag 04: A01: Lieferservices owe money and rights - Für bessere Arbeitsbedingungen bei Lieferservices!

Laufende Nummer: 3

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
1 Beschäftigte bei Lieferdiensten arbeiten unter extrem prekären Bedingungen: 365 Tage 2 im Jahr sind die Rider*innen und Hub-Beschäftigten bei Wind und Wetter unterwegs, 3 unter ständigem Zeitdruck und permanenter Überwachung durch GPS-Tracking. In den 4 allermeisten Fällen müssen sie ihre eigenen Geräte und eigenes Datenvolumen für die 5 Lieferdienste einsetzen, während gleichzeitig großer Stress herrscht, Löhne und 6 Bonusstrukturen intransparent sind und Voll- und Teilzeitkräfte benachteiligt sind. 7 Ganz klar: Die Rider*innen liefern seit Langem am Limit!	
8 Stop the Pseudo Subcontracting System!	
9 In den letzten Jahren hat sich Lieferando immer stärker an Wettbewerbsunternehmen wie 10 Wolt und Uber Eats orientiert. Diese setzen in ihrem Geschäftsmodell verstärkt auf 11 Subunternehmen, Werkverträge und prekär beschäftigte Arbeitskräfte. All dies sind 12 Konstruktionen, die betriebliche Mitbestimmung strukturell zu schwächen, 13 Arbeitsstandards unterlaufen und Arbeitnehmer*innen entrechten. Die zunehmende 14 Verlagerung von Plattformunternehmen wie Lieferando, Wolt oder Uber Eats an 15 Subunternehmen und sogenannte "Schattenflotten" dient dazu, arbeitsrechtliche 16 Standards zu umgehen und Mitbestimmung systematisch zu erschweren. Fahrer*innen 17 berichten von ausbleibenden Lohnzahlungen, fehlenden Arbeitsverträgen, unbezahlten 18 Krankheitstagen, fristlosen Entlassungen und massiven Rechtsverstößen. Kündigungen 19 erfolgen teilweise schlicht durch das Entfernen aus der App. Nicht nur unterlaufen 20 diese Subunternehmen geltendes Arbeitsrecht, schwächen Gewerkschaften und verhindern 21 die Bildung von Betriebsräten, es entstehen häufig auch intransparente und teilweise 22 kriminelle Strukturen, in denen Sozialabgaben, Mindestlohn und Steuern umgangen 23 werden. Das große Problem hierbei: Es ist kaum möglich, an diese Subunternehmen über 24 den Rechtsweg heranzutreten. Oft sind es zwielichtige Briefkastenfirmen, die von 25 kriminellen Strukturen bis hin zur organisierten Kriminalität reichen. Bereits in der 26 Vergangenheit wollte Arbeitsministerin Bärbel Bas ein Verbot von Subunternehmen 27 prüfen, daraus ist aber bisher noch nichts geworden, da laut Arbeitsministerium ein 28 Direktanstellungsgebot das letzte Mittel sei. Wir sagen ganz klar: Ein 29 Direktanstellungsgebot ist nicht das letzte, sondern das einzige Mittel um 30 Lieferdienstfahrer*innen zu schützen!	
31 EU fight for their rights!	
32 Im April 2024 hat die EU die Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in 33 der Plattformarbeit verabschiedet. Diese soll die Arbeitsstandards für Tätigkeiten 34 verbessern, die über eine digitale Arbeitsplattform organisiert werden. Insbesondere 35 der dritte Artikel dieser Richtlinie fordert die Mitgliedstaaten bis Dezember 2026 36 dazu auf, Maßnahmen explizit zum Schutz von Fahrer*innen zu erlassen, die bei 37 Subunternehmen angestellt sind. Diese sollen demnach denselben Schutz erhalten wie 38 jene, die in einem unmittelbaren Vertragsverhältnis mit einer Plattform wie Wolt, 39 UberEats, Lieferando etc. stehen - dies gilt jedoch nur für den Lohn. Sozial- und 40 Steuerabgaben können, trotz der Richtlinie, noch immer durch Subunternehmen umgangen,	

sowie Arbeitsrechte wie Gesundheitsschutz und Datenschutz ignoriert werden. Eins zeigt sich: Die EU-Plattformarbeitsrichtlinie von 2024 bringt zwar erste Regelungen mit sich, sie bleibt aber bei Weitem unzureichend. Insbesondere die weiterhin mögliche Nutzung von Subunternehmenssystemen verhindert den wirksamen Schutz für Fahrer*innen. Nur direkte Anstellungen bei den Plattformen können langfristig faire Arbeitsbedingung und echte Mitbestimmung sichern!

Auch Lieferdienste brauchen Betriebsräte!

Betriebliche Mitbestimmungsrechte werden bei Lieferdienstplattformen immer wieder verletzt. So gab es zwar bei Lieferando an einigen Standorten Betriebsräte, diese wurden aber immer wieder umgangen. Höhepunkt ist die Erklärung des Bundesarbeitsgerichts, von Anfang 2026, in dem mehrere Betriebsratswahlen bei Lieferando für unwirksam erklärt und damit die Hürden für künftige Gründungen deutlich erhöht wurden. Doch insbesondere Betriebsräte sind in Lieferdienstunternehmen von besonderer Bedeutung, denn bei Tarifverträgen für Fahrradkurier*innen hinkt Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern noch sehr hinterher. [1]

Wir Jusos Bezirk Hannover stehen daher für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in der Plattformökonomie, insbesondere bei Lieferdiensten, ein und sprechen uns entschieden gegen das System der Auslagerung an Subunternehmen, dem sogenannten "Pseudo-Subcontracting", aus.

Es ist an der Zeit, die Rechte und Arbeitsbedingungen von Lieferdienst-Fahrer*innen zu verbessern, auszubauen und zu stärken! Wir fordern daher:

- Die Einführung verbindlicher Direktanstellungsangebote für Plattformbeschäftigte;
- Das konsequente Vorgehen gegen das System der Subunternehmen und "Schattenflotten";
- Die Schaffung von gesetzliche Leitplanken, wie verbindliche Direktanstellungsangebote, sowie die vollständige und arbeitnehmer*innenfreundliche Umsetzung der EU-Plattformarbeitsrichtlinie in nationales Recht. Ebenso wie die Stärkung von Mitbestimmungsrechten und die Verankerung der Festanstellung, um die Gründung von Betriebsräten zu ermöglichen;
- Faire Löhne, die ein Leben in Würde ermöglichen durch die Schaffung eines geltenden Tarifvertrags für Beschäftigte in der Lieferdienstbranche, sowie die konsequente Durchsetzung von Arbeitsrecht und Sozialversicherungspflichten
- Transparente und gerechte Vergütungssysteme ohne Benachteiligungen von Voll- und Teilzeitkräften.

Antrag 06: A03: Dienst ist Dienst: Tagegeldanspruch unabhängig von der Stellenbeschreibung

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in:	Region Hannover
-------------------	-----------------

- 1 Die Inflation und gestiegene Lebenshaltungskosten treffen im öffentlichen Dienst
2 Beschäftigte in den unteren und mittleren Entgeltgruppen besonders hart. Zu dieser
3 Gruppe gehören u. a. Fahrer*innen, die für Ministerien, Behörden und Verwaltungen
4 unverzichtbare Arbeit leisten, indem sie für die Beförderung zu auswärtigen Terminen
5 zur Verfügung stehen. Es ist ein Gebot der Fairness, dass diese Beschäftigten auf
6 dienstlich veranlassten Fahrten nicht schlechter gestellt werden als die Personen,
7 die sie befördern.
- 8 Aktuell führt die Auslegung des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) durch die
9 Rechtsprechung dazu, dass Fahrer*innen bei eintägigen Fahrten oft kein Tagegeld
10 (Verpflegungspauschale) erhalten, während die mitreisenden Beamt*innen und
11 Beschäftigten dieses beanspruchen können. Wir fordern daher eine gesetzliche
12 Klarstellung.
- 13 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine Änderung des
14 Bundesreisekostengesetzes (BRKG) einzusetzen:
- 15 1. Änderung des § 2 BRKG (Begriffsbestimmungen): Es ist gesetzlich klarzustellen,
16 dass auch Fahrten, die im Rahmen der ständigen Wahrnehmung von Dienstgeschäften
17 erfolgen (typische Fahrtätigkeit), als Dienstreisen gelten, sofern sie die
18 zeitlichen Voraussetzungen (Abwesenheit von der Wohnung und der Dienststätte)
19 erfüllen.
- 20 2. Streichung des Ausnahmecharakters: Der Anspruch auf Tagegeld (§ 6 BRKG) darf
21 nicht davon abhängen, ob das Reisen den Kern der Tätigkeit ausmacht oder eine
22 Ausnahme darstellt. Der tatsächliche Verpflegungsmehraufwand entsteht unabhängig
23 von der Arbeitsplatzbeschreibung.

Begründung

Nach § 2 Abs. 1 BRKG sind Dienstreisen Reisen zur Erledigung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststätte. Für die Gewährung von Tagegeld (§ 6 BRKG) ist eine Abwesenheit von mehr als 8 Stunden erforderlich. In der Praxis und bestätigt durch Rechtsprechung (u.a. in Anlehnung an BVerwG, Urteil vom 11.12.2012 – 5 C 13.11) wird Fahrer*innen der Anspruch auf Tagegeld jedoch oft verwehrt. Begründet wird dies damit, dass das Fahren und somit das Unterwegssein ihre Haupttätigkeit ist, weshalb der Fahrt der Charakter einer „unregelmäßigen“ bzw. „außergewöhnlichen“ Belastung fehle, der das Tagegeld eigentlich Rechnung tragen soll. Das Fahrzeug wird faktisch als Arbeitsplatz gewertet.

Diese juristische Spitzfindigkeit geht an der Lebensrealität vorbei und ist zutiefst unsozial.

1. Real existierende Mehrkosten: Ein*e Fahrer*in hat an einer Autobahnraststätte oder in der Bäckerei dieselben hohen Ausgaben wie beförderte Minister*innen, Staatssekretär*innen oder Mitarbeitende. Dass das Reisen zum Berufsbild gehört, macht das Brötchen unterwegs nicht billiger.
2. Soziale Schieflage: Fahrer*innen sind meist in niedrigeren Entgeltgruppen eingruppiert. Für sie ist das Tagegeld (aktuell 14 Euro bei >8 Std.) ein relevanter Faktor, um die Kosten der Arbeit zu decken. Der Verpflegungsmehraufwand ist ein Ausgleich für faktische Mehrkosten gegenüber der Verpflegung zu

Hause oder in der Kantine. Dieser Ausgleich muss allen zustehen.

3. Ungleichbehandlung: Es ist niemandem vermittelbar, warum in demselben Dienstwagen zwei Personen sitzen, beide länger als 8 Stunden unterwegs sind, aber nur die besserverdienende Person eine Pauschale für das Essen erhält.

In der Praxis wird Tagegeld für Fahrten mit Übernachtungen meist ausgezahlt. Da ein Großteil der Fahrten jedoch eintägig stattfindet, ist das Tagegeld für diese Fahrten besonders relevant. Für Fahrten unter 8 Std. werden keine Pauschalen ausgezahlt.

Antrag 07: A04: Faire Feiertagsregelung für Werkstudent*innen

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	Region Hannover
-------------------	-----------------

- 1 Werkstudent*innen tragen erheblich zum Erfolg vieler Betriebe bei, oft unter
- 2 flexiblen und teilweise prekären Arbeitsbedingungen. Feiertage, die auf mögliche
- 3 Arbeitstage fallen, führen jedoch häufig zu Lohnausfällen, da Studierende nur für
- 4 tatsächlich geleistete Stunden bezahlt werden. Dies ist unfair, weil die
- 5 Arbeitsbereitschaft vorhanden ist und Studierende nicht für das Fehlen des
- 6 Arbeitstags verantwortlich sind. Reguläre Arbeitnehmer*innen erhalten für solche
- 7 Feiertage eine Mindestvergütung. Studierende sollten hier gleichbehandelt werden.
- 8 Eine Mindestvergütung von acht Stunden an solchen Feiertagen sorgt für faire
- 9 Arbeitsbedingungen, schafft Planungssicherheit sowohl für Studierende als auch für
- 10 Arbeitgeber*innen und erhöht Transparenz und Gleichbehandlung.
- 11 Wir fordern, dass alle Arbeitgeber*innen verpflichtet werden, für gesetzliche
- 12 Feiertage, die auf mögliche Arbeitstage fallen, mindestens acht Stunden zu vergüten.
- 13 Dies gilt unabhängig von der individuellen Wochenarbeitsplanung oder bisherigen
- 14 Einsätzen und erstreckt sich auf alle Werkstudent*innen in allen Branchen und
- 15 Arbeitsverträgen.

Antrag 08: A05: Rettet die unabhängige deutsche Kulturlandschaft! – bedingungsloses Grundeinkommen für selbstständige Kulturschaffende jetzt!

Laufende Nummer: 7

Antragsteller*in:	Region Hannover
-------------------	-----------------

- 1 Für viele selbstständige Künstler*innen ist die Anzahl der Aufträge existenziell.
- 2 Darunter leiden nicht nur ihre psychische Gesundheit und ihr kreativer Output,
- 3 sondern letztendlich auch die kulturelle Qualität in Deutschland.
- 4 Da diese essentiell für eine funktionierende Demokratie ist, fordern wir, dass sich
- 5 die SPD auf nationaler Ebene dafür einsetzt, ein bedingungsloses Grundeinkommen für
- 6 selbstständige Künstler*innen nach dem irischen Modell einzuführen.
- 7 Dieses sieht vor, dass selbstständige Künstler*innen und Musiker*innen ein
- 8 wöchentliches Gehalt von 325€, beziehungsweise 1300€ monatlich, erhalten sollen. In
- 9 einer vorhergegangenen Pilotstudie wurde dies getestet und das Ergebnis war, dass die
- 10 irische Gesellschaft für jeden investierten Euro einen Euro und 39 cent
- 11 zurückerhielt. Es ist also ein Programm, welches sich selber finanziert. Teilnehmende
- 12 an der Studie verdienten im Schnitt 500€ mehr im Monat durch ihre künstlerische
- 13 Arbeit, verbrachten 11 Stunden die Woche mehr mit künstlerischer Arbeit und stellten
- 14 3,9 Werke mehr her als eine Kontrollgruppe ohne Grundeinkommen im gleichen
- 15 Zeitabschnitt. Die Wahrscheinlichkeit, im Kunstsektor tätig zu sein, stieg um 6% und
- 16 der Bezug von Arbeitslosengeld sank um 38%. In Irland werden 2000 dieser
- 17 Grundeinkommen an selbstständige Kulturschaffende verlost, es bekommt also nicht Jede*r
- 18 eins und somit wird nach dem Zufallsprinzip auch eine Diversität der Erhaltenden
- 19 gesichert, beziehungsweise Voreingenommenheit bei der Auswahl verhindert. Da Irland
- 20 aber eine andere Einwohner*innenzahl und eine andere Anzahl selbstständiger
- 21 Kulturschaffender als Deutschland hat, wäre es hierbei sinnvoll, wenn Kommissionen
- 22 die Anzahl der verlosteten Einkommen an die hiesigen Gegebenheiten anpassen.
- 23 Selbstständigkeit muss beim Finanzamt gemeldet werden, wodurch das Erreichen des
- 24 Angebots bei der spezifischen Zielgruppe gesichert ist.
- 25 Kunst und Kultur erhalten von der Politik aktuell immer weniger Aufmerksamkeit,
- 26 während ihre Relevanz immer weiter steigt. Während die AfD gezielt Pläne schmiedet,
- 27 kulturelle Angebote zu beeinflussen und zensieren, ist jetzt der Zeitpunkt,
- 28 unabhängige Künstler*innen und Musiker*innen zu unterstützen und unsere
- 29 Kulturlandschaft zu retten!

Antrag 03: AP01: Jetzt erst recht!

Laufende Nummer: 2

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
-------------------	-----------------

1 Jetzt erst recht!

2 In den letzten Jahren hat sich die SPD von historischem Tiefpunkt zu historischem
3 Tiefpunkt bewegt, sowohl bei Wahlen als auch in Umfragen. Sogar in vermeintlichen
4 SPD-Hochburgen mit beliebten Spitzenkandidat*innen, wie Rheinland-Pfalz, schafft es
5 die SPD nicht, sich durchzusetzen und Vertrauen zurückzugewinnen. Ein zentraler Grund
6 dafür ist vor allem die schlechte Performance und die Inhaltsleere der SPD auf
7 Bundesebene. Gleichzeitig stehen wir vor einem immer zunehmenden gesellschaftlichen
8 Rechtsruck. Rechte Rhetorik und Taten werden von der schwarz-roten Koalition immer
9 weiter normalisiert und teilweise sogar vorangetrieben. Deswegen ist es jetzt erst
10 recht an der Zeit, für klare Worte, mutige Schritte und Antworten und eine SPD, die
11 wieder erkennbar für soziale Gerechtigkeit und die 95 % der Gesellschaft einsteht.

12 Die schwarz-rote Politik der letzten Monate, wie Politik gegen Arbeitnehmer*innen und
13 die Ärmsten der Gesellschaft, Forderungen wie Zahnarztbesuche selber zahlen zu
14 müssen, Streichungen von Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, das Kippen des Rechts
15 auf Teilzeit, die Erhöhung der Wochenarbeitszeit oder Kommentare zu zu hohen
16 Krankenständen führen dazu, dass wir als Jusos probleme haben, uns mit der SPD zu
17 identifizieren. Wir alle wissen, dass es insbesondere momentan nicht einfach ist,
18 Mitglied in der SPD zu sein. Deswegen wollen wir Jusos der Ort für junge Menschen
19 sein, die Lust haben, sich politisch zu engagieren, sich einbringen und aufgenommen
20 fühlen und für ihre Überzeugungen eintreten können.

21 Wir Jusos wollen ein offener und vielfältiger Jugendverband sein, der gemeinsam mit
22 unseren dreizehn Unterbezirken und dem Bezirk für positive Veränderung einsteht, die
23 wir von der SPD fordern. Wir wollen weg von einem "Ich bin Mitglied in der SPD,
24 aber.." und hin zu "Ich bin Juso, weil..!". Denn jetzt erst recht braucht es Jusos,
25 die mit am Tisch sitzen, druck machen und mitentscheiden, wenn über die Zukunft der
26 SPD entschieden wird.

27 Gemeinsam kämpfen wir für eine jungsozialistische, feministische,
28 internationalistische, antirassistische und antifaschistische Welt. Wir sind
29 überzeugt, dass es jetzt erst recht an der Zeit ist, sich für eine Welt der Freien
30 und Gleichen einzusetzen und für unsere Demokratie einzustehen.

31 Feminismus

32 Feminismus bleibt für uns ein zentraler Bestandteil des Kampfes für soziale
33 Gerechtigkeit. FINTA* kämpfen noch heute mit struktureller Diskriminierung, sei es
34 durch den Gender-Pay-Gap, die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit oder fehlende
35 Repräsentation in Gesellschaft und Politik. Deshalb setzen wir uns weiterhin für
36 echte Gleichstellung und feministische Solidarität ein.

37 Ein wesentlicher Aspekt dieses feministischen Anspruchs ist es, Betroffene von Gewalt
38 und Diskriminierung konsequent zu unterstützen und gesellschaftliche Mechanismen
39 zurückzuweisen. Dazu zählt auch Victim Blaming. Das ist die Praxis, in der Betroffene
40 von Gewalt, Diskriminierung oder Missbrauch nicht mit Empathie, sondern mit Vorwürfen
41 konfrontiert werden. Statt zu fragen, was passiert ist und der betroffenen Person zu

glauben werden häufig Dinge gesagt, wie „Warum warst du da?“, „Hast du das nicht provoziert?“, „Warum hast du das nicht früher gesagt?“, „Das traue ich der Person nicht zu“. Solche Aussagen verschieben die Verantwortung von den Täter*innen auf die Betroffenen. Wir lehnen Victim Blaming entschieden ab und setzen uns aktiv gegen dieses ein. Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der eigenen Partei und Gesellschaft. Denn auch unterbewusstes Victim Blaming ist gefährlich, denn dann verzerren wir die Wahrheit und schützen die Täter*innen. Wir setzen uns dafür ein, dass Betroffene ernst genommen werden, dass ihre Stimmen gehört werden und dass wir gemeinsam eine Kultur des Vertrauens, der Solidarität und der Verantwortung schaffen.

Feministische Praxis bedeutet für uns außerdem, patriarchale Verhaltensweisen, Strukturen und Rollenbilder sowie toxische Männlichkeit aktiv zu hinterfragen und aufzubrechen. Dafür ist es unerlässlich, Männer in die Verantwortung zu ziehen. Unsere kritische Männlichkeitsarbeit zielt darauf ab, bestehende Machtstrukturen zu analysieren und abzubauen – sowohl im Verband als auch in der Gesellschaft. Das wollen wir auch im kommenden Vorstandsjahr weiter konsequent umsetzen.

Es ist unsere Aufgabe, für eine feministische Gesellschaft zu kämpfen und uns entschlossen gegen jede Form der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung zu stellen. Damit das gelingt, müssen wir in unserem eigenen Verband und unseren eigenen Strukturen anfangen. Der Themenbereich Feminismus wird daher in jeder unserer Veranstaltungen und Aktionen seinen festen Platz finden. Unser Feminismusverständnis ist queer, materialistisch und vor allem intersektional. Denn wir setzen uns für eine gerechte und gleichgestellte Zukunft für alle ein, in der sich jede und jeder wohlfühlt.

Wir möchten in einer gerechten und gleichgestellten Zukunft für alle leben, in der sich jede*r wohlfühlt und Raum findet. Hierfür ist Awarenessarbeit für uns unverzichtbar. Deshalb möchten wir im kommenden Jahr gezielt Schulungs- und Weiterbildungsangebote im Bereich Awareness für unsere Unterbezirke entwickeln. Unser Ziel bleibt es, einen Safer Space in unserem Verband zu schaffen, in dem Betroffene geschützt und unterstützt werden. Ebenso halten wir weiter an unserem Awarenesskonzept fest. Bei unseren Veranstaltungen, aber auch über das gesamte Vorstandsjahr wird es ein (ständiges) Awarenesssteam geben.

Internationalismus

Unsere gute internationale Arbeit bleibt ein fester Bestandteil unserer politischen Praxis. Internationalismus ist für uns im Jusos Bezirk Hannover keine Floskel, sondern eine gelebte Praxis. Durch private Kontakte, Delegationsreisen und internationale Kooperationen haben wir unsere internationale Arbeit gestärkt und wollen diese auch weiterführen und ausbauen. Internationalismus bedeutet für uns Jusos, über Grenzen hinaus zu denken und gemeinsam für eine gerechte und solidarische Welt einzustehen. Viele Herausforderungen unserer Zeit wie Rechtsextremismus, Krisen, Kriege, soziale Ungleichheit oder der Klimawandel sind internationale Probleme. Deshalb braucht es internationale Antworten und die Zusammenarbeit mit unseren Partner*innen weltweit. Besonders wichtig ist dabei der Austausch mit unseren Schwesterparteien in der EU. Durch gemeinsame Projekte, Workshops über aktuelle Konfliktregionen, aber auch politische Begegnungen können wir voneinander lernen und neue Perspektiven gewinnen. Wir wollen uns daher weiterhin bei unserer Dachorganisation der Young European Socialists (YES) einbringen und mit unseren

Schwesterorganisationen im Austausch bleiben. Möglichkeiten für engere Vernetzung und Austausch können eine Fahrt in unsere Nachbarländer oder Workshops und Dialogformate sein.

Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir ebenso den Blick auf aktuelle Krisenregionen legen. Der Blick auf den Nahen und Mittleren Osten, Osteuropa, China, Länder auf dem afrikanischen Kontinent oder Lateinamerika hilft uns, Krisen und globale Entwicklungen besser zu verstehen sowie politische Verantwortung nicht nur national, sondern international zu denken. Gerade der Kampf gegen Rechtsextremismus zeigt, wie wichtig internationale Solidarität ist. Rechte Bewegungen vernetzen sich weltweit. Deshalb müssen auch progressive Kräfte auf der ganzen Welt enger zusammenarbeiten.

Während unsere Bundesregierung und die Europäische Union immer weiter Abschottungspolitik beschließt, Abschiebezentren außerhalb der EU finanziert und immer mehr Geld in die "Grenzschutzagentur" Frontex steckt und freiwillige Seenotrettungsorganisationen in ihrer Arbeit behindert werden, sind in diesem Jahr mehr Menschen im Mittelmeer ertrunken, als jemals zuvor. Wir Jusos stellen uns ganz entschieden gegen die Abschottungspolitik der schwarz-roten Bundesregierung und der Europäischen Union. Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir daher ein besonderes Augenmerk auf dieses Thema legen und in unsere Mutterpartei hineinwirken - Ziel müssen sichere Fluchtrouten und gute Aufnahmeprogramme sein!

Internationalismus bedeutet für uns auch, demokratische Werte gemeinsam zu verteidigen und sich gegenseitig zu stärken. Auch Themen wie Energiepolitik oder wirtschaftliche Zusammenarbeit zeigen, dass kein Land allein handeln kann. Europa und die internationale Gemeinschaft müssen zusammen Lösungen finden, die sozial gerecht und nachhaltig sind. Als Jusos stehen wir für eine Politik, die auf Solidarität statt Abschottung setzt. Zusammenarbeit mit politischen Verbündeten weltweit macht uns stärker, erweitert unseren Horizont und hilft dabei, gemeinsam für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit einzutreten.

Sozialismus

Für uns Jusos bedeutet Sozialismus eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie wichtiger sind als die Profite großer Konzerne und Superreicher. Während Mieten explodieren, Reallöhne stagnieren und immer mehr Menschen unter wirtschaftlichem Druck stehen, häufen wenige immer größere Vermögen an. Ein Wirtschaftssystem, das Reichtum nach oben verteilt und soziale Unsicherheit für viele zur Normalität macht, ist weder gerecht noch zukunftsfähig.

Deshalb braucht es auch eine klare Wende in der Finanz- und Steuerpolitik. Wir stehen für eine konsequente Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerschlupflöchern, für eine stärkere Besteuerung sehr hoher Vermögen und Erbschaften sowie für eine Finanzwende, die den Finanzsektor stärker an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausrichtet statt an kurzfristigen Renditen. Öffentliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit müssen dauerhaft abgesichert werden, statt immer wieder gegen Sparlogik ausgespielt zu werden.

Ebenso setzen wir uns für eine stärkere öffentliche Verantwortung in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge ein. Dazu gehört auch die Vergesellschaftung bzw. Rekommunalisierung vormals staatlicher oder privatisierter Bereiche, wo sie dem Gemeinwohl dienen – etwa bei Infrastruktur, Energie, Wohnen oder anderen ehemaligen

Behörden- und Versorgungsstrukturen, die in den letzten Jahrzehnten privatisiert wurden. Wo öffentliche Aufgaben wieder in öffentliche Hand gehören, soll der Staat auch wieder handlungsfähig werden.

Deshalb benennen wir klar die politischen Kräfte, die soziale Ungleichheit verschärfen. Wenn konservative Regierungen Politik für Superreiche machen, Arbeitnehmer*innenrechte angreifen und gesellschaftlichen Fortschritt blockieren, stellen wir uns entschieden dagegen – online wie offline. Wir stehen auf der Seite derjenigen, die arbeiten, lernen, pflegen und den Laden am Laufen halten, nicht auf der Seite der Profiteure bestehender Ungleichheit.

Im Rahmen unserer Denkfabrik Sozialismus wollen wir uns deshalb intensiver mit sozialistischen Ideen und ihren Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit beschäftigen. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen des Sozialismus, insbesondere mit Marx und Engels, um daraus politische Perspektiven für heute zu entwickeln.

Dabei soll es nicht bei Theorie bleiben. Wir wollen konkrete Antworten auf Fragen von sozialer Gerechtigkeit, Klima, Arbeit, Verteilung und wirtschaftlicher Macht entwickeln und zeigen, dass Sozialismus für Fortschritt, Teilhabe und eine solidarische Gesellschaft steht. Diese Debatten wollen wir über das gesamte Vorstandsjahr hinweg führen, denn der demokratische Sozialismus bildet das Fundament unserer politischen Überzeugungen.

ANTIRA und ANTIFA

Antifaschismus und Antirassismus sind wesentliche Bestandteile der Jusos und seit dem letzten Bundeskongress auch offiziell als Grundsäulen verankert. Im nächsten Jahr werden wir uns entsprechend mit AntiFa und AntiRa beschäftigen. Wir beobachten weiterhin eine immer weiter erstarkende Bedrohung durch Rechts, weshalb wir uns erneut mit einem möglichen Verbotsverfahren der AfD auseinandersetzen und uns dafür in- und außerhalb der Partei einsetzen. Darüber hinaus werden wir uns allgemein mit dem Rechtsruck in Deutschland beschäftigen, der während unserer Vorstandsperiode durch die Wahlen in Ostdeutschland, insbesondere die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, einer besonderen Betrachtung bedarf. Unsere Genoss*innen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wollen wir im Rahmen ihres Landtagswahlkampfes personell unterstützen.

Für uns bedeutet der Kampf gegen Rechts und antifaschistische Arbeit auch, rechte Strukturen offenzulegen, wo sie sich hinter vermeintlicher "Tradition" oder "Studentenkultur" tarnen. Dazu gehören insbesondere Burschenschaften und andere studentische Verbindungen, die durch elitäres Denken, antifeministische Rollenbilder und ausgrenzende Strukturen geprägt sind. Viele dieser Gruppierungen fungieren zudem als ideologische und personelle Netzwerke der Neuen Rechten und der AfD. Als feministischer und antifaschistischer Jugendverband stellen wir uns Burschenschaften und Neuen Rechten entschieden entgegen. Dafür ist es notwendig, ihre Ideologien, Netzwerke und Strategien sichtbar zu machen und kritisch zu analysieren. Deshalb wollen wir uns intensiver mit der Neuen Rechten, ihrer Vernetzung mit studentischen Verbindungen und Burschenschaften sowie ihren Verbindungen zur AfD auseinandersetzen, um rechten Strukturen wirksam entgegentreten zu können.

Ebenso ist es uns wichtig zu betonen, dass Diskriminierungen nicht nur von rechts

178 ausgehen. Rassismus ist ein strukturelles Problem, das beispielsweise durch
179 kulturelle Praktiken erlernt wird. Deshalb ist es wichtig, nicht nur offensichtliche
180 Diskriminierung anzuprangern, sondern auch den eigenen internalisierten Rassismus zu
181 reflektieren. Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir uns deshalb mit Critical
182 Whiteness sowie White Saviorism auseinandersetzen. Zudem wollen wir uns für ein
183 BIPOC-Empowerment auf Landesebene einsetzen, welches bezirksübergreifend
184 wiederaufgebaut werden soll.

185 Der Hass gegen Jüdinnen* und Juden* ist tief in unserer Gesellschaft und weltweit
186 verwurzelt und äußert sich in verschiedenen Formen und ideologischen Kontexten. Die
187 steigenden antisemitischen Angriffe, egal ob im Netz, verbal oder sogar körperlich,
188 erfüllt uns mit Entsetzen. Umso stärker wollen wir uns mit dieser Problematik
189 auseinandersetzen. Insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 hat Antisemitismus eine neue
190 öffentliche Dimension erreicht. Wir sagen ganz klar: Je offener der Hass gegenüber
191 Jüdinnen*Juden und dem Staat Israel wird, desto lauter muss unsere Solidarität mit
192 den Betroffenen antisemitischer Gewalt sein. Hierbei übersehen wir auch den
193 Antisemitismus in linken Kreisen nicht. Häufig unter dem Deckmantel antizionistischer
194 Kritik werden auch in linken Kreisen zuweilen antisemitische Stereotype verbreitet.
195 Natürlich ist Kritik an der Politik der Regierung Benjamin Netanyahus legitim und
196 wichtig, diese Kritik darf aber nicht in Antisemitismus, in Hass und Gewalt gegenüber
197 jüdischen Menschen überschlagen! Daher werden wir uns im kommenden Vorstandsjahr
198 deutlich gegen Antisemitismus, auch innerhalb der linken Bubble einsetzen und unsere
199 Zusammenarbeit und Kontakt mit den Young Democrats und dem Willy-Brandt-Center
200 Jerusalem intensivieren.

201 **Soziale Gerechtigkeit**

202 **Rentenpolitik**

203 Auch wenn es für uns Jusos weit weg scheint, die Rente betrifft uns: Nicht erst in 40
204 oder 50 Jahren, sondern heute! Wir als junge Generation sind die Generation, die am
205 stärksten von den Entscheidungen im Bereich der Rentenpolitik betroffen sein werden.
206 Wir sind es, die die Rentenbeiträge in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich
207 finanzieren müssen. Außerdem steht für uns fest, dass wir es nicht akzeptieren, wenn
208 Senior*innen aufgrund der derzeitigen Rentenpolitik verstärkt in Altersarmut geraten
209 und sich ihr Leben nicht mehr selbst finanzieren können. Die derzeitige Rentenpolitik
210 geht zulasten der Menschen mit geringen und mittleren Einkommen. Daher werden wir uns
211 im kommenden Vorstandsjahr mit diesem wichtigen Thema auseinandersetzen.

212 **Obdachlosigkeit**

213 Auch Obdachlosigkeit ist ein sich immer weiter verschärfendes gesellschaftliches
214 Problem! Obdachlosigkeit hat viele Auslöser, häufig sind es Schicksalsschläge, die
215 zur Obdachlosigkeit führen. Auslöser sind etwa Krankheit, Gewalterfahrungen oder die
216 immer weiter steigenden Mieten. Doch viel zu häufig wird Obdachlosigkeit abgetan mit
217 der Aussage „selber Schuld!“. Daher werden wir uns im kommenden Vorstandsjahr
218 verstärkt dieses gesellschaftlichen Themas annehmen und mehr Sichtbarkeit für die
219 Probleme sowie Hilfsmöglichkeiten schaffen.

220 **Mieter*innenschutz und bezahlbares Wohnen**

221 Wohnen ist ein Grundbedürfnis! Doch seit Jahren verschlimmert sich die Situation am
222 Wohnungsmarkt. Immer weniger Menschen können sich wohnen noch leisten. Junge Menschen

finden keine Wohnung mehr in der Nähe ihrer Ausbildungsstätte oder Uni. Andere sind gezwungen, ihren Heimatort zu verlassen, weil sie es sich schlicht nicht mehr leisten können, dort weiterhin zu leben. Menschen mit geringen und durchschnittlichen Einkommen werden immer stärker aus ihren Vierteln verdrängt; häufig handelt es sich um Familien mit kleinen Kindern, Rentner*innen oder Studierende. Als Folge der hohen Wohnkosten verschärft sich das Armutsproblem! Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen müssen immer größere Teile ihres Einkommens für die Mieten aufbringen. Hierdurch verschärft sich die gesellschaftliche Spaltung immer weiter! Im kommenden Vorstandsjahr werden wir uns daher verstärkt mit dem Thema Mieter*innenschutz auseinandersetzen. Hierbei liegt unser Augenmerk insbesondere auf einer sozialen Mietenpolitik, der Stärkung von sozialem Wohnungsbau und den Rechten der Mieter*innen.

Armut

„Eure Armut kotzt mich an!“ Das scheint die Maxime der Politik unseres Bundeskanzlers Friedrich Merz zu sein. Aber nicht mit uns! Wenn unser Bundeskanzler den Bezug zur Lebensrealität und den Sorgen der hart arbeitenden Bevölkerung verloren hat, sind wir als Jungsozialist*innen gefordert. Armut führt nicht nur zu Stigmatisierung und gesellschaftlicher Ausgrenzung, sondern sie hat auch beträchtliche negative Folgen für die Gesundheit und die Entwicklungschancen junger Menschen. Es handelt sich bei ihr auch nicht um ein selbstverschuldetes Problem einiger Menschen. Armut resultiert vielmehr aus den derzeit bestehenden strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen und betrifft uns alle!

Besonders erschreckend: die am stärksten armutsgefährdete Altersgruppe sind junge Erwachsene – 25% der jungen Erwachsenen leben in Armut. Auch bei Kindern und Jugendlichen sind die Zahlen mehr als alarmierend: jedes fünfte bis siebte Kind lebt in Deutschland in Armut. Das können wir als Jusos nicht akzeptieren!

Daher werden wir uns im kommenden Vorstandsjahr mit dem Thema Armut und soziale Spaltung auseinandersetzen und uns für eine menschenwürdige Politik stark machen, die die strukturellen und institutionellen Faktoren für Armut angeht!

Aufgrund der besorgniserregenden Lage von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden wir uns auch explizit mit Armut in diesen Altersgruppen, den Ursachen hierfür und Lösungen auseinandersetzen.

Austausch stärken – Arbeiter*innenkinder und Azubis vernetzen

Als Jusos ist es unser Anspruch, insbesondere die Perspektiven von Auszubildenden, jungen Beschäftigten und Arbeiter*innenkindern sichtbar zu machen und ihre Interessen aktiv zu vertreten. Noch immer hängen Bildungs- und Aufstiegschancen stark von der sozialen Herkunft ab. Viele junge Menschen erleben im Betrieb, in der Berufsschule oder an Hochschulen, dass ihre Lebensrealität zu wenig gehört wird.

Wir wollen deshalb den Austausch unter Azubis, jungen Arbeitnehmer*innen und Arbeiter*innenkindern gezielt fördern. In diesem Rahmen wollen wir Räume für Vernetzung, gegenseitige Unterstützung und politische Diskussion stärken.

Gesundheit und Inklusion

Gesundheit gerecht, feministisch und solidarisch gestalten

Gesundheit ist ein Menschenrecht und darf nicht vom Einkommen, Geschlecht, Wohnort

267 oder sozialen Hintergrund abhängen. Dennoch erleben viele Menschen noch immer
268 strukturelle Benachteiligungen im Gesundheitssystem. Deshalb setzen wir Jusos uns für
269 ein solidarisches, diskriminierungsfreies und modernes Gesundheitssystem ein, das die
270 Lebensrealitäten aller Menschen ernst nimmt.

271 Dazu gehört für uns die vollständige Abschaffung des § 218 StGB.
272 Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der medizinischen Grundversorgung und keine
273 Straftat. Betroffene müssen selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden können, ohne
274 Kriminalisierung, Stigmatisierung oder unnötige Hürden. Gleichzeitig braucht es einen
275 flächendeckenden und wohnortnahen Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen sowie
276 eine gute Beratungs- und Versorgungsstruktur.

277 Außerdem wollen wir gendersensible Medizin in Forschung, Ausbildung und Versorgung in
278 den Blick nehmen. Medizinische Forschung orientiert sich bis heute häufig am
279 männlichen Körper als vermeintlicher Norm, wodurch Krankheiten bei FINTA* oft später
280 erkannt oder falsch behandelt werden. Diese strukturelle Ungleichbehandlung zeigt
281 sich besonders in der sogenannten Gender Health Gap. Symptome, Risiken und
282 Behandlungsmethoden müssen geschlechtersensibel erforscht und vermittelt werden,
283 damit alle Menschen die medizinische Versorgung erhalten, die sie benötigen.

284 Auch soziale Ungleichheit wirkt sich massiv auf die Gesundheit aus. Menschen mit
285 geringem Einkommen oder belastenden Arbeitsbedingungen sind häufiger von
286 gesundheitlichen Problemen betroffen und haben gleichzeitig schlechteren Zugang zu
287 medizinischer Versorgung. Deshalb brauchen wir sozialverträgliche
288 Gesundheitsreformen, die den Zugang zu Gesundheitsleistungen unabhängig vom
289 Geldbeutel sichern. Die geplanten Gesundheitsreformen der Regierung werden die
290 soziale Ungleichheit weiter verstärken, beispielsweise durch erhöhte Zuzahlungen,
291 gestrichene Leistungen oder dem noch zur Diskussion stehenden gestrichenen Geld am 1.
292 Krankheitstag. Diesen Entwicklungen stellen wir uns klar entgegen!

293 Für uns bedeutet faire Gesundheitspolitik: eine starke solidarische
294 Gesundheitsversorgung, gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen und der Ausbau von
295 Prävention sowie psychischer Gesundheitsversorgung.

296 Unser Ziel ist ein Gesundheitssystem, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt –
297 solidarisch, gerecht und frei von Diskriminierung.

298 **Inklusion als Menschenrecht**

299 Inklusion ist kein „Extra“ oder Sonderthema, sondern ein grundlegendes Menschenrecht
300 und eine gesellschaftliche Verpflichtung. Die Welt ist noch weit davon entfernt,
301 inklusiv zu sein und die dadurch entstehenden Ungerechtigkeiten sind für uns als
302 Jusos nicht akzeptabel. Wir werden uns im kommenden Vorstandsjahr aktiv dafür
303 einsetzen, diese abzubauen.

304 Inklusion muss in Strukturen, Prozesse und Entscheidungen integriert sein. Um dieses
305 Ziel zu erreichen, werden wir das Thema Inklusion vertieft behandeln, um gemeinsam
306 ein Bewusstsein zu schaffen und konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

307 Außerdem werden wir die Barrierefreiheit unserer Veranstaltungen überprüfen und ein
308 umsetzbares Konzept zur Verbesserung der Zugänglichkeit erarbeiten. Barrierefreiheit
309 beginnt nicht bei Stufen, sondern bereits bei der Planung. Barrierefreiheit bedeutet,
310 dass alle Menschen, unabhängig von Unterschieden, selbstbestimmt und gleichberechtigt
311 an allem teilnehmen können.

Darüber hinaus möchten wir im kommenden Vorstandsjahr eine Person in das Awareness-Team einbeziehen, die Inklusion als Schwerpunkt hat und somit Themen, wie Barrierefreiheit und Teilhabe aktiv voranbringt.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen innerhalb der Jusos besser repräsentiert und aktiv in die Arbeit eingebunden werden. Zudem werden wir uns intensiv mit den Bedingungen in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen beschäftigen, um die Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige und inklusive Arbeit zu hinterfragen und gemeinsam Verbesserungsvorschläge zu entwickeln.

Inklusion ist keine Option, sie ist unsere Aufgabe!

Klima, Umwelt und Landwirtschaft

Der Klimawandel und die damit verbundenen Umweltbelastungen beeinflussen zahlreiche Bereiche unserer Gesellschaft und Umwelt. Sei es klimabedingte Fluchtursachen, klimaresiliente Landwirtschaft, hitze-resilienter Städtebau, die Strandung von Walen oder die Frage, wie lebenswert unser Planet in ein paar Jahren noch sein wird. Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir uns deshalb mit dem Klimawandel, der Klimaanpassung, -resilienz und dem Erhalt der Umwelt beschäftigen. Dazu gehören auch energiepolitische Fragen wie der Ausbau erneuerbarer Energien, der Umgang mit endlichen Ressourcen wie Wasser, aber auch die Umweltbelastung durch Atom Müll und die damit verbundene Endlagersuche.

Ebenso wollen wir uns im kommenden Vorstandsjahr mit Landwirtschaft auseinandersetzen, da dieses Thema in der breiten Bevölkerung, aber auch bei uns im überwiegend ländlich geprägten Bezirk einen hohen Stellenwert einnimmt, bisher jedoch recht vernachlässigt wurde. Hierbei wollen wir jedoch nicht nur den Fokus auf die konventionelle Landwirtschaft werfen, sondern vielmehr den Blick auf die Faktoren der Nachhaltigkeit und Klimaresilienz erweitern. Letztere stellen viele Höfe vor enorme Herausforderungen. Der Klimawandel schreitet erbarmungslos voran, während es früher in der Fläche viele kleine Höfe gab, wird es heute immer schwieriger, diese zu erhalten. Daher wollen wir uns ebenso mit dem Thema des "Höfe-Sterbens" beschäftigen. Aus der Arbeitnehmer*innenperspektive wollen wir ebenso das Thema Saisonarbeit betrachten, aus der internationalen Betrachtung die Formen der Abhängigkeiten in der Landwirtschaft und die Bedeutung der Freihandelsabkommen für die Landwirtschaft thematisieren.

Durch den Fortschritt in der KI-Entwicklung nimmt der Ressourcenverbrauch, vor allem bei Wasser, Strom und seltener Erden, immer weiter zu. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind ebenso spürbar und werden in den kommenden Jahren noch zunehmen. Wir wollen uns daher im Verband intensiver damit auseinandersetzen, wie eine verantwortungsvolle Nutzung von künstlicher Intelligenz in unserer eigenen Arbeit aussehen kann, zum anderen, wie künstliche Intelligenz als ein sinnvoller Beitrag für unsere Gesellschaft dienen kann, ohne die bereits bestehenden Probleme fortbestehen zu lassen oder diese noch weiter zu befördern.

Denn: KI spiegelt gesellschaftliche Machtverhältnisse wider und automatisiert Vorurteile. FINTEA, People of Colour und andere marginalisierte Gruppen werden durch die KI häufig benachteiligt, da die KI in einem System geschaffen wurde, das von einem kapitalistischen Interesse, patriarchalischen Strukturen und kolonialen Praktiken geprägt wurde.

357 **SPD und wir**

358 Seit mehr als einem Jahr regiert die SPD als Juniorpartner in einer schwarz-roten
359 Koalition in der Bundesregierung, und es fühlt sich bereits an wie zum Ende der GroKo
360 unter der Ära Merkel. Die SPD geht zu sehr in Regierungskompromissen unter, und es
361 ist zu befürchten, dass sich die Lage durch die Rhetorik des Bundeskanzlers noch
362 weiter zuspitzen wird. Anstatt ein Kanzler für alle zu sein, betreibt er zusammen mit
363 CDU und CSU Politik gegen Land und Leute und die SPD lässt sich drauf ein. Der
364 rechtskonservativen Rhetorik nicht nachzugeben, wird die Aufgabe der nächsten Jahre
365 werden. Wir werden daher in den nächsten Jahren weiterhin durch Social-Media-Arbeit,
366 Veranstaltungen, Briefe an unsere Abgeordneten oder Ähnliches dafür sorgen, dass auf
367 Bundesebene immer ein kritisches Korrektiv für die SPD zu hören und zu sehen ist.

368 Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir uns aktiv in den Grundsatzprogrammprozess
369 einbringen und uns mit der SPD im Bezirk darüber austauschen, was unsere Ziele und
370 Vorhaben für die SPD in 10 Jahren sind und welche strukturellen Herausforderungen
371 angegangen werden müssen, um die Partei zukunftsfähig aufzustellen. Wir als Jusos
372 verstehen es als unsere Aufgabe, die Partei an den versprochenen Erneuerungsprozess
373 und das Grundsatzprogramm zu erinnern, uns dafür einzusetzen und ihn mutiger
374 voranzutreiben. Dort, wo der SPD die Kraft fehlt, müssen wir vorangehen. Nur so
375 können wir wieder zu einer glaubwürdigen und progressiven Kraft werden, die sichtbar
376 an der Seite der arbeitenden Menschen steht, soziale Sicherheit schafft und den
377 Menschen das Gefühl sozialer Wärme vermittelt. Die SPD muss wieder stärker als Partei
378 der Arbeit wahrgenommen werden - als politische Kraft, die die Interessen von
379 Beschäftigten, Auszubildenden, Familien und all jenen vertritt, die dieses Land
380 tagtäglich tragen.

381 Im Austausch mit der Mutterpartei auf Bezirksebene werden wir daher noch aktiver
382 dafür werben, hier tätig zu werden. Denn dort, wo soziale Unsicherheit und Räume
383 sozialer Kälte entstehen, wächst der Nährboden für Extremismus

384 Im kommenden Jahr möchten wir neben unserem kritisch-solidarischen Austausch mit
385 unserer Mutterpartei ebenso den Kontakt mit anderen Arbeitsgemeinschaften und -
386 kreisen im SPD-Bezirk Hannover suchen. Dort, wo ein Austausch gewünscht ist, werden
387 wir da sein und den innerparteilichen Diskurs mitprägen.

388 Im letzten Vorstandsjahr haben wir bereits den Grundstein für eine aktivere
389 Mitgliedergewinnung gelegt und ebenso den Fokus auf den Erhalt der Mitglieder gelegt.
390 Hier möchten wir unsere Arbeit weiter intensivieren und die Unterbezirke, wo möglich,
391 unterstützen.

392 Klar ist und bleibt: Wir verstehen uns in der SPD als linker Richtungsverband, als
393 linker Stachel - in den Parlamenten, aber ebenso auch auf den Straßen.

394 **Unser Verband**

395 Als Jusos Bezirk Hannover sind wir konstituierender Teil der Jusos Niedersachsen
396 sowie Teil des Juso-Bundesverbands. Wir sehen es als unsere Aufgabe als größter
397 Bezirk die Jusos Niedersachsen voranzubringen und gut und konstruktiv mit den anderen
398 niedersächsischen Bezirken und dem Landesverband zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus
399 identifizieren wir uns als Jusos Bezirk Hannover als Teil des sogenannten "Norden",
400 in dem wir weiter eng und vertrauensvoll mit dem Bezirk Braunschweig, dem Bezirk
401 Hessen-Nord und dem Landesverband Schleswig-Holstein zusammenarbeiten wollen. Diese

402 gute Zusammenarbeit wollen wir vertiefen und auf unsere Mitglieder ausbauen. Im
403 Bundesverband werden wir konstruktiv und verantwortungsvoll an der Bewältigung der
404 großen Aufgaben mitarbeiten, die auf uns Jusos insgesamt zukommen. Unsere gute
405 Anbindung an den Bundesvorstand und unsere Mitgliedschaft bei den "Tradis" werden wir
406 dafür weiter nutzen und unsere Perspektiven und Ideen einbringen. Ebenso wollen wir
407 diese Mitgliedschaft weiter mit Leben füllen und unsere Mitarbeit und Austausch mit
408 den anderen Landesverbänden und Bezirken ausbauen.

409 Genauso wichtig ist uns die Zusammenarbeit mit unseren dreizehn Unterbezirken. Der
410 Bezirk soll die Plattform sein, auf der sich unsere aktiven Mitglieder austauschen
411 und voneinander lernen können. Der Bezirksbeirat soll dabei weiterhin den Austausch
412 zwischen den Unterbezirken und dem Bezirksvorstand fördern. Im Bezirksbeirat werden
413 wir frühzeitig unsere Jahresplanung präsentieren und unsere Arbeit als
414 Bezirksvorstand transparent halten. Zur Stärkung der Zusammenarbeit und Vernetzung
415 der Unterbezirke wollen wir darüber hinaus weiterhin unsere Unterbezirksvorsitzenden-
416 Konferenz anbieten und unsere BeVo auf Abruf Seminare ausbauen. Diese können von den
417 Unterbezirken und AGen angefragt werden. Uns ist es wichtig, dass wir darüber hinaus
418 unsere Kommunikation in den Verband weiterhin stärken, sowie unsere gute Social Media
419 Arbeit und unseren WhatsApp-Channel ausbauen.

420 Als einen wichtigen Teil unserer Arbeit im Bezirksvorstand sehen wir die
421 Bildungsarbeit. Im Rahmen unserer Bildungsarbeit wollen wir unsere beliebten
422 Denkfabriken, Grundlagen, Feminismus und Antirassismus, Sozialismus sowie
423 Internationalismus und Antifaschismus ausbauen und weiterentwickeln. Ebenso soll das
424 Kompetenzseminar ausgebaut und institutionalisiert werden. Im Rahmen unserer
425 antifaschistischen Arbeit möchten wir auch der Erinnerungsarbeit Aufmerksamkeit
426 widmen. Diese kann im Rahmen von Workshops oder einer Gedenkstättenfahrt erfolgen.
427 Unsere Workshops sollen zudem mit kreativen Methoden ausgestaltet werden. Ein
428 Beispiel dafür kann eine Schnitzeljagd sein.

429 Im Rahmen unserer Awareness Arbeit sollen bei unsere Veranstaltungen weiterhin
430 Awareness Teams, mindestens bestehend aus einer FINTA*-Person, aktiv sein. Ebenso
431 finden bei unseren mind. zweitägigen Veranstaltungen Gender Plena statt, welche sich
432 in FINTA* Plena und all-gender-plena unterteilen. Um unsere Awareness-Arbeit breit
433 aufzustellen, wollen wir ebenso professionelle Awareness Schulungen und
434 Weiterbildungen organisieren, welche wir, wenn möglich, für die Unterbezirksvorstände
435 öffnen wollen.

436 Über unseren Verband hinaus wollen wir mit anderen linken Organisationen
437 zusammenarbeiten und in den Dialog treten, unseren Kontakt zur CHP Jugend und dem
438 Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft stärken und mit den Gewerkschaften
439 des DGB zusammenarbeiten. Ebenso wollen wir zu Demonstrationen, wie CSDs, und
440 Kundgebungen bei uns im Bezirk aufrufen und diese besuchen. Insgesamt ist es uns
441 wichtig, unsere Bündnisarbeit nicht nur kurzfristig und anlassbezogen zu denken,
442 sondern langfristige Netzwerke aufzubauen, denn wir verstehen Bündnisarbeit als einen
443 zentralen Baustein unserer politischen Arbeit.

Antrag 10: B01: Planungssicherheit für Studierende und Betriebe schaffen

Laufende Nummer: 9

Antragsteller*in:	Region Hannover
-------------------	-----------------

- 1 Werkstudent*innen stehen häufig vor einem strukturellen Problem: Sie schreiben ihre
- 2 Abschlussarbeit, das Semester endet und mit dem Semesterende läuft ihr
- 3 Werkstudent*innen-Vertrag automatisch aus. Dies führt oft zu abrupten
- 4 Einkommensverlusten und großer Unsicherheit bei der Jobsuche.
- 5 Ein halbes Kulanzsemester würde Studierenden ermöglichen, den Übergang in den Beruf
- 6 in Ruhe zu planen, während Arbeitgeber*innen Aufgaben geordnet übergeben können. Dies
- 7 reduziert Stress auf beiden Seiten, erhöht die Attraktivität von
- 8 Werkstudent*innenstellen und erleichtert die Arbeitsmarktintegration junger Menschen.
- 9 Ein geplanter Übergang stärkt somit sowohl die Rechte der Studierenden als auch die
- 10 Planbarkeit für Betriebe.
- 11 Nach erfolgreichem Bestehen der Abschlussarbeit soll der Werkstudent*innenvertrag
- 12 automatisch, falls gewünscht, für ein halbes Semester verlängert werden. Diese
- 13 Verlängerung gilt für alle Werkstudent*innen, unabhängig von Branche oder Hochschule.
- 14 Die Vertragsbedingungen bleiben unverändert, lediglich die Laufzeit wird angepasst.
- 15 Dadurch erhalten Studierende Einkommenssicherheit und Arbeitgeber*innen
- 16 Planungssicherheit.

Antrag 11: D01: Digitale Gewalt ist reale Gewalt - Deepfakepornografie stoppen!

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
1	Durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz können täuschend echte Texte, Bilder,
2	Töne, Videos und Audios erstellt werden, die für Laien kaum noch als Fälschung
3	erkennbar sind. Diese sogenannten Deepfakes werden gezielt benutzt, um Menschen zu
4	verleumden, zu sexualisieren oder in Verruf zu bringen, sowie politische
5	Desinformation, Cybermobbing, Rache pornos und gefälschte Produktempfehlungen zu
6	verbreiten. Insbesondere manipulative Social Bots, also Social-Media-Konten, die
7	direkt oder indirekt vorgeben, ein Mensch zu sein, es aber nicht sind, verbreiten
8	diese und andere Fakes. Die immer weiter steigende Welle von Fälschungen macht es
9	schwerer, zwischen Wahrheit und Lüge zu unterscheiden. Das Verbreiten von solchen
10	Deepfakes gefährdet unsere Demokratie, denn Demokratie braucht Vertrauen, und
11	Vertrauen braucht Wahrhaftigkeit.
12	Insbesondere in den letzten Wochen hat die politische Debatte zu sexualisierter
13	digitaler Gewalt, Deepfakes und Auskunftsrechten Aktualität erhalten. Jedoch besteht
14	diese Debatte bereits seit längerem, auch das Bundesjustizministerium hat den
15	Handlungsbedarf zu Deepfakegewalt nicht erst kürzlich erkannt. Insbesondere die
16	Veröffentlichungen und Enthüllungen von Collien Fernandes haben die aktuelle Debatte
17	beschleunigt. Die Strafbarkeitslücke bei sexualisierten Deepfakes zu schließen wurde
18	bereits im Koalitionsvertrag (2025) verankert und war bereits Bestandteil
19	verschiedener Bundesratsinitiativen aus Bayern, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen.
20	Jedoch zeigen die Veröffentlichungen von Collien Fernandes wieder deutlich: Es
21	besteht Handlungsbedarf und die Scham muss die Seite wechseln!
22	Vermeintliche Nackfotos, KI-generierter Telefonsex, Deepfakepornografie. Viele Frauen
23	sind digitaler Gewalt ausgesetzt. Expert*innen gehen von Hunderttausenden betroffenen
24	Frauen aus. Die Täter? Fast immer Männer. Bei über 90 Prozent aller Deepfakes handelt
25	es sich um nicht einvernehmliche pornografische Inhalte. In neun von zehn Fällen
26	trifft es Frauen. Jede fünfte Frau in Deutschland erlebte in den vergangenen fünf
27	Jahren digitale Gewalt. Betroffene berichten von anschließenden Panikattacken,
28	Angstzuständen, sozialem Rückzug und dem Gefühl, die Kontrolle über den eigenen
29	Körper verloren zu haben. Insbesondere nach Collien Fernandez veröffentlichen des
30	jahrelangen Missbrauches durch ihren Exmann ging eine Welle durch ganz Deutschland.
31	Tausende protestierten auf den Straßen für die Strafbarkeit von Deepfakes und die
32	Anerkennung von Femiziden als Strafbestand, sowie die klare Umsetzung von "Ja heißt
33	Ja".
34	Digitale Gewalt ist reale Gewalt. Dennoch ist das deutsche Strafrecht bislang
35	unzureichend auf diese Form der Gewalt vorbereitet. Das Erstellen entsprechender
36	Inhalte ist bisher kein eigener Strafbestand. Strafbar ist nur, wer solches Material
37	verbreitet und auch dann nur wegen der Verletzung des Persönlichkeitsrechts. Diese
38	Schutzlücke muss dringend geschlossen werden.
39	Andere Länder wie beispielsweise Spanien zeigen bereits, dass konsequentes Handeln
40	möglich ist. Deutschland darf hier nicht länger hinterherhinken. Darum fordern wir

Jusos Bezirk Hannover die konsequente Bekämpfung von Deepfakepornografie und digitaler Gewalt, sowie die schnelle Schließung bestehender Strafbarkeitslücken.

Deshalb fordern wir:

- Die Einführung eines eigenen Strafbestands für die Erstellung nicht einvernehmlicher Deepfakes, insbesondere im pornografischen Kontext;
- Eine klare strafrechtliche Verfolgung auch des Besitzes und der Verbreitung entsprechender Inhalte;
- strenge Regulierung von KI-Tools, sodass die Erstellung täuschend echter Inhalte realer Personen ohne Einwilligung technisch verhindert wird;
- Eine stärkere Verpflichtung von Plattformen zur schnelleren Löschung, Prävention und Nachverfolgung solcher Inhalte;
- Ein Verbot manipulativer Social Bots, die sich als reale Personen ausgeben und gezielt Desinformation verbreiten;
- Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Betroffene digitaler Gewalt.

Antrag 12: D02: Klarnamenpflicht? Nein danke - Anonymität im Netz schützen!

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
1 Die Forderung nach einer Klarnamenpflicht im Internet wurde zuletzt von Bundeskanzler 2 Friedrich Merz gefordert. Diese Idee greift grundlegende Freiheitsrechte an und ist 3 kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung von Hass und Gewalt im Netz! 4 Jede*r hat das Recht, sich im Netz frei zu bewegen. Dazu gehört auch die Anonymität. 5 Denn Anonymität im Internet ist ein zentraler Bestandteil der Meinungsfreiheit. 6 Insbesondere vulnerablen Gruppen wie politischen Aktivist*innen, Whistleblowern und 7 Medienschaffenden wird so die Möglichkeit gegeben, sich frei zu äußern, ohne 8 Repressionen oder persönliche Gefahren befürchten zu müssen. Auch das 9 Bundesverfassungsgericht betonte, dass die anonyme Äußerungsfreiheit ein wichtiger 10 Teil der Meinungsfreiheit ist. Der Bundesgerichtshof hat zudem 2022 entschieden, dass 11 Plattformen wie Facebook Nutzer*innen nicht dazu zwingen dürfen, ihre echten Namen 12 als Profilnamen (nach außen hin sichtbar) zu verwenden (Urteil vom 27.01.2022, Az. 13 III ZR 3/21 u III ZR 4/21). 14 Darüber hinaus ist die anonyme Nutzung digitaler Dienste bereits gesetzlich 15 geschützt, denn in §19 Abs. 2 TDDDG ist sogar verankert, dass Anbieter die Nutzung 16 ihrer Dienste anonym oder unter Pseudonym ermöglichen müssen, soweit dies technisch 17 möglich und zumutbar ist. Zudem würde eine Klarnamenpflicht, so wie sie Bundeskanzler 18 Friedrich Merz fordert, erhebliche datenschutzrechtliche Risiken schaffen, da 19 sensible personenbezogene Daten zentral gespeichert werden müssten und so anfälliger 20 für Missbrauch und Hackerangriffe wären. 21 Gleichzeitig zeigen Studien, beispielsweise aus der Schweiz oder Südkorea, dass eine 22 Klarnamenpflicht nicht weniger zu Hass oder Aggressionen im Netz führt. Das Problem 23 liegt ganz klar nicht in der Anonymität selbst, sondern in unzureichender Moderation 24 und Durchsetzung bestehender Regeln durch Plattformbetreiber. Daher fordern wir die 25 Verbesserung der Auskunftsansprüche bei Plattformen und Internetanbieter*innen. Diese 26 Auskunftsansprüche beziehen sich auf IP-Adressen und Accountinformationen, die nur im 27 Falle einer schweren Persönlichkeitsverletzung gerichtlich beantragt werden können. 28 So können sich auch Menschen ohne Klarnamen im Internet bewegen und zeitgleich 29 besteht die Möglichkeit, gegen digitale Gewalt vorzugehen. Gleichzeitig ist dabei zu 30 berücksichtigen, dass staatliche Institutionen digital oft nicht mit der 31 Geschwindigkeit und Dynamik technologischer Entwicklungen Schritt halten. Gerade 32 deshalb braucht es keine symbolische, sondern eine konsequent durchsetzbare 33 Regulierung mit klaren Kompetenzen und handlungsfähigen Aufsichtsstrukturen. 34 Für uns Jusos ist ganz klar, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist. Niemand, 35 on- oder offline, sollte Gewalt erfahren. Digitale Gewalt ist eine Bedrohung für die 36 gesamte Gesellschaft. Hass im Netz verstärkt gesellschaftliche Diskriminierung und 37 Unterdrückung, indem Menschen und Meinungen strategisch von den Plattformen verdrängt 38 werden. Noch im Dezember 2024, wurde durch die Bundesregierung ein neues Gesetz gegen 39 digitale Gewalt eingebracht. Dies wurde jedoch nicht mehr vor den Neuwahlen 2025 40 beschlossen. Wir fordern die Bundesregierung daher dazu auf, den Gesetzesentwurf	

41 **wieder aufzunehmen, nachzubessern und das Gesetz zügig zu verabschieden!**

42 **Wir Jusos Bezirk Hannover sprechen uns entschieden gegen eine Einführung einer**
43 **Klarnamenpflicht im Internet aus und fordern stattdessen den Schutz anonymer und**
44 **pseudonymer Nutzung sowie die konsequente Bekämpfung digitaler Gewalt im Netz!**

45 **Ganz konkret fordern wir:**

- 46 • Keine Einführung einer Klarnamenpflicht im Internet;
- 47 • Den Schutz und die Stärkung anonymer und pseudonymer Nutzung digitaler Dienste;
- 48 • Verbesserte Auskunftsansprüche gegenüber Plattformen und Internetanbieter*innen,
49 insbesondere zur Identifikation von Täter*innen bei schweren
50 Persönlichkeitsrechtsverletzungen auf richterliche Anordnung;
- 51 • Eine konsequente Durchsetzung bestehender Regeln und Community-Standards durch
52 Plattformbetreiber*innen;
- 53 • Stärkere Maßnahmen gegen digitale Gewalt, ohne dabei Grundrechte einzuschränken.
- 54 • Verbesserung und Verabschiedung des Gesetzentwurfs gegen digitale Gewalt.

55

Antrag 13: D03: KiKA von ARD und ZDF – für alle. Auf allen Kanälen

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:

Bezirksvorstand

Die Jusos bekennen sich ausdrücklich zu einem starken, unabhängigen und solidarisch finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk. ARD, ZDF und Deutschlandradio sind zentrale Pfeiler der demokratischen Öffentlichkeit. Sie ermöglichen allen Menschen – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder politischer Haltung – Zugang zu verlässlichen Informationen, Bildung, Kultur, Unterhaltung und kritischem Journalismus. In einer Zeit, in der Desinformationen, rechtsextreme Hetze und die Macht globaler Plattformkonzerne den öffentlichen Diskurs zunehmend verzerren, ist ein freier und öffentlicher Rundfunk für eine funktionierende Demokratie unverzichtbar.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk im Wandel

Uns ist bewusst, dass sich das Mediennutzungsverhalten grundlegend verändert hat. Immer mehr Menschen informieren sich, unterhalten sich und bilden sich digital, zeitunabhängig und über digitale Plattformen. Gerade junge Menschen erreichen klassische lineare Programme oft nicht mehr. Deshalb ist der kontinuierliche Ausbau digitaler Angebote kein Zusatz, sondern Kernauftrag eines modernen öffentlich-rechtlichen Rundfunks. ARD, ZDF und Deutschlandradio müssen dort präsent sein, wo öffentliche Meinungsbildung heute stattfindet: in Apps, Podcasts, Streamingformaten und sozialen Netzwerken. Diese digitalen Ausspielwege müssen dauerhaft weiterentwickelt, technisch gepflegt und redaktionell betreut werden, damit öffentlich-rechtliche Inhalte dort nicht nur existieren, sondern auch auffindbar, sichtbar und gesellschaftlich wirksam bleiben.

Eine stärkere Kooperation zwischen den Sendern, der Abbau ineffizienter Doppelstrukturen und die Bündelung von Ressourcen sind notwendige Schritte, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk finanziell tragfähig zu halten. Wir erkennen ausdrücklich an, dass Einsparungen notwendig sind, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk langfristig zu sichern. Gleichzeitig warnen wir davor, Sparpolitik mit Inhaltsabbau zu verwechseln. Werden lineare Kanäle reduziert oder zusammengelegt, müssen ihre Inhalte erhalten bleiben und konsequent in digitale Ausspielwege überführt werden.

Sollten Sender wie 3sat oder Arte gestrichen werden, dürfen ihre Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftsangebote nicht aus der Öffentlichkeit verschwinden. Sie müssen in Streamingangeboten und auf digitalen Plattformen weiterhin sichtbar, zugänglich und redaktionell betreut bleiben. Gleichzeitig müssen diese Inhalte auch in den verbleibenden linearen Programmen sichtbar bleiben. Die öffentlich-rechtliche Vielfalt darf nicht am Fernsehgerät enden, sondern muss im Digitalen fortgeführt werden. Spartensender wie Arte, ZDFinfo, 3sat und insbesondere KiKA erfüllen mit ihren Inhalten einen zentralen Bildungs- und Kulturauftrag und gehören zur demokratischen Grundversorgung.

KiKA als zentraler Baustein der Medienöffentlichkeit

Am Beispiel KiKA zeigt sich besonders deutlich die Bedeutung eines öffentlich-rechtlichen Angebots für Kinder und Jugendliche. Der Kinderkanal von ARD und ZDF erreicht über alle Ausspielwege hinweg rund 90 Prozent der Kinder in Deutschland und

behauptet damit seine Spitzenposition in einem zunehmend fragmentierten Medienmarkt, in dem die Konkurrenz wächst. Auch im linearen Fernsehen bleibt KiKA mit einem Marktanteil von 13,0 Prozent bei den Drei- bis 13-Jährigen Marktführerin (Stand: 2024).

Parallel dazu entwickeln sich die digitalen Angebote dynamisch: Millionen Downloads des „KiKA-Players“ sowie der Apps „KiKANINCHEN“ und „KiKA Quiz“ zeigen, dass KiKA seine Inhalte erfolgreich in die digitale Lebenswelt von Kindern überführt. Hinzu kommen eigens entwickelte Formate auf relevanten Drittplattformen. Diese Entwicklung macht deutlich: KiKA ist kein Nischenangebot, sondern ein zentraler öffentlich-rechtlicher Zugangsort für Kinder in einer zunehmend digitalen Medienwelt.

Lineares KiKA-Angebot darf nicht abgeschafft werden

Ein vollständiges Ende von KiKA im linearen Fernsehen wäre ein gravierender medienpolitischer Fehler. Zum einen würde es zentrale Lebensrealitäten vieler Kinder ignorieren, zum anderen würde es bestehende soziale Ungleichheiten verschärfen.

Erstens haben längst nicht alle Kinder gleichen Zugang zu digitalen Angeboten. Gerade in Haushalten mit geringem Einkommen fehlen oft geeignete Endgeräte, stabile Internetverbindungen oder ausreichendes Datenvolumen. Für diese Kinder ist lineares Fernsehen ein verlässlicher und niedrighschwelliger Zugang zu Bildung, Information und kindgerechter Unterhaltung. Wird dieser Zugang abgeschafft, wird Teilhabe faktisch eingeschränkt – entlang sozialer Ungleichheiten.

Zweitens bietet lineares Fernsehen eine klare Struktur, die für Kinder besonders wichtig ist. Feste Sendezeiten und ein kuratiertes Programm schaffen Orientierung und entlasten sowohl Kinder als auch Eltern. Digitale Plattformen funktionieren hingegen über permanente Verfügbarkeit und algorithmische Steuerung. Das erhöht das Risiko von Überforderung und Verdrängung durch kommerziell optimierte Inhalte.

Drittens steht KiKA im linearen Fernsehen für geprüfte, werbefreie und pädagogisch verantwortete Inhalte. Im digitalen Raum konkurriert er unmittelbar mit Plattformen, deren Geschäftsmodelle auf Aufmerksamkeit, Daten und Werbung ausgerichtet sind. Ohne ein starkes lineares Gegengewicht droht die Sichtbarkeit hochwertiger Inhalte weiter zu sinken.

Deshalb ist nicht die Digitalisierung das Problem, sondern eine politisch festgelegte Abschaltung des linearen Angebots. Solange ein relevanter Bedarf besteht, muss KiKA auch linear verfügbar bleiben. Die für das Jahr 2033 geplante Abschaltung des linearen KiKA-Angebots darf nicht umgesetzt werden. **KiKA muss als zentraler Bestandteil der öffentlich-rechtlichen Grundversorgung dauerhaft sowohl digital als auch linear verfügbar sein, um allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Lage einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Information und Kultur zu gewährleisten.**

Antrag 15: D05: Mehr als Nullen und Einsen: Mit offenen Daten Vertrauen schaffen

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	Region Hannover
-------------------	-----------------

1 Eine moderne Demokratie lebt von der dauerhaften Partizipation ihrer Bürger*innen und
2 der Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns. Das Konzept des „Open Government“
3 stützt sich dabei auf die drei Säulen Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit.
4 Während Deutschland im internationalen Vergleich bei der Datenverfügbarkeit
5 Fortschritte macht, liegen wir bei der tatsächlichen Umsetzung und Nutzung noch im
6 unteren Mittelfeld. Um unsere Demokratie krisenfester zu machen und das Vertrauen in
7 politische Entscheidungen zu stärken, fordern wir eine konsequente Ausweitung von
8 Open-Government-Initiativen in den Verwaltungen aller politischen Ebenen.

9 Konkret fordern wir:

- 10 1. Bereitstellung maschinenlesbarer Daten (Open Data): Die Verwaltung muss ihre
11 Datenbestände (z. B. Geodaten, Statistiken, Wahlergebnisse) standardisiert,
12 anonymisiert, vollständig und maschinenlesbar zur Verfügung stellen. Es darf
13 nicht sein, dass Daten auf verschiedenen Webseiten verstreut liegen; wir
14 benötigen einen zentralen Datenkatalog, in dem Datensätze einheitlich
15 beschrieben sind.
- 16 2. Förderung einer Kultur der Offenheit: Open Government ist mehr als Technik; es
17 ist eine politische Haltung, die Informationsasymmetrien abbauen soll. Wir
18 fordern, dass Verwaltungshandeln standardmäßig transparent gemacht wird, um
19 Rechenschaft abzulegen und Verschwendung oder Missbrauch von Mitteln nachweisbar
20 zu verhindern.
- 21 3. Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft (Civic Tech): Die Verwaltung soll aktiv
22 Schnittstellen bereitstellen, die es Start-ups, NGOs und engagierten
23 Bürger*innen ermöglichen, eigene Anwendungen zu entwickeln.

Begründung

Die Erfahrungen aus vergangenen Krisen, wie der Corona-Pandemie, haben gezeigt, wie wichtig externe Expertise und Transparenz sind. Wenn die Entscheidungsgrundlagen der Politik – wie etwa Infektionszahlen oder Impfquoten – offenliegen, steigt die Akzeptanz für Maßnahmen und das Vertrauen in die Regierung.

Doch der Nutzen geht über Vertrauen hinaus: Durch die freie Verfügbarkeit von Daten können Innovationen entstehen, die die Verwaltung allein nicht leisten könnte. Private Initiativen entwickelten während der Pandemie beispielsweise Dashboards oder Apps, die schneller oder nutzerfreundlicher waren als staatliche Angebote. Dies schafft neue Dienstleistungen und Beschäftigungsfelder. Niedrigschwellige Informationsangebote ermöglichen es breiteren Bevölkerungsschichten, sich eine fundierte Meinung zu bilden und sich am Diskurs zu beteiligen. Open Data nützt auch der Behörde selbst. Einheitliche Datenstrukturen verringern den Rechercheaufwand, vermeiden doppelte Erhebungen und sparen somit Personalressourcen und Kosten.

Aktuell scheitert die effektive Nutzung oft an einem „föderalen Flickenteppich“ aus unterschiedlichen Formaten und mangelnder Standardisierung. Um Demokratie auch digital erlebbar zu machen, müssen wir

diese Hürden abbauen. Open Government Data dient der Erfüllung der Rechenschaftspflicht und ist ein demokratieförderndes Element, das wir dringend ausbauen müssen.

Antrag 16: D06: Digitale Souveränität für Deutschland Umstieg auf Open Source

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	Nienburg
-------------------	----------

- 1 Die Jusos im Bezirk mögen beschließen, dass folgende Forderungen umgesetzt werden:
- 2 Bundesregierung
- 3 Wir fordern, dass die Bundesregierung Pläne für eine bundesweit möglichst
4 einheitliche Open-Source-Strategie für die Bundes- und Landesverwaltungen erstellt.
5 Dies beinhaltet insbesondere die Entwicklung und Umrüstung von bereits vorhandenen
6 quelloffenen Officeprogrammen, auf die die Länder zugreifen können. Dabei sollen
7 insbesondere europäische Initiativen einen Vorteil bei der Auswahl einer geeigneten
8 Lösung erhalten und wenn möglich ganzheitlich Open-Source Lösungen eingeführt werden,
9 um die Anzahl an Abhängigkeiten klein zu halten. So soll möglichst ein Flickenteppich
10 an Open-Source- und Nicht-Open-Source-Lösungen vermieden werden. Ein gutes Beispiel
11 hierfür ist die Einführung und Verwendung von Linux in Schleswig-Holstein. Der Bund
12 soll außerdem im engen Austausch mit den Ländern stehen, um diese bei der Umstellung
13 ihrer Landesverwaltungen zu unterstützen, bereits bestehende Programme zu integrieren
14 und auf mögliche Komplikationen zu reagieren.
- 15
- 16 Die Bundesregierung soll gemeinsam mit den Ländern sicherstellen, dass Beschäftigte
17 frühzeitig und kontinuierlich in den Umstellungsprozess eingebunden werden. Die
18 Einführung von Open-Source-Software darf nicht gegen die Beschäftigten, sondern muss
19 mit ihnen erfolgen. Dabei ist auf eine schrittweise und praxisnahe Umsetzung zu
20 achten, um Akzeptanz zu schaffen und die Mitarbeitenden auf dem Weg der
21 Digitalisierung mitzunehmen.
- 22 Vor einer flächendeckenden Einführung sind umfassende Testläufe mit sämtlicher
23 weiterhin benötigter externer Fachsoftware durchzuführen, um Kompatibilitätsprobleme
24 frühzeitig zu erkennen und zu beheben.
- 25 Ein weiterer essenzieller Baustein ist die Gewährleistung einer robusten
26 Cybersicherheit, insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen von EU-Verordnungen.
27 Für reine Community-Open-Source-Projekte gelten EU-Vorgaben zu Cybersicherheit
28 oftmals nicht. Daher muss bei der Beschaffung und Implementierung sichergestellt
29 werden, dass entweder auf Enterprise-Open-Source-Lösungen mit festen Service-Level-
30 Agreements und garantierten Sicherheitsupdates gesetzt wird, oder eine dedizierte,
31 zentrale Stelle auf Landes- oder Bundesebene eingerichtet wird. Diese Stelle
32 übernimmt operativ das kontinuierliche Schwachstellen- und Risikomanagement sowie die
33 rechtssichere Bereitstellung von Patches für die eingesetzten Community-Produkte.
- 34 Darüber hinaus sind für die Umstellungsphase zusätzliche Stunden- und
35 Personalkontingente einzuplanen, um den entstehenden Mehraufwand für die
36 Beschäftigten aufzufangen. Begleitend müssen ausreichend Schulungs- und
37 Fortbildungsangebote bereitgestellt werden, damit alle Mitarbeitenden die neue
38 Software sicher und effizient nutzen können.
- 39

Begründung

Die letzten Jahre sollten jedem gezeigt haben, wie gefährlich wirtschaftliche Abhängigkeiten in kritischen Bereichen sein können. Dies wurde insbesondere 2022 nach dem Stopp der russischen Erdgasimporte als Reaktion auf den Ukrainekrieg deutlich, als deutliche Preiserhöhungen eine wirtschaftlich unsichere Lage zur Folge hatte, die nur durch einen milden Winter, Einsparungen und neue Importmöglichkeiten behoben werden konnte. Um Situationen wie diese in Zukunft zu vermeiden, ist es für das Land Deutschland elementar, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu autoritären Staaten zu hinterfragen und Abhängigkeiten zu vermeiden. Seit dem Beginn der Präsidentschaft von Donald Trump müssen deshalb auch zunehmend die Beziehungen zu den USA hinterfragt werden. Die Republikaner fallen seit dieser Legislaturperiode insbesondere mit einer konfrontativen und teils unvorhersehbaren Außenpolitik gesteuert von einer dementen, etwas stärker verschrumpelten Mandarin auf (den Satz nehmen wir noch raus, keine Sorge). Dementsprechend ist nicht auszuschließen, dass auch Deutschland in Zukunft ein Angriffsziel für mögliche amerikanische Sanktionen werden könnte. Insbesondere die deutschen Behörden könnten dabei ein mögliches Angriffsziel werden. Die deutsche Verwaltung ist größtenteils auf proprietäre Software wie z.B. von Microsoft angewiesen. Dadurch entstehen zwei Risiken: Zum einen können sensible Daten abgegriffen werden. Ein großer Teil des E-Mailverkehrs läuft über Microsoft Outlook, Dokumente und Anträge werden in Microsoft erstellt oder Daten werden in Excel gespeichert werden. Dabei entstehen einige kritische Daten, die theoretisch von Microsoft abgegriffen werden können. Kombiniert mit der amerikanischen Gesetzeslage, die es der Regierung möglich macht, Microsoft zur Herausgabe von Nutzerdaten zu verpflichten (1), steht die Integrität von behördlichen Daten in Gefahr. Zum anderen besteht das Risiko eines möglichen Lizenzentzugs durch Sanktionen. Sollte sich die USA beispielsweise dazu entscheiden, den deutschen Behörden sämtliche Zugangsberechtigungen für Microsoft Office zu entziehen, würde man den Behörden quasi die gesamte IT-Infrastruktur entziehen, was höchstwahrscheinlich zu einem riesigen Chaos führen würde. Im Worst Case könnte die Verwaltung vorübergehend nur sehr eingeschränkt arbeiten. Die USA hat im Fall der Kontosperrung des Chefkäglers der IGH im Fall des Haftbefehls gegen Netanyahu (2) auch schon gezeigt, dass sie nicht davor scheut, solche Maßnahmen zu ergreifen. Um sich vor diesen Gefahren zu schützen, bietet sich ein verstärkter Einsatz von Open-Source- Software an. Open-Source-Software zeichnet sich dadurch aus, dass sie meistens dezentral entwickelt werden und der Quellcode frei zugänglich für jeden ist. Ein verstärkter Nutzen dieser würde mehrere Vorteile bringen: Man könnte sich hohe Lizenzgebühren sparen, könnte auf europäische Software-Lösungen zurückgreifen und benötigte Features selber entwickeln. Die Umstellung würde zwar wiederum Geld kosten, jedoch werden die Investitionskosten schnell durch die Ersparnisse bei den Lizenzgebühren ausgeglichen. Allein im Jahr 2025 beliefen sich die jährlichen Kosten im Bundeshaushalt für Microsoft-Lizenzen auf 481 Mio. Euro (3). Dass der Umstieg funktionieren kann, sieht man in Schleswig-Holstein: hier ist seit 2024 der Umstieg von Windows, Microsoft Office etc. hin zu Open Source im vollen Gange. Das Land spart sich damit nach Angaben des Digitalisierungsministers allein 2026 über 15 Millionen Euro an Lizenzkosten, die im Gegenüber zu den einmaligen Investitionskosten in Höhe von 9 Millionen Euro stehen, die 2026 für die Umrüstung der Arbeitsplätze und Weiterentwicklung der Software aufkommen (4). Trotz anfänglicher Migrationsprobleme und Akzeptanzschwierigkeiten bei Mitarbeitern ist das Land jetzt auf einem guten Weg zu mehr digitaler Unabhängigkeit. Aufgrund der massiven Vorteile, die Open Source für die Verwaltung Deutschlands bietet, fordern wir, dass ein Umstieg auf Open-Source-Software umgesetzt wird. Vor allem in Zeiten wie diesen ist digitale Unabhängigkeit wichtiger denn je!

Antrag 19: D09: Zivilgesellschaft stärken und unsere Demokratie schützen - Gegen die Kürzungen bei Demokratie leben!

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:

Diepholz

1 Insbesondere zivilgesellschaftliche Strukturen und Vereine leisten wertvolle
2 Aufklärungsarbeit im Kampf gegen Rechts und für unsere Demokratie. Sie sind eine
3 tragende Säule unserer Demokratie und sind unverzichtbar in der politischen Bildung,
4 der Prävention von Rechtsextremismus sowie in der Unterstützung von Betroffenen
5 rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Insbesondere im ländlichen Raum
6 und in strukturschwachen Regionen sind diese Vereine oft die einzigen Anlaufstellen
7 für ein demokratisches Engagement. Doch immer mehr demokratische Initiativen und
8 Vereine geraten unter wachsenden Druck und sind Bedrohungen, Einschüchterungen sowie
9 Angriffen auf zivilgesellschaftliches Engagement von Rechts ausgesetzt. **In Zeiten, in**
10 **denen rechtsextreme Gewalt zunimmt und autoritäre Kräfte erstarken, braucht es eine**
11 **starke, verlässliche Förderung dieser Strukturen und keine Kürzungen!**

12 Im Koalitionsvertrag (2025) haben sich Union und SPD darauf verständigt, das Programm
13 "Demokratie leben!", über welches viele zivilgesellschaftliche Akteur*innen gefördert
14 werden, unabhängig zu prüfen. Doch nun hat Bundesbildungsministerin Karin Prien
15 angekündigt, das Programm neu auszurichten und mehr als 200 zivilgesellschaftliche
16 Projekte aus dem Bundesprogramm "Demokratie leben!" zum Jahresende auslaufen zu
17 lassen. Besonders betroffen sind davon Initiativen gegen Rechtsextremismus und
18 Antisemitismus und solche, die sich für politische Bildung, Vielfalt und
19 demokratische Teilhabe einsetzen, Beispiele dafür sind Programme von Hate Aid, der
20 Amadeu-Antonio-Stiftung, die Bildungsstätte Anne Frank, die AWO oder sogar die
21 Konrad-Adenauer-Stiftung. Ganz konkret leisten diese Strukturen und Vereine alles
22 dafür, dass die Versprechen der Demokratie umgesetzt werden. Sie bieten
23 Beratungsangebote für Engagierte und Betroffene von Hassgewalt und
24 bilden Initiativen, die Solidarität in Schulen und Jugendarbeit im ländlichen Raum
25 leben. Viele Projekte verlieren mit den kommenden Kürzungen ihre finanzielle
26 Grundlage. Nicht nur drohen gewachsene Netzwerke zu zerbrechen, es geht auch
27 wertvolle Expertise verloren und für viele Träger steht damit ihre Existenz auf dem
28 Spiel. Über tausend Organisationen protestieren bereits dagegen und warnen vor einem
29 schweren Schaden für die demokratische Infrastruktur in Deutschland.

30 Insbesondere in Zeiten, in denen rechtsextreme, homophobe, rassistische und
31 antisemitische Gewalt auf einem Höchststand ist und es nicht gelingt, Minderheiten zu
32 schützen und autoritäre Kräfte an Einfluss gewinnen, sind die geplanten Kürzungen
33 untragbar. Für viele Träger sind Karin Priens Kürzungen existenzgefährdend,
34 insbesondere in Ostdeutschland. "Demokratie leben!" ist schon seit geraumer Zeit
35 rechten Kräften und der CDU ein Dorn im Auge, welches insbesondere bei der
36 kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion der Union zur Finanzierung von gemeinnützigen
37 Organisationen im Februar 2025 bestehend aus 551 Fragen hervorgehoben wurde. Jetzt
38 setzt Ministerin Karin Prien nochmal einen drauf, indem sie behauptet, dass die
39 bisher von "Demokratie leben!" geförderten Projekte die "Mitte der Gesellschaft"
40 nicht erreichen würden. Wir Jusos Bezirk Hannover bewerten die politische
41 Verschiebung des Programms "Demokratie leben!" besonders kritisch. Die geplante

stärkere Ausrichtung auf vermeintliche "Extremismen" wie Linksextremismus relativiert die reale Bedrohung durch Rechtsextremismus und folgt einer problematischen Gleichsetzungslogik. Dass ein bewährtes Programm gegen rechte Strukturen unter Beteiligung der SPD in diese Richtung umgebaut werden soll, ist für uns nicht hinnehmbar.

Als Jusos Bezirk Hannover sprechen wir uns entschieden gegen die geplante Neuausrichtung für die "Mitte" und die damit verbundenen Kürzungen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" aus. Wir fordern daher ganz konkret:

- Den sofortigen Stopp der geplanten Kürzungen und den Umbau von "Demokratie leben!";
- Eine verlässliche, langfristige, mehrjährige Finanzierung bestehender zivilgesellschaftlicher Strukturen;
- Den Erhalt, Stärkung und Ausbau bewährter Netzwerke und Beratungsangebote;
- Die zügige Verabschiedung eines Demokratiefördergesetzes zur langfristigen, strukturellen Absicherung.

Antrag 20: E01: Encienden las luces - Solidarität mit der kubanischen Bevölkerung

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
1	Durch die US-Amerikanische Regierung befindet Kuba sich aktuell in einer dramatischen
2	multiplen Krise. Massive Stromausfälle, leere Supermarktregale, stillstehende
3	Betriebe, fehlende Medikamente, zusammenbrechende Gesundheitsversorgung, Verletzung
4	von Menschenrechten, eine humanitäre Katastrophe, internationaler Druck und eine sich
5	immer verschärfende soziale Ungleichheit prägen den Alltag vieler Menschen auf der
6	Insel. Millionen Kubaner*innen sind täglich über viele Stunden ohne Strom und oft
7	auch ohne fließendes Wasser. Krankenhäuser arbeiten im Notbetrieb, Schulen und
8	Universitäten bleiben geschlossen, Lebensmittel werden für viele unbezahlbar und
9	Medikamente sind kaum verfügbar. Weiter hinzu kommt, dass sich in den Straßen
10	Havannas und anderen Teilen des Landes hohe Müllberge türmen, da auch der Müllabfuhr
11	Treibstoff fehlt.
12	Insgesamt ist das US-Embargo gegen Kuba keine neue Thematik, die Sanktionen und das
13	Handelsembargo bestehen seit über 60 Jahren. 1960 verhängten die USA erstmals im
14	Kontext des Kalten Krieges Sanktionen gegen Kuba. Grund dafür ist die kubanische
15	Revolution von 1959, in der die Revolutionäre unter Fidel Castro eine sozialistische
16	Republik ausgerufen hatten. Nach dieser wurden US-amerikanische Unternehmen, die in
17	Kuba operierten, verstaatlicht. Daraufhin verhängten die USA erste
18	Handelsbeschränkungen. Ebenfalls folgten eine Reihe an Terrorakten, Sabotageversuchen
19	und Invasionen in und gegen Kuba. Zuletzt hat Donald Trump die kubanische Regierung
20	am 29. Januar als „außergewöhnliche Bedrohung“ für die nationale Sicherheit der USA
21	eingestuft und einen nationalen Notstand ausgerufen, zudem manövrieren offen
22	Flugzeugträger vor der Küste Kubas. Somit erhöhen die US-Amerikaner die Angst auf
23	eine Invasion der Insel.Unter Barack Obama kam es ab 2014 erstmals zu einer
24	historischen Annäherung. In dieser wurde Kuba 2015 von der US-Liste der Terrorstaaten
25	genommen, später eröffneten sie jeweils Botschaften in Havanna und Washington,
26	Reisebeschränkungen wurden gelockert und wirtschaftliche Kontakte erleichtert. Diese
27	Politik revidierte Trump grundlegend. 2017 verschärfte er die Sanktionen wieder und
28	setzte Kuba erneut auf die US-Liste der Terrorstaaten. Die erneuten Entschärfungen
29	von Joe Biden machte Trump in den ersten Tagen seiner zweiten Amtszeit rückgängig.
30	Seit 2025 intensiviert Trump Boykott und Embargo massiv. Die Sanktionen wurden
31	zuletzt immer weiter verschärft und sind damit die langlebigsten der internationalen
32	Politik. Zuletzt hat Donald Trump die kubanische Regierung am 29. Januar als
33	“außergewöhnliche Bedrohung” für die nationale Sicherheit der USA eingestuft und
34	einen nationalen Notstand ausgerufen. Dies hat dazu geführt, dass die Wirtschaft
35	schwer beschädigt wurde, Öllieferungen wegfallen und der Tourismus kollabiert ist.
36	Mehr als 60 % der Hotels sind inzwischen geschlossen und die medizinische Betreuung
37	aus dem Ausland wurde weitgehend eingestellt.
38	Aufgrund fehlender Investitionen in Kuba kommt es heute zu eklatanten
39	Versorgungslücken und strukturellen Engpässen, auch auf häufiger auftretende
40	Naturkatastrophen ist Kuba nicht vorbereitet. Dies ist das Ergebnis von einer
41	Jahrzehnte langen Blockade durch die US-Amerikaner was die eigenständige

wirtschaftliche Entwicklung verhinderte. Doch insbesondere seit Januar 2026 und den dann verschärften US-Sanktionen und blockierten Öllieferungen der USA befindet sich das kubanische Stromnetz seit längerem in einem kritischen Zustand. Sogar die bisher wichtigsten Lieferanten, Mexiko und Venezuela, haben seit Anfang des Jahres keinen Treibstoff auf die Insel gebracht, denn Trump droht jedem Land, das Treibstoff an Kuba liefert, mit Zöllen. Dies hat dazu geführt, dass Diesel und Heizöl bereits vollständig ausgegangen sind, Reserven aufgebraucht wurden und die Kubaner*innen bis zu 22 Stunden am Tag ohne Strom leben und das obwohl Kuba in den letzten Jahren angefangen hat, Solaranlagen zu installieren. Jedoch ist das gesamte Netz infolge des Treibstoffmangels instabil, weswegen große Teile der Kapazität nicht genutzt werden können. Aufgrund der großen Unzufriedenheit durch die angeschlagene Lage ist es in den letzten Wochen daher zu massiven Protesten, insbesondere in Havanna, der Hauptstadt Kubas, gekommen. Verschärft wird diese Situation durch die erneute Eskalation der US-Sanktionen unter Präsident Donald Trump. Die umfassende Ölblockade und zusätzliche Strafzölle gegen Staaten, die Kuba mit Treibstoff und anderen Waren beliefern, haben die Energieversorgung des Landes nahezu kollabieren lassen. Die extraterritorialen Sanktionen der USA treffen dabei nicht die politische Führung Kubas, sondern vor allem die Bevölkerung. So ist auch die humanitäre Lage in Kuba katastrophal, denn seit Februar 2026 haben es nur sechs Hilfslieferungen mit Lebensmitteln nach Kuba geschafft.

Zuletzt hat Donald Trump Kuba sogar mit einer möglichen Übernahme gedroht und öffentlich erklärt, er könne mit Kuba "machen, was er will". Bei einem Auftritt in Miami Ende März 2026 sagte er sogar, Kuba sei "als Nächstes dran". Dieser Ankündigung folgte im Mai der Besuch des CIA-Chefs um die kubanische Regierung zu warnen, dass ihr nur begrenzte Zeit bleibe, um mit der Trump Regierung ins Gespräch zu kommen, sowie die Warnung, das amerikanische Streitkräfte "fast sofort" das Land übernehmen könnten. Die Vereinten Nationen kritisieren diese Maßnahmen seit Jahren als völkerrechtswidrig und als massiven Eingriff in das Recht auf Nahrung, Bildung, Gesundheit, Wasser und sanitäre Einrichtungen der kubanischen Bevölkerung. Deutschland unterstützt seit 2002 die jährliche UN-Resolution zur Abschaffung der US-Sanktionen gegen Kuba. Die Bundesregierung lehnt zudem die extraterritorialen Sanktionen der USA ab, die Drittstaaten für wirtschaftliche Kontakte mit Kuba bestrafen.

Gleichzeitig dürfen die strukturellen Probleme Kubas nicht ausgeblendet werden. Da dies die direkten Folgen der USA amerikanischen Herrschaft in Kuba ist zwischen 1909 und 1919. Autoritäre Strukturen und politische Repression verschärfen die Krise zusätzlich. Die politische Opposition wird verfolgt, Meinungsfreiheit eingeschränkt und über 1.200 politische Gefangene sitzen weiterhin in Haft. Auch wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen und mangelnde Investitionen in zentrale Bereiche wie Energieversorgung, Landwirtschaft und Gesundheitswesen haben zur aktuellen Situation beigetragen und eine immer größere soziale Ungleichheit in Kuba gefördert. Viele Menschen sind in Kuba beim Staat angestellt, wo extrem niedrige Löhne gezahlt werden - zwischen fünf und 22 Euro monatlich. Mit diesem Lohn können sich die Kubaner*innen kaum bis gar nichts leisten und sind auf Unterstützung aus dem Ausland angewiesen. So kostet ein Mittagessen im Restaurant oft den gesamten Monatslohn, eine Ananas ein Fünftel davon. Ein Liter Benzin auf dem Schwarzmarkt kostet derzeit mehr als 1.000 Peso. Das sind umgerechnet ziemlich genau zwei Euro.

Der Durchschnittslohn liegt aber bei 4.000 kubanischen Peso. Mit diesem erhält man derzeit in Havanna eine Stiege mit 30 Eiern und eine Flasche Speiseöl. Fest steht: mit normalen Gehältern lässt sich das Leben auf Kuba aktuell nicht bestreiten. Viele wechseln daher auch in besser bezahlte Privatjobs oder wandern aus, darunter auch hochqualifiziertes medizinisches Personal. Hinzukommt, dass aufgrund der vielen Stromausfälle die Wasserversorgung vielerorts unmöglich ist. Dadurch sind auch die Intensivstationen und Notaufnahmen der Krankenhäuser gefährdet, ebenso wie die Produktion, Lieferung und Lagerung von Impfstoffen, Blutprodukten und anderen temperaturempfindlichen medizinischen Gütern.

Für uns Jusos ist klar: Internationale Solidarität bedeutet, humanitäres Leid klar zu benennen und sich sowohl gegen autoritäre Politik als auch gegen wirtschaftliche Strangulierung durch Sanktionen zu stellen. Weder die autoritäre Politik der kubanischen Regierung noch die aggressive Embargo- und Sanktionspolitik der USA bieten eine Perspektive für die Menschen auf Kuba.

Wir fordern daher:

- die sofortige Beendigung der Sanktionen und eine schrittweise Aufhebung des seit Jahrzehnten bestehenden Embargos gegen Kuba;
- ein Ende extraterritorialer US-Sanktionen gegen Drittstaaten und Unternehmen, die der kubanischen Bevölkerung helfen wollen;
- humanitäre Hilfslieferungen und internationale Unterstützung zur Sicherung der Energie-, Gesundheits- und Lebensmittelversorgung;
- den Ausbau internationaler Kooperationen beim Wiederaufbau der Energieinfrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge;
- die Einhaltung von Menschenrechten, Meinungsfreiheit und politischen Freiheitsrechten in Kuba sowie die Freilassung politischer Gefangener;
- eine deutsche und europäische Außenpolitik, die auf Dialog, internationale Solidarität und zivile Konfliktlösung statt auf Eskalation und wirtschaftlichen Druck setzt.

Als Jusos stehen wir an der Seite der Menschen in Kuba.

Antrag 21: E02: Verurteilung des sogenannten „Board of Peace“ und klare Abgrenzung der Jusos von undemokratischer und egozentrischer Parallelstrukturen internationaler Politik

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	Celle
1	Die Bezirkskonferenz möge beschließen: Die Jusos Bezirk Hannover verurteilen die
2	Gründung und Tätigkeit des sogenannten „Board of Peace“ und sprechen sich klar gegen
3	dessen politische Legitimation, Struktur und Zielsetzung aus.
4	Die Jusos Bezirk Hannover fordern die SPD auf Bundesebene sowie die Jusos auf allen
5	Ebenen auf, sich eindeutig von diesem Gremium zu distanzieren und dessen Anerkennung
6	oder indirekte Unterstützung politisch zurückzuweisen.
7	Die Jusos Bezirk Hannover fordern:
8	1. Eine öffentliche politische Distanzierung der SPD und der Jusos vom „Board of
9	Peace“.
10	2. Die Stärkung multilateraler, demokratisch legitimer Institutionen der
11	internationalen Friedens- und Konfliktpolitik.

Begründung

1. Undemokratische Struktur

Das „Board of Peace“ ist kein demokratisch legitimes internationales Gremium. Es entzieht sich parlamentarischer Kontrolle, völkerrechtlicher Einbindung und transparenter Entscheidungsfindung. Entscheidungen werden nicht auf Grundlage demokratischer Mehrheiten, sondern durch ein kleines, politisch einseitig geprägtes Machtzentrum getroffen.

2. Aushöhlung bestehender internationaler Institutionen

Das Board stellt eine gefährliche Parallelstruktur zu etablierten internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen dar. Statt multilateraler, rechtsbasierter Diplomatie wird ein personalisiertes, machtpolitisches Modell propagiert, das internationale Konfliktlösung weiter politisiert und destabilisiert.

3. Instrumentalisierung des Friedensbegriffs

Frieden wird hier nicht als Ergebnis von Selbstbestimmung, sozialer Gerechtigkeit und internationalem Recht verstanden, sondern als politisches Schlagwort zur Durchsetzung geopolitischer Interessen. Ein solcher Umgang mit dem Friedensbegriff widerspricht zutiefst sozialdemokratischen Grundwerten.

4. Sozialdemokratische Grundwerte sind unvereinbar

Internationale Politik darf nicht von Einzelpersonen, finanziellen Zugangshürden oder informellen Machtzirkeln bestimmt werden. Sozialdemokratische Außen- und Friedenspolitik basiert auf:

4. Demokratie

- Rechtsstaatlichkeit
- Multilateralismus
- sozialer Gerechtigkeit
- internationaler Solidarität

Das „Board of Peace“ steht im klaren Widerspruch zu diesen Prinzipien

Antrag 22: E03: Die Lage der Kurd*innen in Rojava - Selbstverwaltung sichern und Stabilität fördern Antragsteller*in: Jusos Hameln-Pyrmont

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	Hameln-Pyrmont
-------------------	----------------

1 Gesellschaftlicher Fortschritt entsteht dort, wo Menschen unter schwierigen
2 Bedingungen neue Formen des Zusammenlebens entwickeln. In der Autonomieverwaltung von
3 Rojava (Nord- und Ostsyrien) ist inmitten von Krieg und Instabilität ein politisches
4 Projekt entstanden, das auf demokratischer Selbstverwaltung, lokaler Beteiligung und
5 dem Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen basiert. Doch dieses Projekt
6 steht weiterhin unter erheblichem Druck - militärisch, politisch und wirtschaftlich.

7 Über Jahre hinweg haben die Menschen in Rojava eigene Verwaltungsstrukturen
8 aufgebaut, lokale Räte etabliert und versucht, trotz anhaltender Konflikte eine
9 funktionierende Ordnung zu schaffen. Diese Strukturen werden jedoch international nur
10 begrenzt anerkannt und sind gleichzeitig äußeren Angriffen und inneren
11 Herausforderungen ausgesetzt. Auch heute ist die Region von anhaltender Unsicherheit
12 geprägt: Militärische Operationen, insbesondere durch die türkischen Streitkräfte und
13 verbündete Milizen, führen regelmäßig zu Destabilisierung. Diese Einsätze werden von
14 der türkischen Regierung unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung gerechtfertigt,
15 richten sich jedoch wiederholt auch gegen kurdisch geprägte Gebiete und zivile
16 Infrastruktur.

17 Gleichzeitig kommt es auch immer wieder zu Spannungen und militärischen
18 Auseinandersetzungen mit der syrischen Armee, insbesondere in umkämpften Gebieten im
19 Norden Syriens. Dabei kommt es wiederholt zu Angriffen auf Wohngebiete, Vertreibungen
20 und erheblichen Gefährdungen der Zivilbevölkerung. Die wiederkehrenden
21 Kampfhandlungen verschiedener Akteur*innen verdeutlichen die fragile Sicherheitslage
22 und die anhaltende Bedrohung für die Bevölkerung in Rojava. Die Lage in Rojava ist
23 daher gekennzeichnet durch ein Spannungsfeld zwischen dem Versuch, stabile und
24 demokratische Strukturen aufzubauen, und den realen Bedingungen von Krieg,
25 wirtschaftlicher Not und politischer Isolation.

26 Die Situation in Rojava hat weitreichende Konsequenzen: von massiven Unsicherheiten
27 für die Bevölkerung, eingeschränkter Entwicklung, politischer Isolation bis hin zu
28 Belastungen der Infrastruktur. Die Liste der Auswirkungen ist lang. Wiederkehrende
29 militärische Auseinandersetzungen gefährden das Leben der Menschen und verhindern
30 eine langfristige Stabilität. Ebenso behindert die fehlende Anerkennung und begrenzte
31 wirtschaftliche Ressourcen den Wiederaufbau und die Weiterentwicklung der Region,
32 während auch durch die geringe Einbindung in internationale Prozesse nachhaltige
33 Lösungen für den Konflikt erschweren und grundlegende Lebensbedingungen durch
34 Zerstörung und unzureichende Versorgung belastet werden. .

35 Deswegen fordern wir Jusos von der Bundesregierung, die EU und internationale
36 Institutionen dazu auf:

- 37 • Die Stabilität in Rojava zu fördern. Die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort
38 müssen verbessert und der politische Dialog gestärkt werden. Dazu gehört die
39 Aufnahme von Gesprächen mit Vertreter*innen der Autonomieverwaltung von Nord-

40 und Ostsyrien.

- 41 • Einsatz für Deeskalation. Es bedarf einer klaren Positionierung gegen
- 42 militärische Eskalationen sowie verstärkte diplomatische Initiativen.
- 43 • Rüstungsexporte einschränken. Keine Waffenlieferungen an Akteur*innen, die zur
- 44 Eskalation beitragen.
- 45 • Humanitäre Unterstützung ausbauen. Unterstützung in den Bereichen
- 46 Gesundheitsversorgung, Bildung und Grundversorgung.
- 47 • Wiederaufbau fördern. Programme zur Wiederherstellung von Infrastruktur und
- 48 wirtschaftlicher Stabilität.
- 49 • Internationale Einbindung verbessern. Stärkere Berücksichtigung der Region in
- 50 internationalen Verhandlungen zur Zukunft Syriens.

51 Darüber hinaus stellen wir klar: Es darf keine politische oder gesellschaftliche
52 Solidarisierung mit Akteur*innen geben, die zur Eskalation der Gewalt beitragen oder
53 Angriffe auf die Zivilbevölkerung unterstützen. Forderungen nach „Solidarität“ mit
54 einzelnen militärischen oder politischen Akteuren, wie etwa Ahmed al Shaara, weisen
55 wir entschieden zurück. Die Jusos setzen sich für eine friedliche, stabile und
56 selbstbestimmte Entwicklung in Rojava ein. Ziel muss es sein, die Lebensbedingungen
57 der Menschen vor Ort zu verbessern und langfristige Perspektiven für Frieden und
58 Stabilität zu schaffen.

Antrag 23: E04: Solidarität mit den Iraner*innen und der Frau – Leben – Freiheit Bewegung, für ein demokratischen

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	Region Hannover
-------------------	-----------------

- 1 Als Jusos solidarisieren wir uns mit der iranischen Bevölkerung und der Frau - Leben
2 - Freiheit Bewegung, welche so mutig gegen das theokratische Mullah-Regime kämpfen.
3 Wir setzen uns für eine echte Demokratie nach Jahrzehnten der Unterdrückung ein. Die
4 islamische Diktatur herrscht seit dem 1. April 1979. Bald sind es 47 Jahre, in denen
5 die schiitischen Geistlichen in der gesamten Region für Chaos sorgen und statt der
6 eigenen Bevölkerung ausreichend zum Leben zu geben, sich selbst bereichern und Kriege
7 und Milizen finanzieren. Am 28. Dezember 2025 kam es, nach den letzten landesweiten
8 Protesten, ausgelöst durch den Tod von Jina Mahsa Amini im Jahr 2022, zu einer
9 Protestwelle aufgrund der Wirtschaftskrise in Iran. Die Art und Weise, in der das
10 Regime im Januar die Proteste mit ihren ausländischen Milizen und Militärwaffen
11 blutig beendete, schockierte die ganze Welt. In nur wenigen Tagen wurden mehr als
12 40.000 Protestierende vom Regime umgebracht und die Angehörigen mussten zum Abholen
13 der Leichen ihrer Familienmitglieder horrenden Summen zahlen. Dies zeigt erneut, zu
14 welchem Mittel das Regime greift, um die eigene Bevölkerung abzuschrecken und sich an
15 ihre Macht zu klammern. Unter den Hinrichtungen, Folter und Vergewaltigung leiden die
16 Iraner*innen seit jeher.
- 17 Nun einige Monate später kam es nach vielen Forderungen der Iraner*innen um externe
18 Hilfe zu einem erneuten Angriff von USA und Israel. Einerseits lehnen wir als Jusos
19 diese nicht durch den UN-Sicherheitsrat legitimierte Militärintervention ab, da sie
20 primär auf wirtschaftlichen oder hegemonialen Interessen fußt. Andererseits sehen wir
21 jedoch einen Bedarf, den UN-
- 22 Sicherheitsrat dahingehend handlungsfähiger zu machen und das Völkerrecht zum Schutz
23 von Menschen in einem Terrorstaat anzupassen. Denn die vielen Massenproteste in Iran,
24 aus den letzten Jahrzehnten, haben es bisher nie geschafft, zu einem Regime-Change zu
25 führen. Zwar haben sich Beginn des Angriffskriegs und dem Tod von Diktator Ajatollah
26 Khamenei sich die viele (Exil) Iraner*innen gefreut, je länger der Krieg andauert,
27 umso unklarer wird das Ziel der USA. Auf den US Präsident Donald Trump, der im
28 eigenen Land für den Abbau demokratischer Strukturen bekannt ist, sollte somit nicht
29 zu viel Hoffnung gesetzt werden.
- 30 Ein Regimewechsel im Iran muss durch die demokratischen Kräfte der iranischen
31 Bevölkerung selbst legitim herbeigeführt werden, doch die internationale Gemeinschaft
32 und die deutsche Außenpolitik müssen diesen Prozess durch entschiedene Solidarität,
33 Sanktionen gegen den Unterdrückungsapparat und Schutz für Geflüchtete unterstützen.
34 Zu dem muss für die Sicherheit der Exil Iraner*innen auch hier in Deutschland gesorgt
35 werden.
- 36 Daher fordern wir:
- 37 1. Die Bundesregierung und die EU müssen die Proteste als legitime Revolte einer
38 unterdrückten Bevölkerung anerkennen und ihre volle Solidarität ausdrücken.
 - 39 2. Sanktionen gegen den Unterdrückungsapparat in Form der Revolutionsgarde (Sepâh),
40 Basidsch-Milizen, Geheimdienst (VEVAK) und Sittenpolizei (Gašt-e ersād)

- 41 3. Sofortige Beendigung jeglicher Zusammenarbeit zwischen deutschen und
42 europäischen Firmen mit dem iranischen Regime oder regime-nahen Institutionen.
- 43 4. Offene und sichere Fluchtrouten, erleichterte Visum-Bestimmungen und schnelle
44 Asylbearbeitung für iranische Flüchtlinge, insbesondere aus der Gruppe der
45 FINTA, Queere und Regime-Kritiker*innen.
- 46 5. Abschiebungen in den Iran müssen dauerhaft unterbunden werden, nicht nur
47 temporär.
- 48 6. Schutz für Exil-Iraner*innen, durch erhöhte Schutzmaßnahmen gegen den iranischen
49 Geheimdienst und pro-Regime-Anhänger*innen in Deutschland.
- 50 7. Finanzierung von Internetzugang und freier Information: Staatliche Unterstützung
51 für Tools wie Snowflake und Proxy-Server, um Iranern Zugang zu freiem Internet
52 zu geben.
- 53 8. Sanktionierung und Verbot von deutschen Unternehmen mit Regime-Verbindungen, die
54 Datencenter oder Tech-Infrastruktur für das iranische Regime bereitstellen

Antrag 24: F01: Ja heißt Ja – alles andere heißt Nein!

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
1 Sexuelle Selbstbestimmung ist ein fundamentales Menschenrecht. Dennoch erleben 2 Betroffene sexualisierter Gewalt immer wieder, dass ihre Erfahrungen juristisch nicht 3 ausreichend anerkannt werden. Das derzeitige Sexualstrafrecht in Deutschland 4 orientiert sich weiterhin stark daran, ob ein „erkennbarer entgegenstehender Wille“ 5 vorlag. Diese Perspektive verschiebt die Verantwortung auf Betroffene: Sie müssen 6 Widerstand leisten, sich deutlich genug gewehrt oder ihre Ablehnung ausreichend 7 sichtbar gemacht haben. Viele Betroffene sind hierzu allerdings nicht in der Lage: 8 der Körper schaltet in den Überlebensmodus, statt „Fight or Flight“ erleben die 9 Betroffenen häufig „Freezing“. Sie sind eingefroren, bewegungsunfähig, können sich 10 nicht wehren, nicht um Hilfe rufen, nicht nein sagen - „Nein heißt Nein“ lässt viele 11 Opfer im Stich und verhindert die Verurteilung der zu 95% männlichen Täter!	
12 Dieses dringende Anliegen ist in unserem Bezirk allerdings nicht neu: Bereits im Jahr 13 2024 haben wir eine Änderung des §177 Absatz 1 StGB, der den Straftatbestand der 14 Vergewaltigung regelt, zugunsten der klaren Konsensregelung „Nur Ja heißt Ja“ 15 beschlossen. Geändert hat sich seitdem auf Bundesebene bisher nichts - deshalb müssen 16 wir unnachgiebig und beständig laut bleiben!	
17 Das Europäische Parlament hat sich mit überwältigender Mehrheit für eine EU-weite 18 Definition von Vergewaltigung nach dem Prinzip „Nur Ja heißt Ja“ ausgesprochen. Mit 19 einer Zweidrittelmehrheit verabschiedeten die Abgeordneten eine Resolution, nach der 20 jede sexuelle Handlung ohne freiwilliges und ausdrückliches Einverständnis als 21 Vergewaltigung gelten soll. Die EU-Kommission wurde aufgefordert, einen 22 entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen, um diese Definition verbindlich in der 23 gesamten Europäischen Union zu etablieren[1] [2] .	
24 Auch in Deutschland wächst der politische Druck für eine Reform. Die 25 Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen fordert die Einführung einer „Nur Ja 26 heißt Ja“-Regelung in § 177 StGB. Die vorgeschlagene Reform würde das 27 Sexualstrafrecht klarer, verständlicher und konsequenter am Schutz sexueller 28 Selbstbestimmung ausrichten.	
29 Dass CDU und AfD eine solche Reform ablehnen, zeigt, wie stark patriarchale 30 Vorstellungen weiterhin politische Entscheidungen prägen und Täterschutz vor 31 Opferschutz und Gerechtigkeit gestellt wird.	
32 Die SPD signalisiert zwar grundsätzlich Zustimmung, verweist bislang jedoch auf 33 weiteren „Beratungsbedarf“. Für uns ist klar: Die sexuelle Selbstbestimmung von 34 Betroffenen darf nicht weiter relativiert oder verzögert werden!	
35 Eine feministische Gesellschaft bedeutet, die Grenzen und die Autonomie aller 36 Menschen kompromisslos zu achten. Nur ein Sexualstrafrecht, das auf Zustimmung 37 basiert, wird diesem Anspruch gerecht.	
38 Deshalb fordern wir:	
39 1. Eine Reform von § 177 Strafgesetzbuch (StGB) entsprechend dem Prinzip „Nur Ja 40 heißt Ja“. Der Grundtatbestand soll künftig daran anknüpfen, dass eine sexuelle 41 Handlung ohne Zustimmung der betroffenen Person vorgenommen wird.	

2. Die Abschaffung des bisherigen Tatbestandsmerkmals des „erkennbaren entgegenstehenden Willens“ in § 177 Absatz 1 StGB.
3. Die Ergänzung der Qualifikationstatbestände in § 177 Absatz 6 Nummer 1 sowie § 250 Absatz 2 Nummer 1 StGB um gefährliche „Mittel“, damit sämtliche gefährlichen Gegenstände und Mittel, die bei Sexualdelikten oder Raubtaten eingesetzt werden, ausdrücklich erfasst werden.
4. Die Einführung eines Fahrlässigkeitstatbestands in § 179 StGB für Fälle, in denen Täter*innen grob fahrlässig verkennen, dass keine Zustimmung vorliegt. Auch die sorgfaltswidrige Missachtung sexueller Selbstbestimmung muss strafrechtlich erfasst werden.
5. Eine klare Bekennung der SPD zu “Nur Ja heißt Ja” und eine entsprechende Unterstützung des Gesetzesentwurfs der Grünen.

Antrag 25: F02: Theory of Feminism

Laufende Nummer: 24

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
1	Wir Jusos im Bezirk Hannover bekennen uns zu einem materialistischen, queeren und
2	intersektionalen Verständnis von Feminismus und wenden diese Theorien in unserer
3	Arbeit an.
4	Queer Feminismus
5	Unser Feminismus ist queer. In unserer feministischen Betrachtung müssen queere
6	Perspektiven immer mitgedacht werden. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass wir
7	Heteronormativität ablehnen und weder Heterosexualität noch Zweigeschlechtlichkeit
8	als Norm betrachten. Trans-exklusiven „Feminismus“ lehnen wir entsprechend
9	kategorisch ab.
10	„Man ist nicht als Frau geboren, man wird es.“ ist ein bekanntes Zitat von Simone de
11	Beauvoir, welches beschreiben soll, dass man nicht als Frau geboren, sondern zu
12	dieser gemacht wird. Beauvoir bildete die Grundlage für die heutigen Gender-Theorien,
13	wie die von Judith Butler, die sich mit der Konstruktion des Geschlechts
14	auseinandersetzen. Nach diesen Theorien ist Geschlecht nicht „natürlich“, sondern
15	gesellschaftlich konstruiert. Diese Konstruktion entsteht durch Performativität und
16	wird durch das Wiederholen von Handlungen, wie beispielsweise Sprache oder das Tragen
17	bestimmter Kleidung, hervorgebracht. Diese Handlungen folgen dabei immer kulturellen
18	Normen und stehen im Kontext der historischen Kultur.
19	Konkret bedeutet das für unseren Feminismus, zu hinterfragen, was eigentlich
20	„weiblich“ und was eigentlich „männlich“ ist. Das Verständnis, dass Geschlecht
21	konstruiert ist, ist wichtig, um es dekonstruieren zu können. Dies spiegelt sich in
22	unserer politischen Arbeit, beispielsweise in Seminaren zur toxischen Männlichkeit,
23	wider. Diese beschäftigen sich mit toxischen Mustern, die insbesondere von als
24	männlich gelesenen Personen erlernt werden und häufig als „natürlich“ angenommen
25	werden.
26	Materialistischer Feminismus
27	Unser Feminismus ist materialistisch und erkennt die Zusammenhänge und Verstärkungen
28	von Patriarchat und Kapitalismus sowie die kapitalistische Ausbeutung von Frauen* an.
29	Dabei überschneidet er sich mit marxistischen und sozialistischen Feminismus-
30	Theorien.
31	Wir erkennen die kapitalistische Arbeitsteilung zwischen Reproduktion und Produktion
32	als Grundlage der Geschlechterungleichheit an. Wir kritisieren und analysieren die
33	Materialisierung von geschlechtlichen Beziehungen und anderen Ungleichverhältnissen.
34	Die Konstruktion einer zweigeschlechtlichen Ordnung geht dabei oft zu Lasten der
35	Frauen*, die meist die Tätigkeiten übernehmen müssen, die von der Wirtschaftsordnung
36	in den privaten Bereich verschoben werden. Eine materialistische Betrachtung sieht
37	den Einfluss kapitalistischer Wirtschaftsweisen auf alle Lebensbereiche, somit auch
38	auf das Private. Darüber hinaus erkennt der materialistische Feminismus die Einflüsse
39	der staatlichen Steuerung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die sich in der
40	Realität beispielsweise durch das Ehegattensplitting ausdrücken.
41	Intersektionaler Feminismus

Unser Feminismus ist intersektional. In unserer feministischen Betrachtung müssen das gleichzeitige Auftreten und das gegenseitige Bedingen und Verstärken von Diskriminierungsformen immer mitgedacht werden.

Der Begriff „Intersektionalismus“ wurde von der US-amerikanischen Juristin und Professorin Kimberlé Williams Crenshaw geprägt. Er stammt aus der Bewegung des Schwarzen Feminismus, welcher die Kritik an Sexismus und Rassismus verbindet und auf die Privilegien weißer Frauen gegenüber BIPOC-Frauen aufmerksam macht. Der intersektionale Feminismus betrachtet zudem weitere Diskriminierungen, beispielsweise Alter, Klasse, Herkunft und Behinderung. Der intersektionale Feminismus geht davon aus, dass Diskriminierungsformen nicht unabhängig voneinander stehen, sondern zum einen gleichzeitig auftreten und sich zum anderen gegenseitig verstärken und bedingen können. Dies bedeutet beispielsweise, dass eine schwarze Frau andere Erfahrungen mit Sexismus machen kann als eine weiße Frau, da man ihr andere Stereotype zuordnet. Eine schwarze Frau macht allerdings auch andere Diskriminierungserfahrungen als ein schwarzer Mann.

Für unsere Arbeit bedeutet das, möglichst viele Perspektiven in den Blick zu nehmen, damit unsere Lösungen für gesellschaftliche Probleme auch Lösungen für alle sein können und wir Diskriminierungen und Privilegien sichtbar machen können.

Theorieübergreif

Als Jusos des Bezirks Hannover spielen wir die Theorien des materialistischen, queeren und intersektionalen Feminismus nicht gegeneinander aus, sondern erkennen ihre unterschiedliche Erklärungskraft für gesellschaftliche Phänomene an. Somit nutzen wir die verschiedenen Stärken dieser Theorien. Darüber hinaus erkennen wir hilfreiche Theorieübergriffe zwischen den Theorien: So bezieht sich unser materialistischer Feminismus beispielsweise auf queerfeministische Theorien in der Konstruktion von Geschlecht. Ebenso ist der intersektionale Feminismus mit beiden Theorien kombinierbar und hilft beispielsweise, den Blick auf weitere Diskriminierungsformen zu weiten.

„Girldboss“-Feminismus? Nein, danke!

„Feministische“ neoliberale Strömungen und Theorien wie der sogenannte Girldboss-Feminismus kritisieren wir und lehnen sie ab. Wir erkennen kapitalistische, rassistische und patriarchale strukturelle Ungleichheiten und Faktoren an. Ausschließliche Selbstoptimierung und Selbstermächtigung einzelner kann nach unserem Feminismusverständnis nicht zur Überwindung des Patriarchats führen und übersieht unterschiedlich starke Privilegien. Individueller Erfolg ist im Patriarchat und im Kapitalismus immer abhängig von der bestehenden Versorgung durch andere und hängt häufig mit ausbeuterischen Mechanismen zusammen. Unser Feminismus ist solidarisch und bekämpft strukturelle Ungleichheiten. „I am not free while any woman is unfree, even when her shackles are very different from my own.“ – Audre Lorde

Antrag 26: G01: Das Recht auf Vergessenwerden nach einer Krebserkrankung

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	Region Hannover
-------------------	-----------------

Wir als Jusos fordern die Einführung des „Rechtes auf Vergessenwerden“ nach einer Krebserkrankung in Deutschland.

Menschen, die nach einer Krebserkrankung gesunden, werden in Deutschland finanziell und sozial benachteiligt, obwohl sie mindestens 5 Jahre krebsfrei sind, ohne Hinweis auf ein Rezidiv und entsprechend medizinisch als gesund angesehen werden. Betroffene erfahren Diskriminierung bei Versicherungen, Krediten, Verbeamtung und Adoption. Laut einer Umfrage des Survivor Deutschland e.V. von 2024 gaben 77% der Befragten an, mindestens eine Form der genannten Diskriminierungen durch eine Krebsdiagnose im Kindes- oder Jugendalter erfahren zu haben. Selbst Jahrzehnte nach ihrer Erkrankung werden Betroffene benachteiligt.

Besonders erschreckend ist hierbei die Diskriminierung im Adoptionsverfahren hervorzuheben. Viele Krebstherapien können unfruchtbar bzw. zeugungsunfähig machen. Zwar gibt es auch Maßnahmen, diese zu schützen, doch dies ist beispielsweise je nach Erkrankungsalter oder aufgrund von Zeitdruck bei akuter Lebensgefahr nicht immer möglich. Überlebende werden zwar nicht grundsätzlich von einer Adoption ausgeschlossen, jedoch wird, abhängig von Bundesland und Adoptionsvermittlungsstelle, ein unterschiedlich umfangreiches Gesundheitszeugnis gefordert, weshalb junge Erwachsene nach einer überstandenen Krebserkrankung häufig nicht zur Adoption zugelassen werden.

Dabei gibt es in anderen EU-Ländern, wie zum Beispiel Frankreich, Spanien und Belgien, in denen es bereits gesetzliche Regelungen zum „Recht auf Vergessenwerden“ gibt, welche Betroffene nach einer Heilungsbewährungszeit von meist 5 Jahren schützt. Dieser Schutz fehlt in Deutschland völlig- hier verlieren Betroffene nach Ablauf der Heilungsbewährungszeit ihren Behindertenstatus und die damit einhergehenden Vorteile, während sie finanziell und sozial benachteiligt werden und das, obwohl das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) Diskriminierung verbietet.

Analog zur Petition „Recht auf Vergessen“ fordern wir:

- Ein umfassendes Gesetz zur Umsetzung des „Rechtes auf Vergessenwerdens“ für Überlebende einer Krebserkrankung in Deutschland nach einer Heilungsbewährung von 5 Jahren.
- § 1 des AGG wird dahingehend erweitert, dass auch Benachteiligungen aufgrund einer in der Vergangenheit liegenden Krebserkrankungen umfasst sind.
- Konkretisierung des AGG hinsichtlich einer verpflichtenden Offenlegung der Risikobewertungen von Versicherungsunternehmen sowie der zugrunde liegenden Bewertungsmaßstäbe. Diese sollen insbesondere auf den in der Bundesrepublik Deutschland erhobenen Krebsregisterdaten basieren. Dabei ist auf eine valide, vollständige und aussagekräftige Datengrundlage hinzuwirken sowie eine barrierefreie Vernetzung mit weiteren relevanten Datenquellen, etwa den Daten der gesetzlichen Krankenkassen, sicherzustellen.

- 40 • Die Beendigung der Diskriminierung Krebsüberlebender im Adoptionsverfahren.

Antrag 29: G04: Selbstbestimmung bis zum Lebensende stärken: Aktive Sterbehilfe unter klaren gesetzlichen Regeln ermöglichen

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	Lüneburg
-------------------	----------

Die SPD und ihre Mandatsträger*innen auf Bundes- und Landesebene werden aufgefordert, sich für die Einführung eines gesetzlichen Rahmens zur erlaubten aktiven Sterbehilfe in Deutschland einzusetzen. Ziel ist es, schwerstkranken, unheilbar leidenden und entscheidungsfähigen Menschen ein würdevolles und selbstbestimmtes Lebensende zu ermöglichen.

Hierfür sollen insbesondere folgende Punkte gesetzlich geregelt werden:

1. Legalisierung der aktiven Sterbehilfe unter strengen Voraussetzungen und ausschließlich auf ausdrücklichen, freiwilligen und wiederholt bestätigten Wunsch der betroffenen Person.

2. Einführung eines mehrstufigen Prüfverfahrens, das sicherstellt, dass:

- eine unheilbare Erkrankung oder unerträgliches dauerhaftes Leiden vorliegt,
- die Entscheidung frei von äußerem Druck getroffen wurde,
- die betroffene Person voll geschäfts- und urteilsfähig ist.

3. Verpflichtende Begutachtung durch mindestens zwei unabhängige Ärzt*innen sowie eine psychologische oder psychiatrische Beratung.

4. Ausbau und Sicherstellung von Palliativmedizin, Hospizversorgung und psychotherapeutischer Unterstützung, damit Sterbehilfe niemals aus sozialer Not, Einsamkeit oder mangelnder Versorgung heraus gewählt wird.

5. Schutzregelungen für medizinisches Personal: Niemand darf zur Durchführung aktiver Sterbehilfe verpflichtet werden. Gleichzeitig müssen Betroffene Zugang zu entsprechenden Angeboten erhalten können.

Begründung

Das Recht auf Selbstbestimmung endet nicht am Lebensende. Menschen, die unter schwerstem und dauerhaftem Leid leiden, müssen die Möglichkeit haben, eigenständig über ihr Lebensende zu entscheiden. Die derzeitige Rechtslage in Deutschland erlaubt zwar unter bestimmten Voraussetzungen die Beihilfe zum Suizid, verbietet jedoch weiterhin die aktive Sterbehilfe. Dadurch entstehen rechtliche Unsicherheiten sowie Ungleichheiten für Betroffene, Angehörige und medizinisches Personal.

Ein progressiver Sozialstaat muss Menschenwürde ernst nehmen. Dazu gehört auch, individuelle Entscheidungen über das eigene Lebensende zu respektieren. Insbesondere dann, wenn keine Aussicht auf Heilung oder Verbesserung besteht. Dabei zeigen andere europäische Staaten wie Belgien, die Niederlande oder Luxemburg zeigen, dass eine streng regulierte Legalisierung aktiver Sterbehilfe möglich ist, ohne den Schutz vulnerabler Gruppen aufzugeben. Für uns als Jusos gehören Solidarität, Freiheit und Menschenwürde zusammen. Eine moderne Gesellschaft muss Menschen ermöglichen, in Würde zu leben und auch in Würde zu sterben.

Antrag 30: I01: Krieg ist kein Geschäftsmodell! - Rüstungsindustrie in öffentliche Hand

Laufende Nummer: 29

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
1	Durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist die
2	regelbasierte Weltordnung endgültig den Despoten dieser Welt zum Opfer gefallen. Das
3	Recht des Stärkeren wird zunehmend zum dominierenden Prinzip internationaler Politik,
4	während die grundlegenden Normen des Völkerrechts systematisch unter Druck geraten.
5	Die Souveränität von Staaten sowie die Legitimität demokratischer Wahlen und
6	Institutionen werden dabei immer häufiger zum Spielball autoritärer Akteure, die
7	geopolitische Interessen über rechtsstaatliche Prinzipien stellen.
8	Dass kriegsartige Auseinandersetzungen bereits seit 2014 auf den europäischen
9	Kontinent zurückgekehrt sind, ist eine schmerzliche, aber zentrale Lehre der jüngeren
10	Geschichte. Diese Entwicklung macht deutlich, dass Frieden in Europa keine
11	historische Selbstverständlichkeit ist, sondern aktiv gesichert, verteidigt und
12	weiterentwickelt werden muss. Nur wenn die Europäische Union diese Realität
13	anerkennt, kann sie ihre Friedensordnung erhalten und gestärkt sowie geeinter aus den
14	aktuellen Konflikten hervorgehen.
15	Ganze Generationen in Europa sind ohne unmittelbare Kriegserfahrung aufgewachsen.
16	Dieser historisch außergewöhnliche Zustand eines als selbstverständlich empfundenen
17	Friedens steht heute jedoch unter einem Druck wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die
18	aktuellen Debatten über die mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie die
19	sicherheitspolitischen Herausforderungen im Falle einer Ausweitung des Krieges auf
20	das Baltikum verdeutlichen, wie real die Bedrohungslage inzwischen wahrgenommen wird.
21	Für wie selbstverständlich der Frieden genommen wurde, ist für uns aus Gesprächen der
22	letzten Jahre im Verband mit den Mitgliedern geworden, deren familiäre Wurzeln in
23	Ländern liegen, in denen bereits länger Krieg als Frieden herrscht.
24	Mit der Wahl von Donald Trump zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten hat sich
25	die globale Weltordnung ein weiteres Mal deutlich von einer regelbasierten und
26	völkerrechtlich orientierten Ordnung entfernt. Das Prinzip „America First“ wirkt
27	dabei weit über die USA hinaus und entfaltet eine politische Dynamik, die zunehmend
28	auch andere Staaten prägt. In Südamerika etwa lässt sich beobachten, wie sich
29	politische Akteure in Tonalität und Rhetorik an populistischen und nationalistischen
30	Erzählungen orientieren, die stark an diese Entwicklung anknüpfen.
31	Auch im Hinblick auf die Souveränität anderer Staaten wird deutlich, welches
32	Verständnis von internationaler Ordnung diese Politik transportiert. Äußerungen und
33	Positionierungen, die territoriale Ansprüche oder politische Einflussnahmen auf
34	Drittstaaten wie Grönland oder Kanada zumindest rhetorisch in den Raum stellen,
35	verdeutlichen eine Verschiebung hin zu einer stärker machtpolitisch geprägten
36	Außenpolitik. Vor diesem Hintergrund stehen auch militärische Interventionen und
37	Drohkulissen im Nahen Osten, vor allem gegenüber dem Iran, zurecht massiv in der
38	Kritik. Sie lassen erkennen, dass nicht primär die Interessen der betroffenen
39	Bevölkerung im Vordergrund stehen, sondern vielmehr strategische und geopolitische
40	Erwägungen.

Besonders problematisch ist dabei, dass solche außenpolitischen Entscheidungen in ihrer Tragweite zentrale demokratische Kontrollmechanismen unterlaufen können, insbesondere wenn parlamentarische Beteiligung und internationale Legitimation nur unzureichend berücksichtigt werden. Dadurch wird nicht nur die internationale Rechtsordnung geschwächt, sondern auch das Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse selbst.

Die aktuellen Entwicklungen setzen im Kontext des Nahost- und Iran-Konflikts neue negative Standards in der internationalen Politik und untergraben die moralischen und völkerrechtlichen Grundsätze einer regelbasierten Weltordnung weiter. Drohungen, die faktisch die Auslöschung ganzer Bevölkerungsgruppen implizieren oder zumindest in Kauf nehmen, sind in jeder Hinsicht inakzeptabel und klar zurückzuweisen. Ein politisches Schweigen oder eine bloß passive Duldung solcher Positionen führt faktisch zu deren Normalisierung und damit zu einer schleichenden Legitimierung.

Zugleich wird die Kohärenz westlicher Außenpolitik zunehmend infrage gestellt. Die Forderungen der Europäischen Union gegenüber Russland im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine verlieren an Glaubwürdigkeit, wenn parallel dazu ähnliche Prinzipien in anderen Konflikten nicht konsequent angewendet werden. Diese Inkonsequenz eröffnet autoritären Akteuren wie Wladimir Putin oder Xi Jinping zusätzlichen politischen Handlungsspielraum und trägt dazu bei, dass sich geopolitische Spannungen weiter verschärfen. Chinas expansive Politik im Südchinesischen Meer sowie der ungelöste Taiwan-Konflikt schweben dabei weiterhin wie ein Damoklesschwert über der Stabilität des globalen Systems, insbesondere auch für Staaten des sogenannten Globalen Südens.

Die zunehmende Verdichtung multipler globaler Krisen macht deutlich, dass sich die Europäische Union nicht länger in einer reaktiven Position verharren kann. Vielmehr bedarf es einer umfassenden politischen Emanzipation sowie einer konsequent ausgebauten gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik. Solange jedoch zentrale Entscheidungen weiterhin am Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU scheitern können, bleibt die Handlungsfähigkeit der Union strukturell eingeschränkt. Eine Reform dieser Entscheidungsmechanismen ist daher ebenso notwendig wie eine grundlegende strategische Neuausrichtung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

In diesem Zusammenhang wird auch die Rolle der nationalen Verteidigungspolitik neu zu diskutieren sein. Vor dem Hintergrund wachsender globaler Konflikte und zunehmender Rüstungsexporte stellt sich die Frage der Verstaatlichung der Rüstungsindustrie in Deutschland und perspektivisch in der Europäischen Union allemal. Die Tatsache, dass Deutschland im Jahr 2025 mit einem Rüstungsexportvolumen von 88,5 Milliarden Euro auf Platz vier der weltweiten Rüstungsexporte steht, verdeutlicht die wirtschaftliche Dimension dieses Sektors.

Aus einer antimilitaristischen Perspektive heraus ist klar festzuhalten, dass ein System, in dem Profit aus der Produktion von Rüstungsgütern und damit indirekt aus Krieg und Leid generiert wird, grundlegend kritisch zu hinterfragen ist. Vor diesem Hintergrund wird die Forderung nach einer stärkeren öffentlichen Kontrolle und perspektivisch nach einer Verstaatlichung der Rüstungsindustrie in Deutschland als notwendiger Schritt hin zu einer friedensorientierten Wirtschafts- und Sicherheitspolitik gesehen. Auf dem Weg dorthin sollte der Staat seine Beteiligung an den größten Rüstungsunternehmen auf mindestens 25,1% aufbauen, um die Rechte und

Pflichten eines beherrschenden Minderheitsgesellschafters ausüben zu können.

Ein Land wie Deutschland sollte seiner moralischen Rolle mehr gerecht werden und daher im Bereich der Rüstungsindustrie seine Rolle als "Aufpasser" bzw. moralische Überinstanz wahrnehmen und profitgierigen und Aktionärsbefriedenden Kriegstreibern das Handwerk legen. Deshalb fordern wir:

- **Die Völlige Verstaatlichung der Rüstungsindustrie in Deutschland und perspektivisch in der ganzen Europäischen Union**

Ein Teilschritt auf dem Weg zur Verstaatlichung ist eine verpflichtende Minderheitsbeteiligung des Staates in Höhe von 25,1 Prozent bei allen Rüstungsunternehmen aus den in der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie genannten Schlüsseltechnologiebereichen.

Auch in der aktuellen Weltlage die einen Fokus auf die eigene Verteidigungsfähigkeit und die der Bündnispartner*innen erfordert, bleibt das Geld verdienen an Leid und Krieg moralisch verwerflich. Deshalb darf es keinen Profit am Export von Rüstungsgütern geben. **Alle Einnahmen müssen beim Staat bleiben und zurück in Forschung und Entwicklung oder die öffentliche Daseinsvorsorge fließen.**

Privatunternehmen sind gezwungen Gewinne zu machen, dies führt zu zweifelhaften Exporten, teilweise sogar mit Verstößen gegen bestehende Gesetze. Unternehmen unter staatlicher Kontrolle können sich ganz auf die Anforderungen des Staates konzentrieren. Sie müssen nicht den Anforderungen des Marktes genügen. Sie richten ihre Forschung, Entwicklung und Produktion an der staatlichen Planung aus.

Die staatliche Kontrolle verhindert, dass andere Staaten Kontrolle und Einfluss über unsere Rüstungsunternehmen und Schlüsseltechnologien gewinnen können. Dadurch wird unsere Unabhängigkeit und Autonomie gesichert.

Langfristig wollen wir die Verstaatlichung der gesamten Rüstungsindustrie innerhalb der Europäischen Union durchsetzen. Europa muss unabhängiger von den USA werden, dieses Ziel kann nur gemeinsam erreicht werden, da gerade große Rüstungsprojekte von einem Staat alleine nicht zu stemmen sind. **Bessere Kooperation und Vereinheitlichung führen zu Synergieeffekten und Kosteneinsparungen. Deshalb fordern wir mehr europäische Kooperation bei Rüstungsprojekten.**

Rüstungsunternehmen unter staatlicher Kontrolle müssen nicht am Markt bestehen. Sie sind nicht gezwungen, auf Krampf zu exportieren oder höhere Preise zu verlangen, wenn der Bedarf die Entwicklungskosten nicht deckt. Ihre Aufgabe ist es, den staatlichen Bedarf zu decken und nicht Gewinne für Privatpersonen und Kapitalgesellschaften abzuwerfen. Forschung und Entwicklung kann dementsprechend auch ganz auf den staatlichen Bedarf abgestimmt werden.

Auch können so gute und sichere Industriearbeitsplätze in Deutschland gesichert werden, da sie nicht davon bedroht sind ins Ausland verlagert zu werden oder einfach weggekürzt zu werden. Auch in Zeiten geringer Aufträge können Arbeitsplätze gesichert werden. Die Lage in der Welt ändert sich hochdynamisch. Personalabbau, der sich bei Änderung der Weltlage rächt, kann dadurch vermieden werden. Wir sehen es aktuell. Im Jahr 1990 lag die Anzahl der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie bei ca. 290.000. Im Jahr 2021 waren es nur noch 90.000. Die "Zeitenwende" fordert Kapazitätssteigerungen. Ein großes Problem bei der Umsetzung ist der nicht zu erfüllende Personalbedarf.

132 Aufgrund der speziellen Anforderungen und der geringen Anzahl an Abnehmern, bilden
133 sich im Rüstungsbereich schnell Oligopole und Monopole. Das lässt sich kaum
134 vermeiden. Oligopole und Monopole haben große Macht durch ihre starke Stellung und
135 die hohe Abhängigkeit der Abnehmer. Diese Macht sollte nicht bei privaten Unternehmen
136 liegen, sondern staatlich kontrolliert werden. Staatliche Kontrolle würde auch die
137 Transparenz durch das Parlament stärken. Gleichzeitig muss hier das Gleichgewicht
138 zwischen Transparenz und staatlichen Sicherheitsinteressen gewahrt bleiben.

Antrag 31: I02: Burschenschaften und studentische Verbindungen konsequent bekämpfen – Für antifaschistische Hochschulen und klare Unvereinbarkeit

Laufende Nummer: 30

Antragsteller*in:	Region Hannover
-------------------	-----------------

1 Burschenschaften, studentische Verbindungen, Corps und sogenannte „Studentenvereine“
2 blicken auf eine lange Tradition zurück, die von überholten, elitären und
3 diskriminierenden Strukturen geprägt sind. Damit gehen auch Brauchtümer einher, zu
4 denen wir nicht zurückwollen. Viele dieser Verbindungen vertreten ein völkisch-
5 nationalistisches Weltbild, das sich in rassistischen, sexistischen und exklusiven
6 Praktiken äußert. Sie sind häufig als Männerbünde organisiert, reproduzieren
7 patriarchale Strukturen und schließen Menschen aufgrund von Geschlecht, Herkunft,
8 Religion oder sexueller Orientierung aus. Obwohl es Unterschiede zwischen den
9 verschiedenen Organisationsformen gibt, haben sie gemeinsam, dass hinter ihnen Formen
10 der Vereinigung, Ideen und Einstellungen aus einem anderen Jahrhundert stecken, die
11 wir Jusos ablehnen.

12 Insbesondere schlagende Burschenschaften sind in ihren Ansichten häufig besonders
13 radikal. Sie sind geschichtsrevisionistisch, revanchistisch, antisemitisch und oft
14 dem rechtsradikalen Spektrum zugeordnet. Ihr rückwärtsgewandtes Männlichkeitsbild
15 steht für ein Werteverständnis, das mit unseren jungsozialistischen und
16 sozialdemokratischen Grundwerten unvereinbar ist. Oft lässt sich in ihnen eine
17 nationalistische, rassistische und sexistische Ausrichtung erkennen, die mit elitärem
18 und tradiertem Denken und Auftreten einhergeht. Dies lässt sich daran erkennen, dass
19 die Mehrheit der Burschenschaften schlagend ist, sie richten also Mensuren (ein
20 traditionelles Ritual des Fechtens mit scharfen Waffen zum Beweis der eigenen
21 „Stärke“) aus.

22 Nicht zuletzt haben Burschenschaften in den letzten Jahren zunehmend Zulauf erhalten.
23 Zum einen lässt sich ein gesamtgesellschaftlicher Rechtsruck erkennen, etwa in Form
24 eines Erstarkens rechter Parteien und der Zunahme rechter Gewalttaten, von dem auch
25 Burschenschaften mit ihrem völkischen und nationalen Identitätsangebot profitieren.
26 Insbesondere für die Neue Rechte sind Hochschulen und Universitäten attraktive
27 Wirkungsstätten. Netzwerke rechter und rechtskonservativer Gruppen im akademischen
28 Kontext werden durch Ideen und Strategien der Neuen Rechten gestärkt und ausgeweitet.
29 So finden auch immer mehr Vernetzungen zwischen Burschenschaften und der AfD statt.
30 Der hohe burschenschaftliche Organisationsgrad dient der AfD dabei als Plattform für
31 ihre Ideen und politische Agenda. Gleichzeitig können Burschenschaften innerhalb der
32 AfD insbesondere durch ihr Mobilisierungspotenzial großen Einfluss und Macht ausüben.
33 Dies zeigen zahlreiche Beispiele, denn Teile der Burschenschaften sind eng mit
34 Akteur*innen der Neuen Rechten und der AfD vernetzt. Recherchen von „Report Mainz“
35 belegten 2024, dass mehr als 50 AfD-Abgeordnete und rund 60 Mitarbeiter von AfD-
36 Abgeordneten Bezüge zu Burschenschaften haben.

37 Burschenschaften sind traditionell geprägt von exklusiven und elitären Strukturen,
38 die häufig patriarchale Muster fortschreiben. Insbesondere dort, wo weiterhin ein
39 eingeschränkter Zugang besteht, zeigt sich ein systematischer Ausschluss etwa von

Frauen, Migrantinnen, Jüdinnen*Juden oder politisch Andersdenkenden.Ihr Selbstverständnis basiert auf Kameradschaft, Männlichkeitsritualen und traditionellen Rollenbildern, die ein rückwärtsgewandtes Geschlechterverhältnis festigen. Neben der gezielten Ungleichbehandlung von Frauen sind Nationalität, sexuelle Orientierung, Religion und „rassistische“ Kriterien für den Ausschluss aus einer Burschenschaft bzw. der Nichtaufnahme. So wurde unter anderem im Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ lange und ernsthaft über die Wiedereinführung des sogenannten „Ariernachweises“ als Aufnahmekriterium diskutiert. Burschenschaften vermitteln damit gezielt ein elitäres, rassistisches und antifeministisches Weltbild, das marginalisierte Gruppen herabwürdigt und insbesondere cis-männliche Dominanz hervorhebt. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass Burschenschaften noch immer als zentrale Instanzen für die Aufrechterhaltung bestimmter Männlichkeitsideale und konservativer Vorstellungen des Geschlechterverhältnisses fungieren, etwa beim Fechten mit scharfen Waffen, um die eigene Stärke und den Mut unter Beweis zu stellen, also Eigenschaften, die als vermeidlich männlich gelten. Darüber hinaus verfügen studentische Korporationen in ihrem Brauchtum über eine ganze Reihe weiterer Erbschaften, die die Einübung einer spezifischen Form von Männlichkeit und männlichen Habitus gewährleisten und der Aufrechterhaltung patriarchaler Machtverhältnisse dienen. In diesen Männerbünden wird die reine Männergesellschaft aufrechterhalten und die antifeministischen und antidemokratischen Muster fortgeschrieben. Diese Strukturen wirken auch politisch: Burschenschaftler treten öffentlich gegen Gleichstellungspolitik, Quoten, „Diskriminierungsschutz, geschlechtergerechte Sprache und die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt auf. Mit Begriffen wie „Genderwahn“ oder „Genderismus“ betreiben sie gezielt antifeministische Politiken, die von Stigmatisierung, Lächerlichmachung bis hin zur bewussten Tabubruch-Inszenierung reicht. Auch Burschenschaften, die sich selbst als gemäßigt darstellen und keinem radikalen Dachverband angehören, pflegen häufig weiterhin Kontakte zu solchen Verbindungen und stehen im Austausch mit ihnen. Eine klare und konsequente Abgrenzung sieht aus unserer Sicht anders aus.Für uns Jusos ist klar: Antifeministische Männerbünde haben in einer solidarischen und gleichberechtigten Gesellschaft keinen Platz, wir stellen uns ihnen entschieden entgegen.

Als antifaschistischer und feministischer Richtungsverband ist es unsere Aufgabe, diese Strukturen offenzulegen und ihnen entschieden entgegenzutreten. Die bestehenden Unvereinbarkeitsbeschlüsse der SPD (2006, 2013, 2016) sind ein wichtiger Schritt, greifen jedoch zu kurz und werden nicht konsequent umgesetzt.

Wir Jusos sprechen uns daher entschieden aus gegen Burschenschaften, schlagende Verbindungen, Corps und sonstige Studentenverbindungen. Wir setzen uns konsequent für die Unvereinbarkeit solcher Mitgliedschaften mit der SPD und den Jusos ein. Menschen, die Burschenschaften, schlagenden Verbindungen oder studentische Corps angehören, verbreiten ihr Gedankengut sehr offensiv. Dies geht gegen das von uns Jusos vertretene emanzipatorische Weltbild. Der Freiheitsbegriff, den Burschenschaftler und schlagende Verbindungsmitglieder teilen, ist nicht mit dem von uns Jusos vereinbar. Wir fordern daher:

- Die konsequente Durchsetzung und Ausweitung des Unvereinbarkeitsbeschlusses zwischen SPD/Jusos und Mitgliedschaften in Burschenschaften, schlagenden Verbindungen, Corps und sonstigen Studentenverbindungen;

- 86 • Den Ausschluss von Mitgliedern entsprechender Verbindungen aus der SPD und den
87 Jusos;
- 88 • Die aktive Aufklärung über rechte Netzwerke und Strukturen an Hochschulen;
- 89 • Die Unterstützung antifaschistischer Initiativen und Bündnissen im
90 Hochschulkontext;
- 91 • Den entschlossenen politischen und gesellschaftlichen Widerstand gegen rechte
92 Ideologien an Hochschulen und darüber hinaus.

Antrag 57: I03- Ää 1

Laufende Nummer: 83

Antragsteller*in:	Göttingen
-------------------	-----------

- 1 Ersetze: Die Bundesregierung soll im Falle einer Invasion oder eines ähnlichen
- 2 militärischen Akts der USA gegen Grönland/Dänemark, sämtliche US-amerikanischen
- 3 Militär- und Geheimdienstangehörige aus der Bundesrepublik Deutschland ausweisen.
- 4
- 5 Durch: Die Bundesregierung soll im Falle einer völkerrechtswidrigen Intervention eine
- 6 Staates in einen anderen, Militär[- und Botschaftsangehörige] desselbigen ausweisen.

Antrag 32: I03: US-Militär ausweisen

Laufende Nummer: 31

Antragsteller*in:

Celle

- 1 Die Bundesregierung soll im Falle einer Invasion oder eines ähnlichen militärischen
- 2 Akts der USA gegen Grönland/Dänemark, sämtliche US-amerikanischen Militär- und
- 3 Geheimdienstangehörige aus der Bundesrepublik Deutschland ausweisen.

Begründung

Die USA haben Europa und Deutschland laut Politikwissenschaftler Peter Neumann offiziell zum Feind erklärt. Dieser Auffassung schließe ich mich an. Sollten die USA nun tatsächlich militärisch gegen Grönland/Dänemark vorgehen, würde die Nato und somit auch Deutschland angegriffen werden. In diesem Falle ist der Schutz der Bundesrepublik und all ihrer Bürger*innen zu gewährleisten. Mit feindlichen Truppen innerhalb des Bundesgebietes ist dies nicht möglich. Aus diesem Grund müssen dementsprechend alle US-Militär- und Geheimdienstangehörigen ausgewiesen werden.

Antrag 33: I04: Politik raus aus der Strafverfolgung!

Laufende Nummer: 32

Antragsteller*in:	Region Hannover
-------------------	-----------------

- 1 Die Jusos Bezirk Hannover mögen beschließen, dass das Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)
- 2 dahingehend zu ändern ist, dass Staatsanwaltschaften in Deutschland nicht länger
- 3 weisungsgebunden gegenüber den Landes- und Bundesjustizministerien sind. Das derzeit
- 4 bestehende externe Weisungsrecht der Justizminister*innen gegenüber den
- 5 Staatsanwaltschaften ist vollständig abzuschaffen.
- 6 Ziel der Reform muss eine institutionell unabhängige Staatsanwaltschaft sein, die
- 7 ihre Ermittlungs- und Strafverfolgungsaufgaben frei von politischer Einflussnahme
- 8 wahrnehmen kann.

Begründung

Derzeit besteht in Deutschland ein Weisungsrecht der Justizministerien gegenüber den Staatsanwaltschaften. Dieses ist in den §§ 141 ff. des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) normiert. Aufgrund des hierarchischen Aufbaus der Staatsanwaltschaften sind Staatsanwälte*innen verpflichtet, den dienstlichen Weisungen ihrer Vorgesetzten nachzukommen. An der Spitze dieser Hierarchie stehen die jeweiligen Landes- beziehungsweise Bundesjustizministerien. Dieses sogenannte externe Weisungsrecht ermöglicht eine politische Einflussnahme auf staatsanwaltschaftliche Entscheidungen.

Auf europäischer Ebene wurde diese Struktur bereits mehrfach kritisiert. Mit Urteil vom 27. Mai 2019 stellte der Europäische Gerichtshof (EuGH) fest, dass deutsche Staatsanwaltschaften nicht als unabhängige Justizbehörden gelten können und daher nicht befugt sind, europäische Haftbefehle auszustellen. Begründet wurde dies mit der bestehenden Weisungsgebundenheit gegenüber den Justizministerien.

Darüber hinaus entschied der Europäische Gerichtshof am 24. November 2020, dass auch die deutsche Generalstaatsanwaltschaft nicht als unabhängige Justizbehörde im Sinne des europäischen Rechts gilt.

Im Zuge der Ampelkoalition gab es Bestrebungen, diese Problematik gesetzgeberisch zu lösen und die Ausstellung europäischer Haftbefehle durch deutsche Staatsanwaltschaften wieder zu ermöglichen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde vorbereitet, jedoch aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen nicht mehr umgesetzt.

Zugleich wurde bereits in Fachanhörungen und juristischen Stellungnahmen deutlich, dass die damaligen Reformüberlegungen nicht weit genug gingen. Selbst in den geplanten Änderungen wäre ein Weisungsrecht der Justizministerien in Ausnahmefällen weiterhin bestehen geblieben. Eine solche Regelung würde nach Einschätzung vieler Expert*innen weiterhin nicht den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs an eine unabhängige Justizbehörde entsprechen.

Für eine funktionierende Gewaltenteilung und eine glaubwürdige Strafverfolgung ist es jedoch notwendig, dass Staatsanwaltschaften frei von politischer Einflussnahme arbeiten können. Staatsanwälte sind hochqualifizierte Jurist*innen, die in der Lage sind, ihre Aufgaben eigenständig und verantwortungsvoll wahrzunehmen. Eine politische Kontrollmöglichkeit über Weisungen ist daher weder notwendig noch zeitgemäß.

Das Weisungsrecht ist historisch gewachsen und mag in früheren staatsorganisatorischen Kontexten sinnvoll erschienen sein. In der heutigen Zeit stellt es jedoch ein strukturelles Problem dar und führt zu Zweifeln an der Unabhängigkeit der Strafverfolgungsbehörden. Zudem wird das Weisungsrecht in der Praxis nur äußerst selten angewendet, verursacht aber regelmäßig rechtliche und politische Diskussionen.

Antrag 51: Ini01: Solidarität mit Özgür Özel und allen abgesetzten CHP-Politiker*innen

Laufende Nummer: 58

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
1	Seit Beginn des Jahres 2025 haben die Entwicklungen, die zur Verschlechterung des
2	demokratischen Umfelds in der Türkei beitragen, ein alarmierendes Ausmaß erreicht.
3	Dies gibt nicht nur in Europa, sondern in demokratischen Gesellschaften weltweit
4	Anlass zu großer Sorge.
5	Nach den Kommunalwahlen vom 31. März 2024, bei denen die größte Oppositionspartei
6	und Mutterpartei unserer Schwesterorganisation CHP Youth, die Republikanische
7	Volkspartei (CHP), mit nahezu 38 Prozent der Stimmen erstmals seit 47 Jahren stärkste
8	politische Kraft wurde, verschoben sich die politischen Kräfteverhältnisse in der
9	Türkei grundlegend. Durch den Gewinn von Kommunen, die die überwältigende Mehrheit
10	der Bevölkerung und der Wirtschaftsleistung des Landes repräsentieren – darunter
11	Istanbul und Ankara –, etablierte sich die CHP als klare demokratische Alternative
12	zur Regierung. Auch die darauffolgenden Umfragen zeigten kontinuierlich wachsende
13	Unterstützung für die CHP und machten sie zunehmend zu einer direkten politischen
14	Herausforderung für den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan.
15	Als Reaktion auf diese demokratische Herausforderung leitete das Erdoğan-Regime am
16	18. März 2025 mit der politisch motivierten Aberkennung des Universitätsabschlusses
17	des Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu eine gefährliche Eskalation ein.
18	Diese autoritäre Intervention entwickelte sich am 19. März 2025 zu einer schweren
19	Demokratiem Krise, als Ekrem İmamoğlu – kurz vor seiner erwarteten offiziellen
20	Nominierung als Präsidentschaftskandidat – gemeinsam mit zahlreichen gewählten
21	Bürgermeister*innen, Politiker*innen und öffentlichen Amtsträger*innen festgenommen
22	wurde.
23	Als Reaktion auf diesen schweren Angriff auf die Demokratie gingen Millionen
24	Menschen in der Türkei auf die Straße. Die friedlichen Proteste und Demonstrationen
25	wurden mit unverhältnismäßiger und inakzeptabler Polizeigewalt beantwortet, darunter
26	willkürliche Festnahmen und die Inhaftierung hunderter Bürger*innen. Auch wir haben
27	uns im Rahmen der Bezirkskonferenz im vergangenen Jahr intensiv damit
28	auseinandergesetzt und uns vor Ort während unserer Delegationsreise in die Türkei mit
29	vielen Repräsentant*innen der CHP ausgetauscht. Doch die Lage wird immer
30	dramatischer:
31	Da es dem Erdoğan-Regime nicht gelang, die CHP und die demokratische Opposition
32	allein durch Polizeirepression einzuschüchtern, wurde die Justiz in beispielloser
33	Weise als politisches Instrument eingesetzt. Am 21. Mai 2026 erklärte ein Gericht in
34	einem rechtswidrigen Urteil den CHP-Parteitag vom 4. November 2023 unter Berufung auf
35	die Doktrin der „absoluten Nichtigkeit“ für ungültig. Damit wurde die demokratisch
36	gewählte Parteiführung unter dem Vorsitz von Özgür Özel faktisch ihres Amtes enthoben
37	und durch den vorherigen Parteivorsitzenden ersetzt.
38	Im Anschluss daran besetzten regimetreue Sicherheitskräfte am 24. Mai 2026 gewaltsam
39	die Parteizentrale der Republikanischen Volkspartei (CHP) in Ankara. Mit Tränengas,
40	Gummigeschossen und Wasserwerfern wurden Özgür Özel und sich widersetzende CHP-

Mitglieder aus ihrer eigenen Parteizentrale vertrieben.

Diese Entwicklungen zeigen deutlich, dass sich das Erdoğan-Regime zu einem vollständig autoritären System entwickelt, das Demokratie und Mehrparteienordnung in der Türkei demontiert und eine kontrollierte Scheinopposition unter staatlichem Druck etablieren will. Der demokratische Rückschritt in der Türkei stellt nicht nur eine Bedrohung für die türkische Demokratie dar, sondern auch für demokratische Werte und Institutionen in Europa und darüber hinaus.

Deshalb erklären wir als Jusos im Bezirk Hannover:

1. Wir bekunden unsere volle Solidarität mit der CHP Youth, allen Mitgliedern der CHP sowie allen demokratischen Oppositionskräften in der Türkei, die weiterhin für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und grundlegende Freiheitsrechte kämpfen.
 2. Wir verurteilen die beispiellosen Angriffe des Erdoğan-Regimes auf die demokratische Opposition aufs Schärfste sowie alle Akteur*innen, die unter dem Anschein von Opposition autoritäre Eingriffe legitimieren oder ermöglichen.
 3. Wir fordern die sofortige Beendigung aller politischen Maßnahmen gegen die CHP und die demokratische Opposition, die Rücknahme des Nichtigkeitsurteils gegen den CHP-Parteitag sowie den Schutz des demokratischen Mehrparteiensystems und der verfassungsmäßigen Ordnung der Türkei.
 4. Wir bekräftigen unsere Forderung nach der sofortigen Freilassung von Ekrem İmamoğlu sowie aller inhaftierten Bürgermeister*innen und politischen Gefangenen. Ebenso fordern wir die Wiederherstellung seines rechtswidrig aberkannten Universitätsabschlusses.
 5. Wir erklären unsere volle Unterstützung für den CHP-Vorsitzenden Özgür Özel und seine Parteiführung und erkennen sie als einzig legitime Führung der Republikanischen Volkspartei an.
 6. Ebenso erkennen wir Cem Aydın und die derzeitige Führung von CHP Youth als die einzig legitimen Vertreter*innen von CHP Youth an.
 7. Wir fordern die Bundesregierung sowie die Europäische Union auf, die antidemokratischen Maßnahmen öffentlich zu verurteilen, klar Stellung gegen die autoritäre Entwicklung des Erdoğan-Regimes zu beziehen und geeignete politische und diplomatische Schritte sowie mögliche Sanktionen zu prüfen, um dem fortschreitenden Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei entgegenzuwirken.
 8. Wir fordern internationale Organisationen, demokratische Regierungen, politische Parteien, europäische Institutionen und die internationale Gemeinschaft auf, diese antidemokratischen Maßnahmen öffentlich zu verurteilen, klar Stellung gegen die autoritäre Eskalation des Erdoğan-Regimes zu beziehen und angemessene politische sowie diplomatische Maßnahmen und Sanktionen als Reaktion auf den fortschreitenden Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei zu prüfen.
- Wir bekräftigen, dass Demokratie, politischer Pluralismus, richterliche Unabhängigkeit und die freie Entfaltung des Volkswillens grundlegende europäische Werte sind, die kompromisslos verteidigt werden müssen. Die internationale

- 85 demokratische Gemeinschaft darf angesichts der autoritären Eskalation in der Türkei
- 86 nicht schweigen.

Antrag 52: Ini02: Entweder die BAföG-Erhöhung kommt zum Wintersemester – oder wir gehen!

Laufende Nummer: 65

Antragsteller*in:	Region Hannover
-------------------	-----------------

- 1 **Die Juso-Bezirkskonferenz möge beschließen:**
- 2 Wir Jusos im Bezirk Hannover fordern die unverzügliche Umsetzung der im
- 3 Koalitionsvertrag vereinbarten BAföG-Reform spätestens bis zum Beginn des
- 4 Wintersemesters 2026/2027.
- 5 Sollte diese Reform bis dahin nicht parlamentarisch auf den Weg gebracht worden sein,
- 6 fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion unmissverständlich dazu auf, die
- 7 Regierungskoalition mit der CDU/CSU-Fraktion zu verlassen.
- 8 Darüber hinaus fordern wir den Juso-Bundesvorstand sowie den SPD-Bezirksvorstand
- 9 Hannover auf, diese Position öffentlich zu vertreten und den politischen Druck auf
- 10 die Bundesregierung massiv zu erhöhen.

Begründung

Die bisherigen Monate dieser Bundesregierung haben gezeigt: Die Grenzen dessen, was Sozialdemokrat*innen guten Gewissens mittragen können, sind längst erreicht, wenn nicht überschritten.

Der Koalitionsvertrag war für viele bereits ein schwer zu akzeptierender Kompromiss. Doch was wir aktuell erleben, geht weit darüber hinaus. Statt sozialpolitischer Fortschritte erleben wir Rückschritte:

- Angriffe auf zentrale arbeitsrechtliche Errungenschaften wie den 8-Stunden-Tag
- die faktische Abkehr von einer solidarischen Grundsicherung
- Verschärfungen in der Migrationspolitik
- Kürzungen sozialer Leistungen
- der Rückzug aus integrationspolitischer Verantwortung

Diese Politik widerspricht zentralen Grundwerten der Sozialdemokratie.

Doch selbst dort, wo Fortschritte ausdrücklich vereinbart wurden, zeigt sich: Auf die Union ist kein Verlass. Selbst minimale Verbesserungen werden infrage gestellt oder blockiert. Die BAföG-Reform ist dafür das aktuell deutlichste Beispiel.

Wer selbst unterschriebene Vereinbarungen nicht umsetzt, stellt die Grundlage dieser Regierung infrage.

Die jüngsten Äußerungen aus der Bundesregierung, die eine Umsetzung der BAföG-Reform relativieren oder sogar grundsätzlich infrage stellen, sind nicht nur politisch inakzeptabel, sie sind ein Affront gegenüber allen Studierenden, Auszubildenden und jungen Menschen, die auf echte Chancengerechtigkeit angewiesen sind.

Dabei geht es nicht um fehlende finanzielle Spielräume, sondern um politische Prioritäten: Für milliardenschwere Maßnahmen wie die Stabilisierung der Rente oder kurzfristige Entlastungen wie den Tankrabbat war politischer Wille und finanzieller Spielraum vorhanden. Wenn gleichzeitig behauptet wird, für eine kleine Verbesserung der Studienfinanzierung sei kein Geld da, ist das nichts anderes als eine politische Entscheidung gegen junge Menschen.

Für uns ist klar:

Die BAföG-Reform ist keine Nebenfrage, sie ist ein zentraler Maßstab dafür, ob diese Koalition überhaupt

noch soziale Verantwortung übernimmt.

Wenn diese Koalition nicht einmal in der Lage oder willens ist, minimale Verbesserungen für junge Menschen durchzusetzen, dann hat sie ihre politische Grundlage verloren.

Sozialdemokratische Politik bedeutet, für Gerechtigkeit einzustehen und nicht, sich im Koalitionsalltag an soziale Rückschritte zu gewöhnen.

Deshalb sagen wir klar und unmissverständlich:

Entweder diese Reform kommt oder diese Koalition muss beendet werden.

Antrag 53: Ini03: Gegen jeden Antisemitismus: Kritische Auseinandersetzung mit den aktuellen Entwicklungen in der Linksjugend!

Laufende Nummer: 66

Antragsteller*in:

Bezirksvorstand

- 1 Die Jusos bekennen sich zu einem konsequenten antifaschistischen, demokratischen und
- 2 internationalistischen Selbstverständnis. Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit und
- 3 die Verherrlichung autoritärer Regime widersprechen unseren Grundwerten. Unabhängig
- 4 davon, aus welchem politischen Spektrum sie stammen.
- 5 Mit Sorge nehmen wir Berichte über Entwicklungen innerhalb der Linksjugend zur
- 6 Kenntnis. Recherchen des Bayerischen Rundfunks dokumentieren unter anderem
- 7 antisemitische Parolen wie „Israel verrecke“, Relativierungen historischer
- 8 Verbrechen, positive Bezüge auf Stalin und Mao sowie Verharmlosungen der Hamas durch
- 9 einzelne Funktionsträger und Arbeitskreise.
- 10 Gleichzeitig erklärt der Bundesvorstand der Linksjugend, Antisemitismus und
- 11 Gewaltaufrufe abzulehnen und die Vorwürfe intern prüfen zu wollen.
- 12 **Vor diesem Hintergrund fordern wir:**
- 13 1. Die Jusos stellen klar, dass Antisemitismus, auch in Form von israelbezogenem
- 14 Antisemitismus in demokratischen Jugendorganisationen keinen Platz hat.
- 15 2. Die Jusos grenzen sich ausdrücklich von jeder Verherrlichung totalitärer Regime,
- 16 insbesondere des Stalinismus, Maoismus und der SED-Diktatur, ab.
- 17 3. Die Jusos lehnen jede Relativierung oder Verharmlosung terroristischer
- 18 Organisationen wie der Hamas entschieden ab.
- 19 4. Aktuelle Kooperationen und die Zusammenarbeit sollen evaluiert werden. Dabei ist
- 20 sicherzustellen, dass gemeinsame Aktivitäten auf der Grundlage demokratischer
- 21 Grundwerte erfolgen und antisemitischen sowie extremistischen Positionen kein Raum
- 22 gegeben wird.
- 23 5. Die Jusos setzen sich innerhalb der SPD und in der politischen Bildungsarbeit
- 24 verstärkt mit modernem Antisemitismus, Antizionismus, Verschwörungsideologien und
- 25 anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinander.

Begründung

Die politische Auseinandersetzung mit der Partei Die Linke und ihrer Jugendorganisation gehört zum demokratischen Wettbewerb. Sie darf jedoch nicht dazu führen, antisemitische oder extremistische Positionen zu relativieren oder zu ignorieren.

Kritik an der israelischen Regierung ist in einer Demokratie legitim. Sie wird jedoch dort problematisch, wo sie in die Delegitimierung des Existenzrechts Israels, antisemitische Feindbilder oder Gewaltverherrlichung umschlägt. Parolen wie „Israel verrecke“ überschreiten diese Grenze eindeutig und stehen im Widerspruch zu den Grundwerten einer demokratischen Linken. Entsprechende Aussagen einzelner Funktionsträger wurden durch BR-Recherchen dokumentiert und von Antisemitismusforschern als schwerwiegende Form israelbezogenen Antisemitismus eingeordnet.

Ebenso unvereinbar mit den Werten der Jusos ist jede positive Bezugnahme auf diktatorische Systeme wie

die Herrschaft Stalins oder Maos sowie jede Verharmlosung terroristischer Organisationen. Sozialismus ist für die Jusos untrennbar mit Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit verbunden.

Die Jusos treten deshalb für eine klare, glaubwürdige und universelle Haltung gegen jede Form des Antisemitismus und politischen Extremismus ein – unabhängig davon, ob sie von rechts, von links oder aus islamistischen Milieus ausgehen. Nur eine solche konsequente Haltung stärkt die Glaubwürdigkeit einer demokratischen und antifaschistischen Linken.

Antrag 54: Ini04: Hände weg vom 8-Stunden-Tag!

Laufende Nummer: 67

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
1 Der 8-Stunden-Tag ist eine der bedeutendsten sozialpolitischen Errungenschaften der 2 Arbeiter*innenbewegung. Er wurde nicht geschenkt, sondern von Gewerkschaften und der 3 Sozialdemokratie über Jahrzehnte hinweg gegen erhebliche Widerstände erkämpft. Zuvor 4 gehörten Arbeitstage von zwölf bis sechzehn Stunden für viele Beschäftigte zum 5 Alltag. Der gesetzliche Schutz der täglichen Arbeitszeit steht deshalb bis heute für 6 körperliche und mentale Gesundheit, Würde, soziale Teilhabe sowie die Vereinbarkeit 7 von Arbeit, Familie und Freizeit. 8 Seit seiner Einführung hat die SPD jede Aufweichung des 8-Stunden-Tages aus guten 9 Gründen entschieden zurückgewiesen. An dieser Haltung müssen wir auch heute 10 festhalten. 11 Mit der im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU vereinbarten Möglichkeit einer 12 Umstellung auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit wurde ein schwieriger politischer 13 Kompromiss geschlossen. Aus unserer Sicht war dies ein Fehler. Die Abkehr vom 14 täglichen Höchstarbeitszeitprinzip gefährdet eine historische Errungenschaft der 15 Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Sie schafft den gesetzlichen Schutz vor 16 überlangen Arbeitstagen schrittweise ab und eröffnet die Möglichkeit von Arbeitstagen 17 mit bis zu 13 Stunden einschließlich Pausen. Gerade dort, wo Beschäftigte keine 18 starke Tarifbindung oder keinen Betriebsrat haben, wächst der Druck, längere 19 Arbeitszeiten akzeptieren zu müssen. Besonders betroffen wären junge Beschäftigte, 20 Menschen mit geringer Verhandlungsmacht sowie Beschäftigte in Branchen mit ohnehin 21 hoher Arbeitsbelastung wie Logistik, Handel, Gastronomie oder Pflege. 22 Wir wissen zugleich, dass die SPD in einer Koalition mit CDU und CSU regiert und der 23 Koalitionsvertrag den politischen Rahmen vorgibt. Umso wichtiger ist es, dass 24 Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas deutlich gemacht hat, dass sie eine Aufweichung 25 des Arbeitszeitgesetzes aus Überzeugung nicht anstrebt und sich innerhalb dieses 26 Rahmens für einen größtmöglichen Schutz der Beschäftigten einsetzt. Der vorgelegte 27 Referentenentwurf zeigt, dass sie den weitreichenden Liberalisierungsforderungen der 28 Union nicht einfach nachgibt, sondern Abweichungen vom 8-Stunden-Tag an strenge 29 Voraussetzungen wie Tarifbindung, zusätzliche Gesundheitsschutzmaßnahmen und eine 30 verpflichtende elektronische Arbeitszeiterfassung knüpfen will. 31 Für uns bleibt dennoch klar: Der 8-Stunden-Tag ist nicht verhandelbar. Arbeitszeit 32 ist Lebenszeit. Er darf weder schrittweise ausgehöhlt noch unter dem Deckmantel 33 größerer Flexibilität entwertet werden. Deshalb werden wir die weiteren Beratungen 34 kritisch begleiten und gemeinsam mit den Gewerkschaften für einen starken 35 gesetzlichen Arbeitsschutz eintreten. Unser Ziel bleibt der uneingeschränkte Erhalt 36 des 8-Stunden-Tages als Grundpfeiler des deutschen Arbeitszeitrechts. 37 Deshalb fordern wir: 38 • Der gesetzliche 8-Stunden-Tag bleibt der Grundsatz des deutschen 39 Arbeitszeitrechts. 40 • Keine Einführung einer allgemeinen wöchentlichen Höchstarbeitszeit zulasten des	

- 41 täglichen Arbeitsschutzes.
- 42 • Die SPD muss gemeinsam mit den Gewerkschaften auch künftig jeder weiteren
- 43 Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes entschieden entgegenreten.

Antrag 41: S04: Parteiführung ist kein Nebenjob!

Laufende Nummer: 40

Antragsteller*in:

Diepholz

- 1 Wir fordern die SPD auf Bundesebene auf, künftig eine klare Trennung zwischen
- 2 Parteiführung und Regierungsamt sicherzustellen. Der Parteivorsitz der SPD sollte
- 3 grundsätzlich nicht gleichzeitig mit einem Regierungsamt auf Bundesebene ausgeübt
- 4 werden.
- 5 Die Führung einer Partei mit über 150 Jahren Geschichte und 350.000 Mitgliedern ist
- 6 keine Nebenaufgabe. Sie erfordert volle Aufmerksamkeit, politische Präsenz und
- 7 kontinuierliche Arbeit mit der Mitgliedschaft, den
- 8 Gliederungen und der Basis der Partei. Wer gleichzeitig ein
- 9 Regierungsamt ausübt, kann dieser Verantwortung schlicht nicht gerecht werden.
- 10 Der Parteivorsitz muss daher künftig von Personen ausgeübt werden, die sich
- 11 vollständig auf die strategische, programmatische und organisatorische Entwicklung
- 12 der SPD konzentrieren können und wollen.
- 13 Die SPD befindet sich seit Jahren in einer tiefen strukturellen und politischen
- 14 Krise. Wahniederlagen, schwindende Mitgliederzahlen und eine zunehmende Entfremdung
- 15 zwischen Parteiführung und Basis zeigen: Unsere Partei braucht eine starke, präsente
- 16 und kämpferische Parteiführung.
- 17 Sie braucht überhaupt mal wieder ein erkennbares Profil, dass eine Parteiführung
- 18 aufbauen müsste.
- 19 Aktuell werden Parteivorsitz und Regierungsämter wieder in
- 20 Personalunion ausgeübt. Diese Doppelrolle führt jedoch zwangsläufig zu
- 21 Zielkonflikten. Während Regierungsmitglieder Kompromisse innerhalb von Koalitionen
- 22 eingehen müssen, hat die Parteiführung die Aufgabe, die langfristige programmatische
- 23 Orientierung der SPD zu entwickeln, Debatten zu führen und die Partei zu
- 24 organisieren.
- 25 Wenn Parteivorsitzende gleichzeitig Regierungsmitglieder sind, wird die Parteiarbeit
- 26 zwangsläufig zur Nebentätigkeit.
- 27 Gerade in einer Zeit, in der rechtspopulistische und rechtsextreme Kräfte stärker
- 28 werden und soziale Ungleichheit weiterwächst, braucht die Sozialdemokratie eine
- 29 Parteiführung, die klar Position bezieht, eine Vision entwickelt, gesellschaftliche
- 30 Konflikte offensiv führt und die Partei strategisch neu aufstellt.
- 31 Dafür braucht es eine Parteiführung, die unabhängig von Regierungszwängen agieren
- 32 kann und sich mit voller Kraft der Erneuerung der SPD widmet.
- 33 Die SPD braucht wieder eine Führung, die klar für Freiheit, Gerechtigkeit und
- 34 Solidarität steht.

Antrag 43: U01: Bodenlos: Mikroplastik nachhaltig vom Acker verbannen

Laufende Nummer: 42

Antragsteller*in:	Region Hannover
-------------------	-----------------

1 Mikroplastik in der Landwirtschaft ist ein gravierendes, oft unterschätztes
2 Umweltproblem, das die langfristige Sicherheit unserer Nahrungsmittelproduktion
3 gefährdet. Schätzungsweise gelangen jährlich fast 20.000 Tonnen Kunststoff allein auf
4 deutsche Ackerböden. Die Quellen hierfür sind vielfältig und reichen von Verwehungen
5 durch „Littering“ über den Abrieb von Reifen bis hin zu landwirtschaftlichen
6 Hilfsmitteln wie Bindegarnen. Besonders problematisch ist, dass diese Partikel im
7 Ökosystem verbleiben, da es kaum möglich ist, Mikroplastik wieder aus dem Boden zu
8 entfernen.

9 Die Folgen für die Umwelt sind drastisch. Die Kunststoffpartikel beeinträchtigen
10 wichtige Bodenlebewesen wie Regenwürmer nachhaltig und schädigen die Bodenstruktur
11 sowie die Fauna. Neuere Untersuchungen deuten zudem darauf hin, dass Nanopartikel
12 sogar von Pflanzenwurzeln aufgenommen werden können, was das Pflanzenwachstum hemmt
13 und Risiken für die Nahrungskette birgt. So könnte auch die Belastung in
14 Lebensmitteln steigen.

15 Ein wesentlicher Treiber des Eintrags sind direkte Anwendungen im Anbau. Im Spargel-
16 und Erdbeeranbau führen Mulchfolien zu Rückständen, und auch umhüllte Düngemittel in
17 Langzeitdünger tragen signifikant mit etwa 2.520 Tonnen pro Jahr zur Belastung bei.
18 Zwar wird dies in der EU ab 2028 stärker reguliert und auch die Ausbringung von
19 Klärschlamm, der oft mit Plastikpartikeln belastet ist, wird ab 2029 bzw. 2032
20 eingeschränkt. Diese Zeiträume sind angesichts der irreversiblen Akkumulation im
21 Boden jedoch zu lang gewählt.

22 Um unsere Ackerböden als Lebensgrundlage zu schützen, bedarf es schnellerer und
23 konsequenterer Maßnahmen als bisher vorgesehen. Es darf nicht gewartet werden, bis
24 EU-Regulierungen greifen, während jährlich tausende Tonnen Plastik hinzukommen. Wir
25 fordern daher eine sofortige Strategie zur Minimierung von Kunststoffeinträgen in der
26 Landwirtschaft. Dies beinhaltet die Förderung und den verpflichtenden Einsatz von
27 biologisch abbaubaren Mulch-folien als Ersatz für konventionelle Kunststofffolien. Wo
28 technisch möglich, müssen Polypropylen-Garne durch Naturfasern wie Sisal ersetzt
29 werden, wenn diese witterungsbeständig sind.

30 Des Weiteren muss der Ausstieg aus der Klärschlammverwertung auf Feldern beschleunigt
31 und nicht erst in den 2030er Jahren vollzogen werden, um diesen Eintragspfad effektiv
32 zu schließen. Auch der Einsatz von kunststoffumhüllten Düngemitteln muss kritisch
33 überprüft und schneller durch umweltfreundliche Alternativen ersetzt werden. Eine
34 nachhaltige Kreislaufwirtschaft muss das Ziel sein. Dazu gehört neben verbesserten
35 Recycling-Methoden für Silofolien und Netze auch die konsequente Reduzierung von
36 Einwegplastik in allen landwirtschaftlichen Prozessen. Nur wenn wir jetzt handeln,
37 können wir verhindern, dass unsere Böden dauerhaft ihre Fruchtbarkeit und ökologische
38 Funktion verlieren.

Antrag 44: U02: Contrails

Laufende Nummer: 43

Antragsteller*in:	Region Hannover
-------------------	-----------------

1 Die Erderwärmung ist die größte Bedrohung unserer Zeit. Was viele nicht wissen: Es
2 gibt viele Wege, sie sogar ohne große Umstände zu verringern. Einer davon ist das
3 Umfliegen von Contrails.

4

5 Contrails sind Kondensstreifen, die entstehen, wenn Flugzeuge durch ein Gebiet mit
6 einer gewissen Luftfeuchtigkeit fliegen. Sie verhindern, dass Wärme, die von der Erde
7 wegstrahlt, in das Weltall abgegeben werden kann und machen damit die Hälfte der
8 durch Flugverkehr erzeugten Erderwärmung aus (die andere Hälfte ist der Ausstoß von
9 Treibhausgasen). Dieses Phänomen, welches eine große Auswirkung hat, findet jedoch
10 auf kleinem Raum statt: Nur 3% aller Flüge sind für 80% dieses Effektes
11 verantwortlich. Die Technologien, um die Gebiete mit der Luftfeuchtigkeit, die
12 Contrails erzeugt, zu umfliegen, existiert bereits und ist nicht teuer. Ein
13 Flugticket von Paris nach New York würde somit 3,90€ mehr kosten und eines von Berlin
14 nach Barcelona 1,20€. Warum also wird das nicht umgesetzt?

15 Der Grund dafür ist, dass diese Umstände, trotz Forschung der deutschen Gesellschaft
16 für Luft- und Raumfahrt, keiner breiten Masse bekannt sind.

17 Daher fordern wir, dass sich die SPD auf nationaler und europäischer Ebene dafür
18 einsetzt, dass Fluggesellschaften diese Vorgehensweisen anwenden. Dies kann in Form
19 von Anreizen (z.B. Subventionen für die Installation der Technologien oder
20 finanzielle Vorteile bei der Installation der Technologien) oder auch durch
21 Druckmittel (z.B. eine Art "Contrail-Steuer" o.ä.) geschehen.

Antrag 45: U03: Resolution der Jusos Bezirk Hannover: Klimaziele konsequent umsetzen – Soziale Gerechtigkeit und Energiewende vorantreiben

Laufende Nummer: 44

Antragsteller*in:	Region Hannover
-------------------	-----------------

Die Klimakrise erfordert entschlossenes Handeln. Deutschland und die EU haben sich verbindlich verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 Prozent gegenüber 1990 zu senken und bis 2045 klimaneutral zu werden. Doch die aktuelle Politik von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche gefährdet diese Ziele: Durch die Infragestellung der Klimavorgaben, die Kürzung der Förderung für private Solaranlagen, die Reduzierung der Redispatch-Zahlungen für Erneuerbare Energien und den Ausbau fossiler Gaskraftwerke wird die Energiewende ausgebremst. Gleichzeitig drohen Mieter:innen durch steigende Energiepreise – etwa durch Kriege oder den CO₂-Preis – übermäßig belastet zu werden. Die Jusos Bezirk Hannover fordern eine Kurskorrektur, die Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Planungssicherheit für alle verbindet.

1. Klimaziele einhalten – Keine Verwässerung der verbindlichen Vorgaben

Die Bundesregierung muss die bestehenden Klimaziele der EU und Deutschlands uneingeschränkt umsetzen. Die aktuellen Prognosen zeigen, dass die Ziele ohne zusätzliche Anstrengungen verfehlt werden. Die Forderung von Ministerin Reiche nach „flexibleren“ Klimazielen lehnen wir ab. Statt die Ziele zu schwächen, brauchen wir eine ambitionierte und verlässliche Klimapolitik, die die gesetzlichen Vorgaben ernst nimmt und umsetzt.

2. Förderung erneuerbarer Energien sichern und Netzausbau vorantreiben - Keine Rückschritte bei Solar und Wind

Die geplante Kürzung der Förderung für private Solaranlagen und die Reduzierung der Redispatch-Zahlungen für Erneuerbare Energien sind kontraproduktiv. Beide Instrumente sind essenziell, um den Ausbau der Erneuerbaren voranzutreiben und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu stärken. Wir fordern:

- Die Beibehaltung der bestehenden Förderung für private Solaranlagen und eine
- Keine weiteren Einschränkungen bei der Einspeisevergütung oder Abregelungsentschädigungen, die Investitionen in Erneuerbare unattraktiv machen.
- Die Rückkehr zu klaren, verbindlichen Vorgaben für den Einbau klimafreundlicher Heizsysteme, wie sie im ursprünglichen Gebäudeenergiegesetz vorgesehen waren.
- Eine sozialverträgliche Umsetzung, die Mieter:innen und Eigentümer:innen durch gezielte Förderprogramme unterstützt, ohne die Klimaziele aus den Augen zu verlieren.
- Den Netzausbau vereinfachen und beschleunigt umsetzen, um Netzengpässe schnell zu beseitigen und mehr erneuerbare Energien erzeugen und nutzen zu können.

Evaluation der Redispatch-Regelungen, um Anreize für den weiteren Ausbau zu erhalten.

3. Gebäudeenergiegesetz stärken – Fossile Heizungen nicht wieder salonfähig machen

Die Lockerung der Vorgaben für den Einbau fossiler Gasheizungen im Rahmen des Gebäudemodernisierungsgesetzes ist ein falsches Signal. Gasheizungen auf Basis fossiler Energieträger haben in Neubauten und sanierten Gebäuden nichts zu suchen. Wir fordern:

4. Mieter:innen vor explodierenden Energiekosten schützen

Steigende Energiepreise treffen einkommensschwache Haushalte und Mieter:innen besonders hart. Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass die Kosten der Energiewende gerecht verteilt werden. Wir fordern:

- Die Einführung von Härtefallregelungen und direkten finanziellen Entlastungen für Mieter:innen, deren Wohnungen mit fossilen Energieträgern beheizt werden und die von Preissprüngen betroffen sind.
- Die Prüfung von Modellen, die die Umstellung auf erneuerbare Energien im Gebäudesektor sozial abfedern, etwa durch gezielte Zuschüsse oder steuerliche Entlastungen.

5. Transparenz und demokratische Legitimation in der Energiepolitik

Die Energiepolitik darf nicht einseitig von den Interessen der fossilen Lobby geprägt sein. Wir fordern:

- Mehr Transparenz bei der Erarbeitung energiepolitischer Maßnahmen, insbesondere bei der Beteiligung von Interessensverbänden.
- Eine stärkere Einbindung von Mieterverbänden, Umweltorganisationen und kommunalen Akteur*innen in die Gestaltung der Energiewende. Die Jusos Bezirk Hannover appellieren an die Bundesregierung, die Klimaziele konsequent umzusetzen und die Energiewende sozial gerecht zu gestalten. Die aktuellen Pläne von Ministerin Reiche gefährden nicht nur das Klima, sondern auch die wirtschaftliche Zukunft und die soziale Sicherheit der Menschen in unserer Region. Wir brauchen eine Energiepolitik, die ökologisch verantwortungsvoll, wirtschaftlich weitsichtig und sozial ausgewogen ist.

Antrag 46: U04: Stoppt das stille Sterben der Straßenkatzen

Laufende Nummer: 45

Antragsteller*in:

Region Hannover

1 Die Realität vieler Straßenkatzen ist dramatisch: Sie leben in ständiger Angst,
2 leiden Hunger, Krankheiten und Verletzungen. Junge Katzen sterben oft nur wenige
3 Wochen nach der Geburt an Unterkühlung, Infektionen oder durch Kampfverletzungen.
4 Mutterkatzen sind häufig überfordert, ihre Würfe zu versorgen, während bereits die
5 nächste Generation geboren wird. Ein endloser Kreislauf von Leid und Tod. Ohne
6 konsequente Kastration vermehrt sich die Population exponentiell, wodurch jedes Jahr
7 Hunderttausende neue Katzen in Elend geboren werden.

8 Die Einführung einer Kastrationspflicht würde diese Tragödien verhindern, Tierheime
9 entlasten und ökologische Schäden durch übermäßige Katzenpopulationen reduzieren.
10 Jede kastrierte Hauskatze bedeutet direkte Lebensrettung für viele Tiere und eine
11 spürbare Entlastung der öffentlichen Strukturen. Expert*innen wie Malte Zierden und
12 der Deutsche Tierschutzbund betonen, dass Tierleid vermeidbar ist, wenn Hauskatzen
13 konsequent kastriert werden. Die Maßnahme ist sowohl wissenschaftlich als auch
14 ethisch begründet: Prävention ist der einzige effektive Weg, die Population unter
15 Kontrolle zu halten.

16 Die Dringlichkeit ist enorm: In Deutschland leben bis zu zwei Millionen
17 Straßenkatzen, die täglich unter Hunger, Krankheiten und Überforderung leiden. Ohne
18 gesetzliche Kastrationspflicht wird sich diese Tragödie Jahr für Jahr wiederholen.

19 Präventiver Tierschutz ist Kern sozialdemokratischer Politik: Verantwortung
20 übernehmen, anstatt Tierleid zuzulassen. Die vorgeschlagene Maßnahme ist sozial
21 gerecht, wirksam und langfristig kostensparend für öffentliche Institutionen und
22 Tierheime.

23 Deswegen fordern wir:

- 24 • Einführung einer gesetzlichen Kastrationspflicht für alle Hauskatzen mit
25 Freigang.
- 26 • Registrierungspflicht über Mikrochip oder Tierregister zur Nachverfolgung.
- 27 • Sanktionen in Form von Bußgeldern oder Verwarnungen bei Nichtbefolgung.
- 28 • Finanzielle Unterstützung für Geringverdienende, um die Kastration erschwinglich
29 zu machen.
- 30 • Aufklärungskampagnen in Zusammenarbeit mit Tierärzt*innen, Tierheimen und
31 Tierschutzorganisationen.

Antrag 47: V01: Barrierefreie Bahnhöfe sichern und Fahrradinfrastruktur im ländlichen Raum stärken – für eine sozial gerechte und nachhaltige Mobilität

Laufende Nummer: 46

Antragsteller*in: Region Hannover

Mobilität ist eine grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, gleichwertige Lebensverhältnisse und Klimaschutz. Insbesondere im ländlichen Raum sind viele Menschen auf funktionierenden ÖPNV und die dazu gehörigen Anbindungen angewiesen, um die Schule, Arbeit oder Ausbildung und Freizeitangebote zu erreichen. Dabei fokussiert sich diese Anbindung auf Bahnhöfe und Haltestellen, dies sind die entscheidenden Schnittstellen. Doch gerade hier ergeben sich erhebliche Defizite: mangelnde Barrierefreiheit, häufig defekte oder fehlende Aufzüge sowie unzureichende und unsichere Fahrradabstellmöglichkeiten. Eine konsequente Verkehrswende kann jedoch nur funktionieren, wenn es uns gelänge den ländlichen Raum konsequent mitzudenken. Dafür bedarf es einer verlässlichen, barrierefreien Infrastruktur und einer Verflechtung von Bahn und Fahrrad.

Wir fordern, dass folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

Barrierefreiheit auch außerhalb der Ballungszentren sicherstellen

- Priorisierter barrierefreier Ausbau von Bahnhöfen und Haltepunkten im ländlichen Raum.
- Sicherstellung der dauerhaften Funktionsfähigkeit von Aufzügen und Zugängen.
- Regelmäßige, engmaschige Wartung von Fahrstühlen, um lange Ausfallzeiten – die im ländlichen Raum oft keine Alternative lassen – zu verhindern.
- Einrichtung schneller Reparaturketten, insbesondere bei kleineren Stationen.
- Verbesserung der Beschilderung und Hinweisung auf die Anruf- bzw. Infosäulen an den Haltestellen
- kontrastreiche, bodenbündige und gut taktil fühlbare (Blinden-)Leitstreifen (gelbe; weiße bei grauem Boden; schwarze bei hellem Boden) für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen und Blindheit
- regelmäßige Reinigung und Überprüfung der Funktionsfähigkeit der Leitstreifen, besonders im Herbst und Winter
- mehr barrierefreie Toiletten an größeren U-Bahn Haltestellen und Bahnhöfen und schnellere Reparatur von defekten (barrierefreien) Toiletten

Fahrradinfrastruktur gezielt ausbauen

- Deutliche Erhöhung der Kapazitäten von Fahrradabstellanlagen an ländlichen Bahnhöfen.
- Ausbau von abschließbaren und diebstahlsicheren Fahrradboxen, um Pendler*innen den Umstieg auf das Fahrrad zu erleichtern.
- Schaffung von wettergeschützten und gut beleuchteten Abstellplätzen, insbesondere an schlecht einsehbaren Standorten.

Bahn und Fahrrad als zentrale Mobilitätskette im ländlichen Raum stärken

- 37 • Ausbau sicherer Radwege zu Bahnhöfen, auch über längere Distanzen zwischen
- 38 Ortschaften.
- 39 • Förderung von Bike-&-Ride-Angeboten als Alternative zum Auto.
- 40 • Entwicklung von Konzepten, um „die letzte Meile“ im ländlichen Raum
- 41 klimafreundlich zu schließen.

Begründung

Im ländlichen Raum ist Mobilität häufig mit eingeschränkten Alternativen verbunden. Fällt ein Aufzug aus oder fehlt eine barrierefreie Anbindung, bedeutet das für viele Menschen den faktischen Ausschluss vom öffentlichen Verkehr. Barrierefreiheit ist hier keine Komfortfrage, sondern eine Frage der Teilhabe. Gleichzeitig sind die Wege zum nächsten Bahnhof oft länger als in Städten. Das Fahrrad bietet hier eine entscheidende Chance, diese Distanzen klimafreundlich zu überbrücken. Voraussetzung dafür ist jedoch eine sichere und verlässliche Infrastruktur – insbesondere ausreichend geschützte Abstellmöglichkeiten. Wer sein Fahrrad nicht sicher abstellen kann, wird eher auf das Auto zurückgreifen. Wer sich nicht auf funktionierende Barrierefreiheit verlassen kann, wird den öffentlichen Verkehr meiden. Eine sozial gerechte Verkehrspolitik muss deshalb den ländlichen Raum in den Mittelpunkt stellen. **Nur wenn Bahnhöfe barrierefrei, zuverlässig und fahrradfreundlich sind, kann nachhaltige Mobilität für alle Wirklichkeit werden.**

Antrag 48: W01: Holt unser Gold zurück!

Laufende Nummer: 47

Antragsteller*in:	Celle
1	Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich eine strategische und
2	schrittweise Rückführung der im Ausland, insbesondere in den Vereinigten Staaten von
3	Amerika bei der Federal Reserve Bank of New York, gelagerten deutschen Goldreserven
4	einzuleiten. Ziel ist die überwiegende physische Verlagerung dieser Bestände nach
5	Deutschland oder in gesicherte Lagerstätten innerhalb der Eurozone, um die Geld- und
6	währungspolitische Souveränität der Bundesrepublik langfristig zu stärken und
7	geopolitische Abhängigkeiten zu reduzieren.
8	Maßgeblich dafür, ist die Annahme, dass in Zeiten wachsender geopolitischen Krisen
9	die Bedeutung der nationalen Goldreserven weiter zunehmen wird.
10	Als Vorbild kann dabei das französische Modell dienen, bei dem große Teile der
11	nationalen Goldreserven aus den USA zurückgeführt und konsequent im Inland gelagert
12	wurden. Dabei konnte ein Buchgewinn von ca. 13.000.000.000€ verzeichnet werden.
13	Die Rückführung soll gestuft erfolgen, um Markt- und Stabilitätsrisiken zu vermeiden.
14	Parallel dazu sind bestehende Lager- und Sicherheitsstrukturen in Deutschland
15	auszubauen sowie regelmäßige, unabhängige Prüfungen der Bestände sicherzustellen.
16	Ergänzend kann die Bundesbank moderne Finanzinstrumente wie Gold-Swaps oder
17	Rückkaufgeschäfte ausschließlich zur kurzfristigen Liquiditätssteuerung nutzen, ohne
18	die strategische Substanz der Reserven zu beeinträchtigen.

Begründung

Das kleptokratische Trump-Regime hat mittlerweile in aller Deutlichkeit klargestellt, dass es sich an keinerlei Verträge, Gesetze oder anderweitige Gepflogenheiten hält. Die USA sind unter Trump zu einem Verbrecherstaat geworden, der Staatsoberhäupter anderer Länder entführt und auch nicht davor zurückschreckt verbündete Staaten mit Krieg zu drohen. Das Regime in den USA zeichnet sich dabei durchgehend als in höchstem Maße kriminell aus. Der Trump-Clan hat sich mittlerweile Milliardenwerte ergaunert. Zu glauben unser Gold, welches unsere Zukunft in schwierigen Zeiten sichern soll, wäre in den USA noch sicher, wäre mehr als naiv. Man kann nur hoffen, dass das deutsche Gold überhaupt noch dort ist, wo es angeblich sicher gelagert wird und dass, falls eine Rückholaktion tatsächlich durchgeführt werden soll, dieses Gold auch von den USA herausgegeben wird. Sicher ist das nicht. Das Gold in den USA zu belassen, darf jedoch keine Option sein.

Antrag 49: W02: Keine Privilegien für Immobilien-Mogule

Laufende Nummer: 48

Antragsteller*in: Lüneburg

1 Wohnraum ist eine soziale Frage, kein Renditeobjekt. Während Mieten explodieren und
2 die Vermögensungleichheit unsere Gesellschaft spaltet, zementiert das aktuelle
3 Steuersystem diese Ungerechtigkeit, statt sie zu bekämpfen. Eigentlich soll die
4 Erbschaftsteuer laut Verfassung verhindern, dass sich „Riesenvermögen“ in den Händen
5 Einzelner ansammeln – doch in der Realität werden ausgerechnet massive
6 Immobilienbestände systematisch privilegiert. Es ist ein politischer Skandal und
7 völlig unlogisch: Während das Familienheim und normale Freibeträge bis 500.000 Euro
8 sinnvoll sind, greift ab 300 Wohnungen plötzlich eine Steuerbefreiung, die jede
9 Chancengerechtigkeit verhöhnt. Wer ein Eigenheim erbt, darf nicht stärker belastet
10 werden als jemand, der 300 oder mehr einsackt. Sogar der Bundesfinanzhof hat
11 klargestellt, dass die reine Anzahl der Wohnungen kein Privileg rechtfertigt, solange
12 kein echter Wirtschaftsbetrieb vorliegt BFH, Urteil vom 24.10.2017 – II R 44/15 doch
13 das Finanzministerium ignoriert dieses Urteil beharrlich und schützt lieber die
14 Privilegien der Superreichen. Diese ungerechte Verwaltungspraxis kostet uns jährlich
15 rund eine Milliarde Euro an Steuereinnahmen. Damit muss Schluss sein: Diese Ausnahmen
16 gehören abgeschafft, damit große Erbschaften endlich ihren fairen Beitrag zum
17 Gemeinwesen leisten. Es ist wissenschaftlich belegt: Das aktuelle Steuerrecht ist
18 kein Versehen, sondern ein Systemfehler. Analysen des ifo Instituts (vgl.
19 Fuest/Hey/Spengel, "Reform der Immobilienbesteuerung, ifo Schnelldienst 12/2021)
20 zeigen schwarz auf weiß, dass die massive Begünstigung großer Immobilienbestände die
21 soziale Ungleichheit in diesem Land befeuert. Wenn Superreiche ihre Wohnungsbestände
22 nahezu steuerfrei vererben können, ist das kein „Wirtschaftsschutz“, sondern eine
23 aktive Beihilfe zur Vermögenskonzentration. Das zerstört jedes Vertrauen in die
24 Steuergerechtigkeit. Wir Fordern den Landesverband auf Steuerbefreiung bei
25 Erbschaften und Schenkungen mit mehr als 300 Wohneinheiten zu beenden, indem
26 1. in einem ersten Schritt und schnellstmöglich das Bundesministerium der Finanzen
27 die Finanzverwaltungen anweist, die Grundsätze des BFH-Urteils vom 24.10.2017 – II R
28 44/15 – auch über den entschiedenen Einzelfall hinaus für alle Wohnungsunternehmen
29 nach einheitlichen Kriterien anzuwenden und das BFH Urteil im Bundessteuerblatt zu
30 veröffentlichen, und
31 2. ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der die De-facto-Steuerbefreiung bei Erbschaften
32 mit mehr als 300 Wohneinheiten beendet und gesetzlich klarstellt, dass Immobilien,
33 die zum Betriebsvermögen einer Gesellschaft gehören, deren Hauptzweck in der
34 Vermietung von Wohnungen besteht, stets als Verwaltungsvermögen zu qualifizieren ist.
35 Warten ist keine Option: Auch wenn das Bundesverfassungsgericht demnächst vermutlich
36 ohnehin den Stecker ziehen wird, dürfen wir nicht tatenlos zusehen. Wir müssen diese
37 eklatante Gerechtigkeitslücke jetzt schließen! Es gibt keine Ausrede mehr, eine
38 Reform auf die lange Bank zu schieben. Wer Wohnraum als reines Renditeobjekt hortet,
39 muss endlich seinen fairen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten.
40 Unsere Ansage: Wir lassen uns nicht mit dem Verweis auf anstehende Urteile
41 vertrösten. Die Privilegien für Immobilien-Millionäre müssen sofort fallen.
42 Gerechtigkeit wartet nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag!

Begründung

1. Soziale Schieflage und Verfassungsauftrag

Wohnraum ist das drängendste soziale Problem unserer Zeit. Während die Mieten in den Ballungszentren Rekordhöhen erreichen, konzentriert sich Immobilienbesitz in den Händen weniger Großbesitzer. Die Erbschaftsteuer hat laut Art. 123 Abs. 3 der Bayerischen Verfassung sowie dem Grundgedanken des Grundgesetzes die Aufgabe, die Ansammlung von „Riesenvermögen“ zu verhindern und für Chancengerechtigkeit zu sorgen. Die aktuelle Praxis, bei der das Erben von über 300 Wohnungen de facto steuerfrei bleibt, verkehrt diesen Verfassungsauftrag ins Gegenteil.

2. Ende der Privilegierung von „Schein-Gewerben“

Bisher wird der Besitz von mehr als 300 Wohnungen pauschal als „Wohnungsunternehmen“ eingestuft und damit wie produktives Betriebsvermögen behandelt, das weitgehend steuerbefreit ist. Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit seinem Urteil vom 24.10.2017 (II R 44/15) jedoch klargestellt: Die reine Anzahl der Wohnungen macht noch keinen Wirtschaftsbetrieb. Werden keine hotelähnlichen Sonderleistungen erbracht, handelt es sich um reine Vermögensverwaltung. Dass das Bundesfinanzministerium (BMF) dieses Urteil per Nichtanwendungserlass blockiert, ist ein demokratie- und rechtsstaatlicher Skandal, der die Privilegien von Superreichen auf Kosten der Allgemeinheit schützt.

3. Wissenschaftliche Evidenz und ökonomische Notwendigkeit

Studien des DIW und des ifo Instituts (2021) belegen, dass diese Regelung zu massiven Mindereinnahmen von ca. 1 Milliarde Euro pro Jahr führt. Das ifo Institut kritisiert explizit die dadurch entstehenden Fehlanreize und die massive Begünstigung der Vermögenskonzentration. In Zeiten, in denen Milliarden für den sozialen Wohnungsbau, Schulen und Infrastruktur fehlen, ist diese Steuerbefreiung für Immobilien-Millionäre nicht länger vermittelbar.

4. Sofortiger Handlungsbedarf

Das Vertrauen in die Steuergerechtigkeit ist massiv erschüttert, wenn kleine Erben belastet werden, während Großinvestoren leer ausgehen. Wir können nicht auf ein erneutes Machtwort des Bundesverfassungsgerichts warten. Die Bundesregierung muss den BFH-Entscheid endlich anerkennen und die gesetzliche Lücke schließen, die Immobilienbesitz fälschlicherweise als begünstigtes Betriebsvermögen definiert. Wer mit dem Grundrecht auf Wohnen Rendite erzielt, muss auch seinen fairen Anteil zur Finanzierung des Staates beitragen.

Antrag 50: W03: Enteignung des Braunen Erbes

Laufende Nummer: 49

Antragsteller*in:	Lüneburg
-------------------	----------

1 Große Teile des heutigen deutschen Milliardenvermögens basieren auf der
2 systematischen Ausbeutung von Zwangsarbeiter:innen und der Kollaboration mit dem NS-
3 Regime. Während die Opfer oft keine Entschädigung erhielten, konnten die Profiteure
4 ihr Unrecht Vermögen über Jahrzehnte sichern und vermehren. Heutzutage gibt es jedoch
5 eine weitaus ausgiebigere Aufarbeitung dieser dunklen Zeit. Autoren wie David de Jong
6 haben in Büchern wie „Braunes Erbe“ wichtige Erkenntnisse zusammengetragen und
7 niedergeschrieben. Ebenso bedeutsam ist die Arbeit von Historikern wie Norbert Frei,
8 der sich unter anderem intensiv mit der Geschichte des Flick-Konzerns im Dritten
9 Reich auseinandergesetzt hat. Aber auch viele Konzerne selbst haben mittlerweile zur
10 Aufarbeitung ihrer eigenen Vergangenheit beigetragen. Zwar weigern sich einige
11 Akteure, wie beispielsweise Klaus-Michael Kühne, nach wie vor, ihre Geschichte
12 aufzuarbeiten, doch trotz dieser Widerstände wurden viele neue Erkenntnisse gewonnen.
13 Diese decken erschreckende Verstrickungen auf, die man nicht unkommentiert lassen
14 darf, damit sie nicht in Vergessenheit geraten.

15 Beispiel Klaus Michael Kühne:

16 Klaus-Michael Kühne ist der Erbe und Hauptanteilseigner des Logistikkonzerns Kühne +
17 Nagel. Das Unternehmen profitierte massiv von der "Arisierung" und dem Zweiten
18 Weltkrieg. Der Konzern wird als Logistiker der 'Arisierung' bezeichnet. Kühne + Nagel
19 transportierte unter anderem Möbel deportierter Juden. Dem heutigen Inhaber Klaus-
20 Michael Kühne wird vorgeworfen, die NS-Vergangenheit des Unternehmens nicht
21 öffentlich und unabhängig aufzuarbeiten und entsprechende Studien zurückzuhalten.

22 Beispiel Quant:

23 Die Familie Quandt, deren Vermögen heute unter anderem in der BMW AG und VARTA liegt,
24 profitierte massiv von der Rüstungsindustrie und dem Einsatz von Zwangsarbeitern im
25 Nationalsozialismus. Günther Quandt war das damalige Familienoberhaupt und tief in das
26 System verstrickt. Er nutzte seine in der Kriegswirtschaft gewonnenen Kontakte
27 geschickt aus. Die Quandt-Firmen beschäftigten insgesamt über 50.000 Zwangsarbeiter,
28 unter anderem in der Waffen- und Batterieherstellung. Die Arbeitsbedingungen waren
29 katastrophal. Für die Zwangsarbeiter war Herbert Quandt direkt für die mangelhafte
30 Ernährung und Ausrüstung verantwortlich. In einer seiner Firmen wurde mit einer
31 monatlichen "Fluktuation" (Arbeitsunfähigkeit oder Tod) von 80 Zwangsarbeitern
32 kalkuliert. Der Grundstock für den heutigen Reichtum wurde maßgeblich im Dritten Reich
33 gelegt.

34 Beispiel Reinman:

35 Die Familie Reimann (heute JAB Holding mit Marken wie Jacobs, Calgon, Wella) hat ihre
36 NS-Vergangenheit durch eine unabhängige Studie aufarbeiten lassen. Die Patriarchen
37 Albert Reimann senior und Albert Reimann junior waren überzeugte Nationalsozialisten
38 und Antisemiten. Sie besuchten bereits in den 1920er Jahren Veranstaltungen mit Adolf
39 Hitler und spendeten später Geld an die SS. Sie erklärten ihr Unternehmen (Joh. A.
40 Benckiser) frühzeitig zu einem nationalsozialistischen Musterbetrieb. In ihren Werken
41 gab es Zwangsarbeit. Akten belegen Gewalt und Missbrauch gegenüber Zwangsarbeitern.

Der Firmensprecher bestätigte, die Unternehmer seien "schuldig" gewesen und hätten "eigentlich ins Gefängnis gehört"

Beispiel Dr.Oetker:

Die Oetker-Gruppe pflegte in der NS-Zeit enge Beziehungen zum Regime, zur Wehrmacht und zur SS.Der damalige Chef Dr. Richard Kaselowsky (Stiefvater des späteren Erben Rudolf-August Oetker) war ein "glühender Verehrer" Hitlers und gehörte dem "Freundeskreis Reichsführer-SS" um Heinrich Himmler an.Das Unternehmen Dr. Oetker wurde 1937 als einer der ersten "Nationalsozialistischen Musterbetriebe" ausgezeichnet.In einzelnen Unternehmen des Mischkonzerns, wie der Nähmaschinenfabrik Koch's Adler, wurden Zwangsarbeiter eingesetzt. Rudolf-August Oetker trat 1942 der Waffen-SS bei. Das Unternehmen profitierte von "Arisierungen" imBrauereiwesen.

NS-Mittäter wie Günther Quandt konnten sich nach dem Krieg mithilfe sogenannter „Persilscheine“ entlasten. Dabei handelte es sich um eidesstattliche Erklärungen von Familienmitgliedern, Freundinnen oder Kolleginnen, die die betroffenen Personen als politisch unbedenklich darstellten. Besonders wertvoll waren dabei Bescheinigungen von Jüdinnen und Juden, die abwertend als „Alibi-Juden“ bezeichnet wurden.Diese Aussagen standen häufig im Widerspruch zu den Vorwürfen der Gerichte, reichten jedoch oft aus, um als „entnazifiziert“ oder lediglich als „Mitläufer“ eingestuft zu werden.

Mit einem solchen Nachweis konnten viele der während des Nationalsozialismus belasteten Personen wieder in das öffentliche Leben und ihre beruflichen Positionen zurückkehren. Für wohlhabende Industrielle bedeutete das häufig die Rückkehr in ihre Unternehmen, Aufsichtsräte und Vorstandsposten.Der Begriff „Persilschein“ leitet sich dabei sinnbildlich vom Waschmittel Persil ab und steht für das „Reinwaschen“ der eigenen Vergangenheit. Dadurch blieben wirtschaftliche und politische Eliten der NS-Zeit vielfach weiterhin einflussreich, da die Entnazifizierung in der Praxis oft hinter politischen und wirtschaftlichen Interessen der Nachkriegszeit zurückblieb und nur eingeschränkt konsequent umgesetzt wurde.Auch Günther Quandt, der massiv von der Rüstungsindustrie und dem Einsatz von Zwangsarbeiter*innen profitiert hatte, erhielt einen solchen Persilschein. Er wurde im Entnazifizierungsverfahren als „Mitläufer“ eingestuft. Ausgestellt wurde eine entsprechende entlastende Aussage unter anderem von dem jüdischen Geschäftsmann Georg Sachs, dem Quandt zuvor finanziell bei der Flucht aus Deutschland geholfen haben soll. Selbst heutzutage nehmen Leute wie August von Finck junior Einfluss mit ihrem braunen Vermögen, indem sie rechtspopulistische Parteien wie die AfD mit Spenden unterstützen, auch wenn sie versuchen, dies zu verbergen. Von Finck hat nur einmal unter seinem eigenen Namen gespendet; die anderen Male erfolgten die Spenden über Gesellschaften, die er kontrolliert. Mit Spenden an CSU und FDP unterstützt er aktiv neoliberale Vorhaben. Das von diesen und anderen Familien während der Zeit des NS-Regimes angehäuften Vermögen stellt eine fortlaufende historische Ungerechtigkeit dar, die ausgeglichen werden muss. Indem wir diese Abgabe gezielt bei jenen Milliardärsfamilien und Unternehmen ansetzen, die nachweislich vom NS-Unrecht profitiert haben (wie etwa bei VW, BMW oder der ehemaligen Akkumulatorenfabrik in Hannover), fordern wir keine bloße Steuer, sondern eine Rückgabe an die Allgemeinheit.

Deshalb fordern wir, dass Personen und Familien, die nennenswertes inländisches Betriebs- oder Grundvermögen in Deutschland halten, die nachweislich durch die Ausbeutung von Zwangsarbeitern und/oder durch ihre Beihilfe zum NS-Regime diesem

88 Vorschub geleistet und damit Vermögen angehäuft haben, eine einmalige Vermögensabgabe
89 in Höhe von 50 % ihres heutigen Vermögens leisten. Diese soll über 30 Jahre getilgt
90 werden. Diese Angabe entspricht der Idee des Lastenausgleichsgesetzes (LAG) von 1952.
91 Das LAG ermöglichte eine Zahlung über 30 Jahre in vierteljährlichen Raten. Gleich dem
92 LAG sollen diese Zahlungen über 30 Jahre vierteljährlich in Raten getilgt werden
93 können. Dies kommt einer Vermögensteuer von nicht einmal 2 % über 30 Jahre gleich.
94 Durch die Streckung der Zahlungen über 30 Jahre wird sichergestellt, dass keine
95 Arbeitsplätze gefährdet werden und keine Unternehmensanteile an ausländische
96 Investoren "notverkauft" werden müssen. Die Liquidität der Betriebe bleibt erhalten.
97 Zur Feststellung der historischen Verantwortung und zur Klärung der Beweislast soll
98 eine unabhängige, staatliche Expertenkommission eingesetzt werden. Deren Aufgabe ist
99 es, verbindliche Kriterien für die Bewertung auszuarbeiten, heutige Unternehmen sowie
100 deren Eigentümerstrukturen dahingehend zu überprüfen und abschließend eine Liste der
101 nach dem neuen Lastenausgleichsgesetz zahlungspflichtigen Personen zu erstellen. Um
102 Kapitalflucht zu verhindern, soll die Expertenkommission die Vermögensbewertung zu
103 einem festen Stichtag vornehmen. Dieser Stichtag kann rückwirkend, beispielsweise auf
104 den Tag der Einbringung dieses Antrags, festgelegt werden. Dadurch wird
105 sichergestellt, dass zahlungspflichtige Personen nicht die Möglichkeit haben, ihr
106 Vermögen kurzfristig ins Ausland zu verschieben oder in Konstrukte wie Stiftungen
107 auszulagern, um sich der Abgabepflicht zu entziehen. Das Lastenausgleichsgesetz (LAG)
108 von 1952 wurde zur Entschädigung der Folgen des Zweiten Weltkriegs verabschiedet und
109 leistete einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands. Die zu leistende
110 Vermögensabgabe belief sich auf 50 % des berechneten Vermögens und wurde über einen
111 Zeitraum von 30 Jahren in vierteljährlichen Raten getilgt. Die daraus resultierenden
112 Einnahmen wurden gezielt eingesetzt, um Kriegssopfern, Sachgeschädigten und
113 Heimatvertriebenen beziehungsweise Geflüchteten zu helfen. Analog zum
114 Lastenausgleichsgesetz (LAG) von 1952 soll auch diese neue Abgabe streng
115 zweckgebunden sein. Die erzielten Steuereinnahmen sollen dabei gezielt Projekten zur
116 Demokratieförderung, der Bildung, der Energiewende sowie der weiteren Erforschung der
117 NS-Zeit zugutekommen. Die Steuereinnahmen stehen den Ländern zu und sollen
118 proportional zur jeweiligen Einwohnerzahl der Bundesländer verteilt werden. Artikel
119 14 Absatz 2 des Grundgesetzes besagt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll
120 zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Eigentum, dessen Anhäufung untrennbar
121 mit den schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit verbunden ist, unterliegt
122 einer ganz besonderen Verpflichtung gegenüber unserer demokratischen Gesellschaft.
123 Deshalb dürfen wir auch heute, Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in
124 unseren Bemühungen um Gerechtigkeit nicht nachlassen. Insbesondere angesichts stetig
125 neuer historischer Erkenntnisse bedarf es hier eines konsequenten und entschlossenen
126 Handelns.

Begründung

Die Verbrechen des Nationalsozialismus endeten nicht mit dem Jahr 1945. Zahlreiche Unternehmen und Industriellenfamilien, die massiv von Zwangsarbeit, „Arisierung“ und der Zusammenarbeit mit dem NS-Regime profitierten, konnten ihre Vermögen nach dem Krieg weitgehend behalten und über Generationen vermehren. Während Millionen Opfer entrechtet, ermordet oder nie ausreichend entschädigt wurden, blieben wirtschaftliche Eliten oftmals unbehelligt und behielten ihren gesellschaftlichen Einfluss. Historische Forschungen der letzten Jahre haben diese Kontinuitäten immer deutlicher aufgezeigt. Die

Erkenntnisse über Unternehmen wie Quandt/BMW, Kühne + Nagel, Reimann/JAB oder Oetker machen deutlich, dass ein Teil des heutigen Milliardenvermögens in Deutschland auf systematischer Ausbeutung und der Unterstützung eines verbrecherischen Regimes basiert. Viele dieser Vermögen wirken bis heute fort und ermöglichen weiterhin politischen und wirtschaftlichen Einfluss. Die Bundesrepublik Deutschland hat mit dem Lastenausgleichsgesetz von 1952 bereits gezeigt, dass große gesellschaftliche Krisen solidarisch ausgeglichen werden können. Eine einmalige, langfristig gestreckte Vermögensabgabe für nachweisliche Profiteure des NS-Unrechts knüpft an dieses historische Prinzip an. Sie stellt keinen Akt der Enteignung dar, sondern einen Beitrag zu historischer Verantwortung und gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Durch die Streckung über 30 Jahre bleiben Arbeitsplätze und Unternehmensstrukturen geschützt. Die Einnahmen sollen gezielt der Demokratiebildung, der weiteren Aufarbeitung der NS-Zeit sowie Zukunftsinvestitionen wie Bildung und Energiewende zugutekommen. Damit wird aus historischem Unrecht ein Beitrag für eine demokratische und solidarische Zukunft geleistet. Gerade in Zeiten eines erstarkenden Rechtsextremismus darf die Verstrickung wirtschaftlicher Eliten in den Nationalsozialismus nicht verdrängt oder relativiert werden. Eigentum verpflichtet, besonders dann, wenn sein Ursprung mit den schwersten Verbrechen der Menschheitsgeschichte verbunden ist. Eine demokratische Gesellschaft darf historische Verantwortung nicht dem Vergessen überlassen. Wer über Generationen von NS-Unrecht profitiert hat, muss auch heute einen Beitrag zur gesellschaftlichen Wiedergutmachung leisten. Dieser Antrag verbindet historische Aufarbeitung mit konkreter Verantwortung und setzt ein klares Zeichen gegen das Verdrängen, Relativieren und Fortwirken nationalsozialistischen Unrechts.